

Wir haben die Pflicht, diese Bemühungen nach bestem Wissen und Gewissen für alle Beteiligten weiterzuentwickeln. Das wäre auch meine Bitte an Sie. Damit glaube ich alles beantwortet zu haben. (Beifall.)

**Landesrat Wegart:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich vermerke mit Dankbarkeit das Interesse der Herren Abgeordneten an der Entwicklung des Berufsschulwesens in der Steiermark, denn diese kann als positiv betrachtet werden. Die Grundtendenz des Berufsschulwesens ist gekennzeichnet durch den Zug nach Verfachlichung, dem Bestreben, neben dem Lehrberuf in den Lehrwerkstätten fachlichen Unterricht zu erteilen.

Im Zuge dieser Entwicklung haben wir seit 1945 eine Reihe kleinerer Berufsschulen aufgelassen und vereinigt. Wir sind weitergegangen und haben durch die Gründung der Landesberufsschulen die Lehrlinge eines ganzen Bundeslandes erfaßt oder zumindest einen großen Teil derselben in einer Schule vereinigt, wobei wir grundsätzlich veranlaßt waren, Internate zu bauen und sie internatsmäßig zu erfassen. Heute bestehen 31 öffentliche Berufsschulen in der Steiermark sowie 2 Werksberufsschulen mit Öffentlichkeitsrecht bei der Alpine in Donawitz und Böhler in Kapfenberg und eine private Berufsschule mit Öffentlichkeitsrecht in Graz, Herrgottwiesgasse. Diese 31 öffentlichen Berufsschulen gliedern sich in 10 gewerbliche, 17 gewerblich-kaufmännische und 4 kaufmännische Berufsschulen. Von diesen sind 6 Landesberufsschulen: in Bad Gleichenberg, Feldbach, Eibiswald, Mureck, Arnfels, dort wird zur Zeit gebaut und man sieht der Fertigstellung entgegen, und in Graz VI.

In diesen 31 Berufsschulen wurden im Schuljahr 1960/61 insgesamt 22.358 Lehrlinge unterrichtet, davon waren 16.665 gewerbliche Lehrlinge und 5703 kaufmännische Lehrlinge. In den Landesberufsschulen waren von dieser Gesamtzahl 6759 Lehrlinge untergebracht, somit hat nahezu ein Drittel der steirischen Lehrlinge die Landesberufsschulen besucht. Darüber hinaus wurden 370 Lehrlinge an Landesberufsschulen in anderen Bundesländern überwiesen. Z. B. die Büchsenmacherlehrlinge wurden der Landesberufsschule in Ferlach/Kärnten zugeteilt. Eine kleine Anzahl von außersteirischen Lehrlingen ist in der oben angeführten Zahl mitbegriffen.

Diese Lehrlinge werden von 700 Lehrkräften unterrichtet, von denen die Hälfte hauptamtlich beschäftigt ist. Wir haben einen guten Stock von gewissenhaften Lehrern. Der Nachwuchs in der Lehrerschaft der Landesberufsschulen wäre auch auf eine neue Basis zu stellen.

Es kommt noch dazu das Problem, daß diese Lehrer neben ihrer Arbeit als Berufsschullehrer auch als Erzieher tätig sein müssen, was noch höhere Anforderungen an die Lehrerschaft stellt. Es zieht sich wie ein roter Faden durch die Debatten, daß wir endlich zu einer Planung gelangen. Es wurde sowohl im Hohen Hause wie im Finanzausschuß der Wunsch geäußert, daß wir endlich zu einer Planung gelangen.

Ich habe bei der Übernahme des Referates die Landesberufsschulen angeschaut. Es wird hier gute

Arbeit geleistet! Ich muß aber sagen, daß wir noch viele Mittel brauchen, um diese 6 in Betrieb befindlichen Landesberufsschulen zu komplettieren und die Landesberufsschule in Arnfels endlich bezugsfertig zu machen. Eine Rohübersicht hat ergeben, daß zur Fertigstellung und Komplettierung der Landesberufsschulen eine Summe von rund 22 Millionen Schilling benötigt wird. Vor wenigen Tagen ist mir noch ein Brief der Landesberufsschule Bad Gleichenberg, der Landesberufsschule für das Gastgewerbe, auf den Tisch geflattert, in dem ein Betrag von 1,7 Millionen Schilling für den weiteren Ausbau angemeldet wurde. Das bedeutet also, wenn ich es aufrunde, in den nächsten 3 Jahren eine Gesamtausgabe von zusätzlich immerhin 24 Millionen Schilling.

Die Generalplanung ist ja in den Grundzügen fertig, sie wird sowohl dem prov. Berufsschulbeirat als auch der Landesregierung vorgelegt und sieht vor, daß wir uns nun einmal darüber Gedanken machen, wo künftighin gegebenenfalls weitere Landesberufsschulen errichtet werden sollen. Ich darf keinen Zweifel darüber lassen, daß die Wünsche, die von Voitsberg, von Stainach, von Fürstenfeld, von Radkersburg und ich weiß nicht von wo sie noch kommen, im Augenblick nicht realisierbar erscheinen. (Abg. Wurm: „Von Voitsberg schon!“) Ich kann kein Versprechen abgeben, das sage ich ganz ausdrücklich. Es liegt uns vor allem am Herzen, daß wir die bereits in Betrieb befindlichen komplettieren und die in Arnfels fertigstellen. In der Generalplanung muß auch das berücksichtigt werden, was sich unter Umständen im Trend bei vielen Berufen ergeben könnte. Die Schuhmacher sind vielleicht ein extremes Beispiel, aber es gibt eine Reihe von Berufen, bei denen wir feststellen, daß im Zuge der Automatisierung und Vereinfachung eine Reihe von Anforderungen an unsere Jugend gestellt wird und sich Veränderungen in den Betrieben im Gesamtberufsgefüge ergeben. Das alles müssen wir berücksichtigen, sonst würden wir eines Tages zur Verantwortung gezogen werden, weil wir umfangreiche Fehlinvestitionen vorgenommen haben. Das müssen wir vermeiden. Wir werden in Kürze den Generalplan vorlegen können, damit hier eine gewisse Ordnung erreicht wird.

Ich möchte aber noch etwas sagen. Das sind die bisherigen finanziellen Aufwendungen für das gesamte steirische Landesberufsschulwesen. Ich möchte die Ziffern deshalb nennen, weil immer wieder in Zeitungsartikeln, Reden und Diskussionen gesagt wird, für unsere Jugend geschehe nichts. Das ist nicht wahr. Wenn wir das, was vor etwa 30, 40 oder 50 Jahren für die Ausbildung der Jugend geschehen ist, mit dem heutigen Aufwand vergleichen, dann muß ich sagen, daß sich das, was das Land seit 1945 für die Ausbildung der gewerblichen und kaufmännischen Jugend getan hat, als einmalig erweist. Wir haben in dieser Zeit 71 Millionen Schilling für Zuschüsse zum Personalaufwand ausgeschüttet, 43 Millionen Schilling für die Errichtung und Einrichtung von Berufsschulen, 46 Millionen für Förderungsleistungen und Sachaufwand, das ergibt zusammen 160 Millionen Schilling, die das Land Steiermark seit 1945 für die Ausbildung der gewerblichen und kaufmännischen Jugend ausge-

schüttet hat, ein Betrag, der sich in jeder Hinsicht sehen lassen kann.

Zum Schluß noch der Wunsch nach Verankerung des Berufsschulgesetzes. Auch hier liegt, glaube ich, die Verzögerung darin begründet, daß wir verschiedene Dinge abwarten wollen. Im Zusammenhang mit der Generalplanung ist die Vorlage des Gesetzes und der Antrag an das Hohe Haus vorgesehen. Er ist ja schon zugewiesen gewesen, muß aber wiederholt werden. Vor allem muß das neue Gesetz die derzeit gültigen Bestimmungen ablösen und es muß auch der bisherigen Entwicklung auf diesem Sektor in legislatischer Hinsicht Rechnung getragen werden. Man muß hier Zug um Zug zu einer künftigen Ordnung dieser Verhältnisse gelangen. Beim Besuch von Landesberufsschulen — und damit möchte ich schließen — in den letzten Wochen konnte ich feststellen, daß es bewundernswert ist, mit welchem Eifer und Fleiß und mit welchem Einsatz sich unsere Jugend auf ihre beruflichen Aufgaben vorbereitet. Ich kann das hier im Hohen Haus nur mit Respekt vermelden und sagen, daß das Land sein Geld und seinen Einsatz für eine Jugend zur Verfügung stellt, die es in jeder Hinsicht verdient. (Starker Beifall bei ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

**Präsident:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. **Pabst:** Die ausgedehnte Diskussion hat uns das große Interesse, aber auch die besondere Verantwortung vor Augen geführt, die gerade beim Schulwesen zutage treten. Ich wiederhole daher meinen vorhin eingebrachten Antrag, das Hohe Haus möge dem ihm vorliegenden Entwurf seine Zustimmung geben.

**Präsident:** Wir stimmen über die Gruppe 2 ab. Die Damen und Herren, die mit dem Antrag des Berichterstatters einverstanden sind, bitte ich, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Gruppe 2 ist angenommen.

Wir kommen zur

### Gruppe 3, „Kulturwesen“.

Bevor wir in die Debatte eingehen, möchte ich den Vorschlag machen, daß die Redezeit der einzelnen Abgeordneten mit Ausnahme des Berichterstatters nicht über 30 Minuten hinausgehen soll. Das ist nach der Geschäftsordnung möglich. Ich nehme an, daß das Hohe Haus mit diesem Vorschlag einverstanden ist.

Berichterstatter für Gruppe 3 ist der Abg. Dr. Pittermann, ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Dr. Pittermann:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Gruppe 3 des Landesvoranschlages weist die Aufwendungen des Landes auf, die es als Erhalter, Bewahrer und Förderer jeglichen Kulturgutes unseres Zusammenlebens für notwendig befindet. Unsere Theater, Museen, Archive, Bildungseinrichtungen, die schaffenden Künstler, die kulturellen Organisationen, der Naturschutz, sie alle bedürfen der Pflege durch die

öffentliche Hand und können diese Pflege nicht missen. Die Gruppe Kulturwesen beinhaltet Ausgaben in Höhe von 46,707.700 Schilling, das ist gegenüber den Ansätzen von 1961 ein Mehraufwand von 3,8 Millionen Schilling. Die für diese Gruppe mehr oder weniger problematischen Einnahmen setzen einen Betrag von 3,232.800 Schilling voraus, so daß das Land als seinen finanziellen Beitrag zur Kulturförderung immerhin einen Betrag von 43,474.900 Schilling aufweisen kann.

Meine Damen und Herren, Hohes Haus! Wenn Politik die Sorge um die allgemeinen Dinge ist, z. B. die Sorge um die Ordnung des Zusammenlebens der Menschen, dann ist Kulturpolitik das Sichkümmern um die Entfaltung und Förderung der geistigen, sittlichen und musischen Anlagen unseres Volkes. Vielfältig sind die Freuden, die aus diesem Bemühen heraus zum Gerüst unseres menschlichen Zusammenlebens gehören. Der Künstler der Gegenwart betrachtet seinen Auftrag als zu seinem Leben gehörend, die Lehrer aller Schulstufen erwarten die Förderung ihrer kulturellen Sendung ebenso wie unsere Theater, sonstigen Bildungsanstalten und kulturellen Institutionen.

Meine Damen und Herren! Ein Blick in die trockenen Zahlenkolonnen des Voranschlages zeigt, daß das Land aus dem Gesagten heraus aktuelle Kulturpolitik betreibt. So scheinen als sogenannte neue Ansätze Förderungsbeiträge zur Drucklegung der Werke von Hugo Wolf und zur Erhaltung des Mausoleums in Ehrenhausen auf. Dem Steirischen Sängerbund ist in Anerkennung seiner überragenden Verdienste um die Pflege unseres Liedgutes ein Betrag von 100.000 Schilling gewidmet. Bevor ich im Auftrag des Finanzausschusses den geschäftsordnungsmäßigen Antrag auf Annahme der Ansätze für die Gruppe 3 stelle, möchte ich als Berichterstatter all den kleinen Leuten danken, die in der Pflege der Kultur ihre Arbeit und ihre Herzen daransetzten und die keinen Titel und keinen Orden erhalten, sondern denen der Lohn nur in einem guten Gewissen besteht, für ihr Land redlich ihre Pflicht auf diesem Gebiet getan zu haben!

Ich bitte um Annahme der Ansätze der Gruppe 3 des Voranschlages.

**2. Präsident Afritsch:** Hohes Haus! Im Namen der sozialistischen Fraktion möchte ich einleitend feststellen, daß wir den Ansätzen der Gruppe 3 zustimmen werden. Ich lege jetzt ein Bekenntnis zur Gruppe 3 ab. Der Herr Berichterstatter hat erwähnt, daß es gelungen ist, einen Erhöhungsbetrag von 3,800.000 S, von 42,900.000 S auf 46,700.000 S zu erreichen. Es ist das sehr erfreulich. Ein Land wie die Steiermark hat zweifellos eine große, umfangreiche kulturelle Aufgabe zu erfüllen. Ich bin der Auffassung, daß die Gelder, die das Land Steiermark für diesen Abschnitt, für die Museen, die Landesbibliothek, für die Kunstschulen, für die Wissenschaft, für Theater und Musikschulen, Volkbildungs- und Kulturstätten aufbringt, voll und ganz gerechtfertigt sind. Diese Einrichtungen und diese Förderungsbeträge kommen allen Schichten und Bezirken der Steiermark zugute, nicht nur den Bewohnern der Städte, sondern auch den Bewohnern am Lande, allen Generationen, den Älteren und der steirischen Jugend.

Wir dürfen bei der Betrachtung von Kulturfragen auf eines nicht vergessen. Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat uns große kulturelle Aufgaben gestellt. Das technische Zeitalter stellt besonders hohe Anforderungen an den einzelnen Menschen. Er hat mehr Freizeit, er soll diese Freizeit sinnvoll verwenden. Wie viele Menschen, meine Damen und Herren, gibt es, die mit ihrer Freizeit nichts anzufangen wissen oder sie falsch verbringen. Die Lebenserwartung des Menschen ist höher geworden. Er soll sein Alter nutzbringend gestalten. Ohne Bildung, meine Damen und Herren, ohne Kultur, das ist meine feste Überzeugung, kann der Mensch nicht wirklich Mensch werden. Er findet nicht in seiner Entwicklung zur persönlichen Freiheit und, wie es unser Peter Rosegger so schön sagt, „er findet nicht zum Frieden des Herzens“.

Nun gestatten Sie mir, daß ich zum Unterabschnitt 323, das ist Theater- und Bühnenwesen, etwas ausführlicher spreche. Die Vereinigten Bühnen bilden in Steiermark einen wertvollen Bildungs- und Kulturfaktor. Ich habe absichtlich betont „Steiermark“. Das habe ich schon bei meiner Vorbereitung festgehalten, nicht erst, als ich Herrn Landeshauptmann hörte, wie er sagte, das Opernhaus und das Schauspielhaus kommen ausschließlich den Grazern zugute. Ich bin der Auffassung, daß erfreulicherweise auch die Bevölkerungsgruppen der steirischen Bezirke, der Landbezirke und der Industriebezirke, großes Interesse aufbringen für die Veranstaltungen der Vereinigten Bühnen. Nicht nur die Grazer lieben ihr schönes Opernhaus und warten schwer auf das neue Schauspielhaus. Ich weiß, daß damit große Aufgaben an uns heranreten. Es ist heute nicht meine Aufgabe, auf das besonders aufmerksam zu machen. Ich möchte sagen, daß sich nicht nur die Grazer auf das neue Schauspielhaus freuen, sondern immer häufiger besuchen Menschen aus allen Teilen des Heimatlandes die Vereinigten Bühnen.

Bevor es zu den Vereinigten Bühnen gekommen ist, hat es in Graz die Städtischen Bühnen und eine Landesbühne gegeben und diese Bühnen wurden vereinigt. Das war eine erfreuliche Entwicklung und es kann gesagt werden, daß hier eine vorbildliche Arbeit geleistet wurde. Bei aller Bescheidenheit darf ich sagen, daß ich über diese Frage reden darf, weil ich seit Jahren Mitglied des Theaterausschusses und Funktionär einer Theaterbesucherorganisation bin. Es gibt geschlossene Vorstellungen, Gemeinschaftsveranstaltungen im Opernhaus der Kulturorganisationen, der politischen Parteien, der Arbeiterkammern. Die Raiffeisenkasse veranstaltet für die Landjugend geschlossene Vorstellungen und verschiedene Festvorstellungen werden zu gegebenen Anlässen im Grazer Opernhaus durchgeführt.

Besonders erfreulich ist, und ich kann das deshalb sagen, weil ich auf dem Gebiet der Jugendarbeit tätig bin und dabei alt und grau wurde — nicht nur ich, das beruhigt mich — besonders erfreulich ist es, daß die Jugend in den letzten Jahren ein großes Interesse für das Theater gewonnen hat. Die Erziehungsarbeit, die Erziehung zum Besuch der Theater hat Früchte getragen. Die Vereinigten Bühnen, geführt vom Theaterausschuß, gewähren der Jugend eine Ermäßigung bis zu 60%.

Dazu gehören die Schüler der Haupt- und Mittelschulen und die Lehrlinge der verschiedenen Berufsschulen. Wie bei der Gruppe 2 „Schulwesen“, gibt es auch bei der Gruppe 3 „Kulturwesen“ keine politischen Gegensätze. Lehrlinge aus allen Berufsschulen des Landes besuchen immer häufiger die Theatervorstellungen im Opernhaus. Wir lehnen die geschlossenen Jugendvorstellungen ab, wo nur die Jugend im Hause ist. Die Jugend besucht gemeinsam mit anderen Besuchern, mit den älteren Generationen diese Vorstellungen.

Und was ich schon einmal hier hervorgehoben habe, die Vereinigten Bühnen fahren auch in die Bezirke des Landes und geben dort Gastspiele. Im Spieljahr 1960/61 wurden in 14 Orten der Steiermark, in allen größeren Bezirksstädten, die einen geeigneten Theatersaal oder Konzertsaal besitzen, 108 Vorstellungen veranstaltet: 11 Opern, 3 Operetten, 4 musikalische Lustspiele, 90 Schauspiele, Klassiker, Komödien, Volksstücke und Märchen. Das ist eine große kulturelle Leistung. Ich glaube sogar sagen zu können, daß diese Leistung in ganz Österreich als einzigartig bezeichnet werden kann, wenn die Vereinigten Bühnen regelmäßig und oft Städte und Orte unseres Landes aufsuchen. Es kommen Besucher von den Bezirken der Steiermark auch nach Graz, aber das Theater mit allen seinen Schauspielern, mit den Musikern und dem technischen Personal fährt auch hinaus und — man darf diesen Ausdruck wohl gebrauchen — beglückt die Zuschauer und die Gäste, die diese Veranstaltungen besuchen. Das Publikum ist in den Bezirken dankbarer als das Publikum in der Landeshauptstadt. Die Menschen warten schon schwer, bis wieder ein Gastspiel der Vereinigten Bühnen kommt.

Wir haben in unserer Jugend vom Thespis-Karren gehört. Das war der Wagen, mit dem die Schauspieler selbst oder mit Unterstützung eines Pferdes von Ort zu Ort gezogen sind. Dieser Thespis-Karren hat in der Steiermark seine Auferstehung gefunden. Schauspieler, Sänger, Musiker und techn. Personal fahren mit Autobussen und Lastautos von Stadt zu Stadt, und zwar 108mal in einem Spieljahr. Thespis war, ich habe extra im „Duden“ nachgeschaut, der erste griechische Schauspieler. Der Thespis-Karren des 20. Jahrhunderts sind die Autobusse und Lastwagen der Vereinigten Bühnen, die hinausfahren und den Menschen draußen Glück und Kultur bringen. Ich greife aus dem Spielplan Leoben, Knittelfeld, Judenburg, Fürstenfeld, Hartberg, Weiz und noch sieben andere heraus. Das ist eine Einnichtung, auf die wir, wie ich schon gesagt habe, stolz sein können. Die Organisation ist vorbildlich und die künstlerische Durchführung genauso wie in Graz. Mir fällt dabei noch ein, daß wir in Graz in den Hauptschulen im besten Einvernehmen mit den Vereinigten Bühnen folgendes gemacht haben: Schauspieler besuchen Hauptschulklassen in Graz und spielen oder singen Szenen aus verschiedenen Stücken. Die Schüler lernen so die Schauspieler kennen, die auf der Bühne des Opernhauses oder hier im Rittersaal am Abend spielen. Das ist die beste Erziehung zum Theater.

Stadt und Land müssen den größten Teil der Aufwendungen selbst tragen. Bis zum Jahre 1953 gab

es keine Bundessubventionen. Seit dem Jahre 1954 gibt der Bund für die 6 Theater der Bundesländer eine Subvention. Diese 6 Theater der Bundesländer sind in Graz, Linz, Klagenfurt, Innsbruck, Salzburg und Baden bei Wien. Da sind die Privattheater, die es da und dort gibt, nicht dabei. Auch diese Theater werden von öffentlichen Körperschaften, Stadt oder Land, oder wie in der Steiermark von Stadt und Land gemeinsam erhalten. Im Jahre 1960 betrug die Bundessubvention für diese 6 Theater 12,825.000 S. Auf unsere Vereinigten Bühnen entfielen davon 3,342.000 S, das sind 26%. Den großen Bemühungen — das darf wirklich hier gesagt werden — der beiden Vorsitzenden des Theaterausschusses, des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Dipl.-Ing. Udier und des Herrn Bürgermeisters Dr. Speck ist hier sehr viel zu verdanken. Ich kann überhaupt feststellen — man muß ja nicht immer negative Feststellungen machen — daß im Theaterausschuß eine sehr gute Zusammenarbeit herrscht. Die Subvention des Bundes für die Bundestheater soll erhöht werden. Darüber habe ich aber nicht zu berichten, denn das fällt nicht in meine Zuständigkeit, darüber hat der Theaterreferent zu sprechen. Nur eine Gegenüberstellung: Der Bund führt in Wien 5 Theater, sogenannte Bundestheater: die Staatsoper, die Volksoper, das Burgtheater, das Akademie-Theater und den Redoutensaal. Im Jahre 1961 spielte im Redoutensaal die Staatsoper und der Saal, ein regelrechtes Theater, wird auch vom Burgtheater benützt. Im Jahre 1961 subventionierte der Bund seine Theater mit 140 Millionen Schilling, im Jahre 1962 soll dieser Betrag noch wesentlich höher sein. Ich bringe dem Hohen Haus nur ein Beispiel. Die Staatsoper, das Königreich Karajans, hat seinen jährlichen Zuschußbedarf von 1956 bis 1960 von 49 Millionen auf 69 Millionen Schilling erhöht. Wenn wir also von den Gesamtkosten von 140 Millionen Schilling ausgehen, dann kann gesagt werden, daß die 6 Bühnen der Bundesländer einen Betrag erhalten, der etwa 9% dieser 140 Millionen Schilling entspricht und die Vereinigten Bühnen von Graz bekommen 2,3% dieses Betrages. Wenn wir das Verhältnis betrachten, kommen wir zu der Feststellung, daß sich der Bund bei der Bundessubvention bisher nicht besonders angestrengt hat. Vergessen wir nicht, wenn wir an die Vereinigten Bühnen denken, daß Graz die zweitgrößte Stadt Österreichs ist und, wie wir wissen, daß Steiermark in unserer Republik Österreich auf verschiedenen Gebieten eine große Rolle spielt.

Zum Abschluß meiner Betrachtungen noch einige Bemerkungen — ich werde mich bemühen, kurz zu sein — zum Vertrag mit dem Rundfunk. Der Vertrag wurde erstmalig im September 1953 zwischen dem Rundfunk und den Vereinigten Bühnen abgeschlossen. Das seinerzeitige Rundfunkorchester wurde aufgelöst und ebenso das bisherige Theaterorchester der Vereinigten Bühnen und ein neuer Klangkörper wurde geschaffen, das Philharmonische Orchester. Der Vertrag zwischen den Vereinigten Bühnen und dem Rundfunk wurde immer erneuert. Bis August 1959 hat der Rundfunk jährlich für die Dienste des Orchesters etwas über eine Million Schilling bezahlt. Die Kosten für das Orchester sind für die Vereinigten Bühnen im Laufe der Jahre

von 3,2 Millionen Schilling auf 5,4 Millionen Schilling gestiegen. Begreiflicherweise haben die Lohn-erhöhungen und verschiedene andere Faktoren hier die größte Rolle gespielt. Nach dem Verhältnis hätte der Rundfunk eine Nachzahlungssumme von 1,229.000 S zahlen müssen. Erst nach langen Verhandlungen, hier haben sich wieder beide Vorsitzende des Theaterausschusses einschalten müssen, ist es zu einem Vergleich gekommen. Im Wege des Vergleiches erklärte sich die Verwaltungsgemeinschaft Graz und Steiermark bereit, auf die Hälfte des Betrages zu verzichten, obwohl wir der Auffassung sein müssen, daß die Verwaltungsgemeinschaft berechtigt gewesen wäre, auf dem Wege der Klage diese Forderung hereinzubringen. Freilich hätte man das vielleicht durchgesetzt, aber die Aussicht auf den Abschluß eines neuen Vertrages wäre noch trister gewesen. Der Rundfunk erklärte, derzeit nicht in der Lage zu sein, die bisherige Million zu leisten. Er will nicht einmal mehr die Million, die er bereits 1954 bezahlte, weiter entrichten. Die Erhöhung kommt schon gar nicht in Frage. Die Gesamtkosten des Philharmonischen Orchesters betragen derzeit rund 6 Millionen Schilling.

Durch die Haltung des Rundfunks sind die Vereinigten Bühnen in eine ernste Situation geraten. Dieser Schwebezustand ist unhaltbar. Es ist so, meine Damen und Herren, daß man glauben sollte, daß wegen der Sparmaßnahmen, von denen wir so viel gehört und gelesen haben in der letzten Zeit, der Rundfunk gezwungen wäre, auch hier den Vertrag mit den Vereinigten Bühnen nicht so abzuschließen, wie er gewünscht wird. Aber wie schauen die Sparmaßnahmen beim Rundfunk aus? Ich habe genaue Unterlagen. Seit der ehemalige Bundesrat Scheidl Generaldirektor geworden ist, wurden in der Zeit vom 15. Februar 1961 bis heute 150 Neuaufnahmen vorgenommen. Vielleicht waren diese wichtig, das ist nicht Sache meiner Beurteilung. Man kann auf der anderen Seite nicht eine Einsparung verlangen, die auf Kosten der Vereinigten Bühnen gehen wird.

Wir haben gehört, Hohes Haus, daß Herr Bürgermeister Dipl. Ing. Scherbaum hier die Initiative ergriffen hat. Er hat im Rundfunk gesprochen und die Presse machte die Bevölkerung auf seine Bemühungen aufmerksam. Wir wollen das nicht parteipolitisch sehen. Es sind alle Bemühungen, von wo immer sie kommen, zu begrüßen. Selbstverständlich hier besonders auch die Initiative des Grazer Bürgermeisters. Er führt derzeit mit dem Generaldirektor Scheidl einen Briefwechsel. Es ist zu hoffen, daß es den gemeinsamen Bemühungen der Vertreter des Landes und der Stadt Graz gelingen wird, einen annehmbaren Vertrag mit der Rundfunk AG. abzuschließen.

Ich komme zum Schluß und möchte sagen, sicher hat die Österreichische Rundfunk Ges. m. b. H. ihre Sorgen, aber diese Sorgen kann sie nicht auf Kosten der Verwaltungsgemeinschaft Stadt Graz und Land Steiermark abwälzen. Wir haben, die Stadt Graz und das Land Steiermark, wahrlich auch Sorgen und wir müssen mit unseren Sorgen selbst fertig werden. Wir müssen daher im Steiermärkischen Landtag fordern, der Vertrag möge abgeschlossen werden, womöglich ohne Erhöhung der Rundfunk-

gebühren. (L.H. Krainer: „Aber, aber!“) Auch dies kann nicht unsere Sorge sein, sondern wir sind besorgt um den neuen Vertrag zwischen Rundfunk und den Vereinigten Bühnen.

Meine Damen und Herren, auf der Kaiser-Josef-Platz-Seite unseres Opernhauses stehen auf einer Marmorplatte in Goldlettern eingemeißelt die mahnenden Worte Friedrich Schillers „Der Menschheit Würde ist in Eure Hand gegeben. Bewahret sie! Sie sinkt mit Euch, mit Euch wird sie sich heben!“ (Allgemein lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Kaan: Hohes Haus! Uns allen tut Entspannung gut, nicht nur zu dieser Stunde, sondern überhaupt im heutigen Leben. Mit Ausdrücken der Jugend gesprochen ist „tierischer Ernst“ im Daseinskampf im technischen Zeitalter erforderlich. Das bedarf eines Gegengewichtes, und dieses ist jenes Lebensgebiet, welches die Gruppe 3 behandelt.

Mit einigem Unbehagen schreite ich jedesmal daran, zu dieser Gruppe zu sprechen. Dieses hat zwei Wurzeln. Die eine liegt darin, daß das Wesen dieses Lebensbereiches eigentlich nicht mit kaufmännischen Erwägungen, kurz gesagt mit Ziffern, zu erfassen ist, denn dieser Lebensbereich steht jenseits wirtschaftlicher Erwägungen von Soll und Haben. Die zweite Wurzel liegt darin, daß ich immer wieder feststellen muß, daß sich der Anteil der Gruppe 3 an den Gesamtausgaben nie wesentlich von 3% entfernt. Vergleichen Sie einmal Ihr Dasein, wieviel davon jenen Lebensbereichen gewidmet ist sowohl zeitlich als auch geldlich und welch ein trauriges Leben das wäre, wenn nur 3% der Kunst, der Natur, der Entspannung und der Freude gewidmet wären. Es ist oft so, daß dort, wo die Technik für sich in Anspruch nimmt, das Leben besser gestalten zu können, sie auch den Anspruch erhebt, allein dafür maßgebend zu sein. Da Technik und Wirtschaft immerfort zusammenarbeiten, kommen oft die anderen treibenden Kräfte des Lebens zu kurz. Daher die 3% unseres Landesvoranschlags, die der Kultur gewidmet sind! Der Aufgabenkreis ist groß — Sie entnehmen das dem Ihnen vorliegenden Voranschlag — die Institutionen sind zahlreich, die Anstalten vielgestaltig, die Aufwendungen vielartig.

Ich will nur die wichtigsten Posten herausgreifen. Vor allem die Museen, denen insgesamt ein Betrag von 5,5 Millionen Schilling gewidmet ist, wovon ein beträchtlicher Betrag auf das „Joanneum“ entfällt, das heuer sein 150jähriges Jubiläum feiert und hinreichend gewürdigt worden ist. An zweiter Stelle steht das Schloß Eggenberg, welches 1,2 Millionen Schilling alljährlich an Zuschußmitteln erfordert und welches, wie Sie wissen, auch der Repräsentation dient. Minister Drimmel sagte, es sei ein einzigartiges Bauwerk im süddeutschen Raum, wie kaum ein anderes Land es aufzuweisen habe. Es ist schön, daß es uns gelungen ist, es zu Repräsentationszwecken immer wieder zur Verfügung zu stellen und erhalten zu können. Das Barockmuseum und das Jagdmuseum sind ja bekannt. Sie wissen aber auch, daß tausende Menschen Erholung in seinem Park finden, der in jahrhundertelanger Pflege gewachsen und so geblieben ist und von uns erhal-

ten wird, damit wir in Ruhe dort an die alten Zeiten erinnert werden und trotzdem immer wieder Neues dort sehen.

Dabei fällt mir etwas ein. Leider ist der Herr Landesrat Koren weggegangen, aber Sie wissen alle, daß vor zwei Jahren der Landtag beschlossen hat, Bären auch dort zu beherbergen. Diese Bären sind aber nie Wirklichkeit geworden. Und es hat sich eine kleine Diskussion darüber entwickelt, ob die Hirsche oder die Bären mehr stinken. Aber ich glaube, der Geruch war nur ein Vorwand dafür, daß man das bisher nicht gemacht hat. Diese Einwendungen wird man beseitigen können, aber die Tatsache bleibt bestehen, daß der Landtag einen Beschluß kundgetan hat, der durch andere Stellen verhindert wurde. Es zeigt sich also, daß diese Kräfte vor den Bären mehr Angst gehabt haben als vor dem Landtag. Man weiß jetzt nicht genau, wovor man mehr Angst hat, vor den üblen Gerüchen, vor dem Landtag oder vor den Bären. (Gelächter.) Es wäre aber eine außerordentliche Bereicherung der Fauna in Eggenberg. Es ist eine Tatsache, daß der an und für sich vielgestaltige Tierpark von Schönbrunn einen Zulauf von mehr als 100.000 Besuchern hatte, nur wenn junge Bären dort sind. Und das selbe hätten wir zu verzeichnen nach den Erfahrungen bei der Jagdausstellung, als wir auch junge Bären in Eggenberg hatten. Daher glaube ich, daß dieser Plan schon verwirklicht werden sollte.

Nun das heiße Eisen der Vereinigten Bühnen. Der Herr Kollege Afritsch hat es schon irgendwie angegriffen, indem er Ihnen vor allem die nicht bestreitbaren Sonnenseiten dieser Institution vor Augen geführt hat. Immerhin verlangt diese Institution heuer von Ihnen einen Betrag von 9,4 Millionen Schilling, das ist eine Summe, die fast über 1 Million höher als im Vorjahr liegt und noch immer nicht genug sein wird, denn im Laufe des Jahres wird gewiß eine Erhöhung des Zuschusses um 300.000 bis 400.000 Schilling notwendig sein, weil die Beleuchtungsanlage am Zusammenbrechen ist, die einen Aufwand von 3,6 Millionen Schilling erfordern wird. Dieser Betrag verteilt sich zwar auf mehrere Jahre, ist aber mit einem geringen Anteil schon im heurigen Voranschlag berücksichtigt worden. Es gibt also nicht nur Sonnenseiten, wie Sie sehen. Die Erhöhung des Defizits auf insgesamt 30 Millionen Schilling, von denen die öffentlichen Institutionen je um 1 Million Schilling mehr zu zahlen haben, hat ihre Ursache in den Pflichterhöhungen, also vor allem in der Erhöhung des Personalaufwandes.

Von diesen Erhöhungen, die etwa 1,9 Millionen Schilling ausmachen, entfallen aber nur 300.000 Schilling auf jenen Personalaufwand, den die Solisten erfordern. Hier sei gesagt, daß Graz in einer besonders schwierigen und eigenartigen Situation ist. Ich habe oft mit Stolz vermerken können, daß seit eh und je die Grazer Oper und das Grazer Schauspiel das Sprungbrett für die europäischen Bühnen waren. Hier wurden die jungen Kräfte entdeckt, geschult und — kaum bewährt — weggeholt, und uns gehen nun diese besseren Kräfte in Graz sehr oft ab. Aber wenn wir jetzt von anderswo Kräfte herholen, müssen wir mit den Bühnen von Deutschland oder der Schweiz in Konkurrenz treten, und wenn

wir diese jungen, begabten und allenfalls billigen Kräfte auch behalten wollen, so müssen hier die Gagen auch wieder erhöht werden, weil die älteren bewährten Kräfte sonst sagen, wir werden schlechter bezahlt als die jungen. Wir stehen so mit Deutschland, der Schweiz und Wien in dauernder Konkurrenz. Ich möchte noch bemerken, daß wir heuer 60mal binnen 24 Stunden mit unseren Kräften den Wienern ausgeholfen haben, wenn sich dort Ausfälle gezeigt haben.

Unter den positiven Momenten hat der Herr Abg. Afritsch erwähnt, daß die Zahl der Theaterbesucher, besonders der jungen, zunimmt. Diese Zunahme hat sich aber nur ausgedrückt in dem Prozentsatz, der wirklich bezahlt wird. Wir sind ungefähr soweit, daß wir sagen können, jede Karte wird mit ihrem wirklichen Erfordernis wenigstens zu 25% bezahlt. Ein Viertel zahlt jetzt durchschnittlich der Besucher dazu, während das vor wenigen Jahren noch nicht einmal 14% waren. Es ist dies also immerhin ein bescheidener Erfolg. Die Qualität der Opernkräfte steht außer Zweifel, die Qualität des Schauspieles ist umstritten, vor allem wohl wegen Raummangels. Wir hoffen, daß in dieser Hinsicht die Fertigstellung des Schauspielhauses im Frühjahr 1963 eine Besserung bringen wird. Finanziell aber ganz gewiß nicht. Der Vertrag mit dem Rundfunk hat meines Erachtens nur dann Aussicht auf Erfolg für uns, wenn die wirtschaftliche Sanierung der Rundfunk Ges. m. b. H. gesichert wird. Ich brauche nicht weiter auszuführen, was Voraussetzung ist. Das heiße Eisen der Erhöhung der Rundfunkgebühren haben wir hier nicht zu lösen, es muß auf einer anderen Ebene gelöst werden. Wenn auch nicht kostendeckende Preise bei den Gebühren bezahlt werden, so wird doch auch auf dieser Sparte der Bezieher des Genusses, in diesem Falle der Abonnent des Rundfunks, noch einigermaßen den Gegenwert leisten müssen für die Aufwendungen und das ist momentan nicht der Fall. Ich habe seinerzeit Vergleichsverhandlungen mit der Rundfunkgesellschaft geführt und bin der Meinung, daß die Kündigung einen weiteren Angriff gegen das Kunstleben in der Provinz und in den Bundesländern bedeute, gegen den wir uns unbedingt zur Wehr setzen müssen. Ich komme auch gleich auf eine gefährliche Seite unserer augenblicklichen Situation zu sprechen. Der Opernchef Dr. Klobučar ist auch noch Mitglied der Wiener Oper. Der Generalsekretär des Musikvereines ist Direktor der Wiener Oper. Die Beziehungen dieser beiden Herren können für Steiermark sehr fruchtbar sein. Sie werden es aber nicht sein, wenn sie versuchen, mehr den Wiener Interessen als den steirischen Interessen zu dienen, wir hoffen, daß sie in erster Linie die steirischen Interessen wahrnehmen werden. Wir hören, daß die Abonnementkonzerte des Musikvereines ausverkauft sind. Die Hauptkonzerte sind für absehbare Zeit ausverkauft. Wir verstehen nicht ganz, warum sie defizitär sein sollen, wobei doch die Vereinigten Bühnen, das Land und die Stadt Graz eine große Unterstützung diesem Teil des Konzertlebens insofern widmen, als sie das Orchester zur Verfügung stellen.

Wir entnehmen dem Voranschlag auch, daß ein beträchtlicher Teil des Kulturgroßschens den Ver-

einigten Bühnen und auch dem steirischen Musikverein zugeführt wird. Sie wissen, woher der Kulturgroßschens kommt. Ich vertrete auch jetzt immer noch die Ansicht, die ich wiederholt in diesem Hause zum Ausdruck gebracht habe, daß ein weiteres Ansteigen des vom Land oder von der Stadt immer wieder verlangten Beitrages für das Defizit der Vereinigten Bühnen irgendeinmal einen Plafond finden muß, wobei nicht anzunehmen ist, daß mit der Fertigstellung des Schauspielhauses dieses Ansteigen gemildert wird. Wahrscheinlich wird es in den ersten Jahren größer werden. Die Situation drängt nach einer Lösung. Diese kann nur von dem höheren Gesichtspunkt aus gefunden werden, daß jene Quellen, welche dem Schauspiel und der Oper das Wasser abgraben, andererseits aber ihre Existenz darauf gründen, daß es Schauspiele und Opern gibt und von der Auswertung dieser Kunstgattung leben, daß diese Stellen Beiträge zahlen, damit das Defizit der Oper und des Schauspielhauses wenigstens teilweise gedeckt werden kann. Ich finde es beschämend, daß das Kulturgroßschengesetz noch immer Kulturgroßschens heißt. Großschens ist doch die kleinste Zahlungseinheit, die wir kennen, der Brosamen der Reichen. Ich hoffe, daß es gelingt, ihn in einen Kulturschilling zu verwandeln, dann werden die Vereinigten Bühnen eine gesündere Grundlage haben und uns nicht so sehr auf der Tasche liegen wie bisher.

Im engen Zusammenhang mit dem Florieren der Vereinigten Bühnen stehen die Musikschulen, die mit einem Betrag von 7,7 Millionen Schilling das Budget des Landes belasten. Davon entfallen 5,4% auf das Landeskonservatorium und 2,3% auf die Volksmusikschule. Ich glaube nicht, daß während der letzten drei Jahre in den Budgetdebatten diese Teile unserer kulturaufbauenden Tätigkeit entsprechend gewürdigt wurden. Das Landeskonservatorium verdient die allergrößte Aufmerksamkeit, die man auch in ganz Österreich und in größerem Maß als in der Steiermark dem Landeskonservatorium entgegenbringt. Das Landeskonservatorium ist jetzt nahe daran, in einen höheren Rang aufzurücken. Hoffentlich gelingt es, ihm den Rang einer Akademie zu verschaffen. Ich will nicht vorgreifen. Ich glaube, daß dieser Gedanke vom gesamtösterreichischen Gesichtspunkt begrüßenswert ist. Wir haben zwei Akademien in Österreich, das Mozarteum in Salzburg und eine andere ältere in Wien. Beide können das nicht erfüllen, was Graz erfüllen könnte. Während beide Akademien die virtuose Ausbildung zum Ziele haben, könnten wir in wesentlich erhöhtem Maße der Musikwissenschaftspflege dienen, weil wir eine Universität in der Nähe haben und außerdem den Lehrberuf in einem erhöhten Maße fördern. Graz war immer Studentenstadt. Es ist daher naheliegend, daß man lieber hierher kommt als nach Salzburg oder nach Wien, wo es ja bekanntlich nicht sehr billig ist.

Das Aufgabengebiet des Landeskonservatoriums ist nämlich, das wissen viele nicht, nicht nur die Ausbildung von Solisten in der darstellenden Kunst und Musik, sondern auch die Ausbildung von Instrumentalisten. Tatsächlich spielen in allen größeren europäischen Orchestern heute schon Schüler, die in Graz ihre Ausbildung genossen haben. Dann

werden Musiklehrer ausgebildet für Mittelschulen und Musikerzieher, die in den Volksmusikschulen den Unterricht aufnehmen. Das Landeskonservatorium widmet sich also einer vierfachen Aufgabe in der Musikausbildung, musikwissenschaftlicher Pflege und Ausbildung für den Lehrberuf. In dieser Hinsicht hat die Tätigkeit des Landesmusikdirektors außerordentlich fruchtbar gewirkt, nachdem die Musikerziehungswochen, die alljährlich abgehalten werden, Gelegenheit bieten, mit wirklich internationalen Fachkräften in Berührung zu kommen.

Und das zweite vielleicht noch bemerkenswertere war die Präsidentenkonferenz sämtlicher österreichischer Akademien und Konservatorien, aller Spitzenkräfte für die Erziehung in der Musik und darstellenden Kunst. Diese Präsidentenkonferenz war Anstoß dafür, daß es vielleicht doch gelingen wird, das Grazer Landeskonservatorium in eine musikalische Süd-Ost-Akademie auszubauen. Ich glaube, der Landtag soll diesen Bemühungen recht viel Erfolg wünschen.

30 Volksmusikschulen mit 5500 Schülern stehen dem Landeskonservatorium zur Seite, mit ganz unterschiedlicher Regelung und Form der Trägerschaft. Ihr Aufbau ist noch nicht vollendet und ich hoffe sehr, daß der Landtag die Mittel immer wieder finden und zusätzlich erhöhen wird, damit diesen Musikschulen, die sich die Verbreiterung und die Vertiefung des Musiklebens in der Steiermark zum Ziele setzen, diese Mittel zur Verfügung gestellt und diese Sätze erhöht werden. Meine Damen und Herren! Es sind ja nicht nur die Schüler vom flachen Land, die dort ausgebildet werden. Die Volksmusikschulen sind auch die Keimzellen für andere Formen. Ich darf nur an das weststeirische Kammerorchester erinnern. Hier spielen Laienspieler und Berufsmusiker gemeinsam, diese Kapelle stellt also einen Querschnitt durch alle Schichten unseres Volkes dar. Es sammeln sich dort alle auf musikalischer Basis zu eigenem und fremdem Genuß, aber es gibt auch Mitglieder, die Berufsmusiker von Rang und Namen sind und die Aufführungen dieses Orchesters werden jedem das bieten können, was er am Lande von einem Orchester überhaupt verlangen kann.

Ich habe schon den Musikverein erwähnt und seine hohe Aufgabe, das berühmte Grazer Konzertleben hochzuhalten, die er nur dann erfüllen kann, wenn er die notwendigen Mittel dazu bekommt. Man hört sehr oft von führenden Stellen, daß diese Form des Konzertlebens sich mit Ausnahme von Wien, nicht bewahren wird können. Wir haben Spitzenkräfte aus unserem Landeskonservatorium in die Welt gesandt. Ich greife als jüngstes Beispiel heraus die beiden Sängerinnen Kouba und Janowitz, die vom Konservatorium sofort an die Oper gekommen sind und von dort in die Welt hinausgeholt worden sind. Sie erhielten bei uns eine gute und profunde Schulung. Wir könnten die Vereinigten Bühnen ohne unser Landeskonservatorium gar nicht führen, weil unsere Theater oft auf den hier geschulten Nachwuchs angewiesen sind.

Ich habe damit nicht annähernd alles gesagt, was sich über Konservatorium und Musikpflege sagen ließe, aber wir haben Zeitnot und ich springe gleich

auf die sonstige Wissenschaftspflege über, die mit 2,1 Millionen Schilling dotiert ist, wovon 1,5 Millionen Schilling auf die Studienbeihilfen entfallen, was ja auch ganz richtig ist. Bemerkenswert ist, daß heuer der heimatkundliche Atlas mit 257.000 S bedacht ist, der früher nur mit 50.000 S bedacht war, ohne daß wir bisher davon mehr als ein paar Blätter zu sehen bekommen haben. Ich hoffe, daß dieser sprunghafte Mehrbedarf von 257.000 S sozusagen der Endspurt sein wird und daß wir, wenn auch nicht heuer, so doch möglichst bald, den heimatkundlichen Atlas vervollständigt vor uns liegen haben werden. Die wenigen Blätter zeigen ja schon, wie interessant er sein wird. (LR. DDr. Schachner-Blazúzek: „Der Endspurt wurde versprochen.“)

Ich komme nun zu dem kleinsten Posten dieser Gruppe, dem Naturschutz, der nur mit 265.000 S bedacht wurde. Bei ihm wird der überwiegende Teil des Arbeitsaufwandes unentgeltlich, rein aus Idealismus geleistet. Er widmet sich ja auch der Bewahrung von Werten, die, wenn sie zerstört würden, nie wieder zu beschaffen wären. Daher ist ein Mißbrauch oder eine Überspitzung des Gedankens des Naturschutzes ebenso gefährlich als wenn man ihn überhaupt vernachlässigte. Mißbrauch treibt man mit dem Motto des Naturschutzes, wenn damit auf Grund vager gesetzlicher Bestimmungen Spekulationen verbunden werden, wenn man ihn z. B. zum Vorwand nimmt, um Realitäten billig zu bekommen oder einen Ankauf unmöglich zu machen oder wenn man ihn bei sonstigen derartigen Transaktionen mitwirken läßt. Naturschutz soll von allen wirtschaftlichen Dingen vollkommen unabhängig sein und auch niemals dazu mißbraucht werden. Die Überspitzung des Naturschutzgedankens ist, wie gesagt, ebenso gefährlich. Da möchte ich versuchen, dem Hohen Haus einen Gedanken darzustellen, der vielleicht oft übersehen wird. Auch die technische Entwicklung in der heutigen Zeit ist eine Naturerscheinung, und nicht alles, was der Mensch pflanzt, ist naturfremd. Das Leben und die Tätigkeit der Menschen ist genauso ein Teil der Natur. Zur Zeit, als das Schloß Trautenfels gebaut worden ist, war das auch ein Eingriff in die Natur und heute gehört es zu einem unverrückbaren Bestandteil des Ennstales. Auch dieses Schloß war einmal neu und war ein Fremdkörper in der Natur. Wir hätten das Schloß heute nicht, wenn damals der Naturschutz gekommen wäre und gesagt hätte, „das dürft ihr nicht bauen“. Ich bin überzeugt, wenn man die Landschaftsbilder heute, sei es durch Straßen, Brücken oder in anderer Weise verändert, daß dies einmal selbstverständliche Bestandteile der Landschaft sein werden. Ich glaube, das Ganze ist mehr Sache des Gefühls und der Aufmerksamkeit, daß wir tägliche Erscheinungen nicht mit Dauerwirkungen versehen. Wir müssen trachten, die Bauten, die wir in unserem Land anbringen, möglichst dem Naturbild unserer Landschaft anzupassen, aber wir dürfen nicht in den Fehler verfallen, sie von vornherein abzulehnen. Denn, wenn man das tut, dann kommt man zu einer Überspitzung des Naturschutzes. Auf den Naturschutz anwendbar ist auch jenes wahre Wort, das heute, ich glaube, schon der Abg. Dr. Stepančič geprägt hat, indem er sagte, es gibt eben

Gebiete, die sich durch das Gesetz nicht erfassen lassen. Es ist schon lange ein Naturschutzgesetz in Beratung und es gibt wohl kaum ein schwierigeres Gebiet. Es ist uns aber allen bewußt, daß das Naturschutzgesetz keinen vollen Schutz für die Natur bietet, weil nicht ein Gebot, nicht das Gesetz, sondern nur die Gesinnung das Ausschlaggebende ist, bei welchem Gedanken die Steiermark und gottlob auch die steirische Bevölkerung wirklich oben ansteht, was ich als Landesjägermeister sehr gut beurteilen kann, weil ich auch in andere Bundesländer komme. Ich habe festgestellt, daß die steirische Bevölkerung in dieser Hinsicht einen echten Natursinn zeigt wie kaum die Bevölkerung eines anderen Landes. Mit wenigen prägnanten Vorschriften ein neues Naturschutzgesetz zu schaffen, wird vollaufgenügen, weil alles übrige die gute Einstellung der Bevölkerung schon machen wird.

Ich komme nun zum letzten und aktuellsten Abschnitt der Gruppe 3, das ist das Landesarchiv, welches 2,2 Millionen Schilling von uns erfordert. Wie vieles andere ist auch dies eine Schöpfung Erzherzog Johanns. Es ist 1811 daraus entstanden, daß er es gegründet hat mit dem Motto, es solle die wichtigsten geschichtlichen Quellen des Landes sammeln. Nach diesem Grundgedanken wurde in diesem Archiv alles, was nur immer erreichbar war, zusammengetragen. Im Jahre 1863 wurde es mit dem Archiv der steirischen Landstände vereint, also sozusagen mit unserem Archiv. Erst im Jahre 1932 wurde dieses landständische Archiv archivarisches zusammengelagt mit dem staatlichen Archiv mit dem Charakter einer österreichischen Zentralverwaltung. Dieses ist jetzt seit 1951 vereinigt mit dem Landesarchiv und seither mit dem Namen „Steirisches Landesarchiv“ ausgezeichnet. Damit erfüllt es wieder die Aufgabe, die es als zweite Aufgabe von Erzherzog Johann bekam, nämlich den Dienst an der lebendigen Selbstbestimmung des Landes. Archive sind etwas Totes, glaubt man oft, aber ganz im Gegenteil, sie sind etwas ungeheuer Lebendiges, wenn man sie richtig bewahrt und betrachtet.

Die Kenntnis der Vergangenheit ist unerläßlich. Die Bewahrung der Beweismittel ist unerläßlich, wenn man ein völkisches Dasein behaupten will. Wir wissen, daß Versuche gemacht worden sind, unter Berufung auf völlig unbegründete Ansprüche einen wesentlichen Teil der Archivbestände nach Jugoslawien wegzuholen. Dieser Kampf ist noch nicht beendet. Wir müssen diese wichtigen Bestände für den Nachweis unserer Stellung im europäischen Raum bewahren und verteidigen. Wir bitten alle Stellen des Landes, alles zu tun und nichts zu unterlassen, um diesem Angriff zu begegnen.

Ein Volk, das sich nicht seiner Vergangenheit bewußt ist, hat auch keine Zukunft! (Sehr lebhafter Beifall.)

**Abg. Kreml:** Wenn wir jetzt in diesen Tagen durch die Steiermark fahren, dann grüßt uns in verschiedenen Orten ein leuchtender Baum, der vom Bürgermeister eines Ortes oder vom Straßenwärter aufgestellt worden ist. Wenn wir in diesen Tagen des Advent durch die Straßen unserer Stadt gehen, dann sehen wir überall einladende Geschäftslokale. Wir sehen die Straßen in einem an-

deren Lichterglanz erscheinen als sonst im Jahr. Wir gehen sehr gerne in ein Geschäftslokal hinein, weil wir in dieser Zeit jemandem ein Geschenk bringen möchten. Wir wissen, daß es die Weihnachtszeit ist, die uns in diesen Tagen bewegt. Für viele ist es so, auch für mich und viele Steirer, daß dieses Fest die Erinnerung an die Geburt Christi ist. Für andere ist es die hohe Nacht der klaren Sterne. Für alle ist es ein Fest der Familie, nicht nur der Familie im engeren Sinne, sondern der ganzen Familie der Steirer. Wenn in diesen Tagen einer, der ärmer ist als wir, materiell ärmer, an unsere Tür klopft, dann sind wir eher bereit, ihm etwas zu geben. Wenn wir gerade in dieser Zeit an die vielen Bräuche denken, die dieses Fest umschließen, oder an die „Herbergssuche“ und die „Sternsinger“, die Rauhächte, die wir in den Gebirgsgegenden der Obersteiermark feiern, so sind das Bräuche, die erfüllt sind vom Leben unseres Volkes, sind das keine Bräuche, die schal und leer geworden sind.

Wenn wir nach dem Geheimnis fragen, warum wir dies alles tun und warum wir das in uns tragen, warum wir in diesen Tagen des Advent so freudig bewegt sind, so müssen wir sagen, daß das im tiefsten Sinn Kultur ist. Wir haben sie von unseren Ahnen übernommen. Wir sind verpflichtet, sie weiterzutragen und weiterzupflegen. Wir könnten die Debatte über trockene Zahlen, die für dieses Kapitel Kulturwesen ausgeschüttet sind, führen, ob es zuviel ist oder zu wenig, darüber läßt sich streiten, darüber könnten wir debattieren, aber fest steht eines, daß Kultur nicht erkaufte werden kann, sondern daß man Kultur in sich trägt oder man hat überhaupt keine Kultur. Diese Kultur, die wir meinen, ist in unserer Steiermark zutiefst im Volk verankert. Wir zählen uns heute noch zum christlich-abendländischen Kulturkreis. Es ist ein Schlagwort geworden und keine Tatsache mehr. Wenn wir uns nicht auf diesen Kulturkreis und auf diese vielen Volksbräuche stützen, dann werden wir von den Wilden überrannt werden, ob sie aus dem Osten oder aus Afrika kommen ist in diesem Falle gleichgültig. Wir waren lange genug besetzt und haben nichts von Kultur bemerkt.

Meine Damen und Herren, wir Steirer haben von unseren Ahnen ein ganz besonders großes Erbe übernommen. Wir feiern in diesen Tagen das Fest der Heiligen Barbara, das Fest der Bergleute, der Schutzherrin der arbeitenden Menschen in unseren Industriegebieten. Ich glaube, es ist nicht überheblich, zu sagen, daß sehr viel Kultur von diesen Bergleuten in unsere Steiermark hereingetragen wurde. Gerade diese Bergleute sind heute noch Träger dieser Kultur. Wenn wir heute im steirischen Erzberg noch Stollen zeigen, in denen die Römer nach Erz geschürft und gegraben haben, wenn wir in den Salzbergwerken unserer Steiermark heute noch Ausgrabungen zeigen können, die aus der Kelten- und Römerzeit stammen, dann wissen wir, daß diese Menschen unsere Ahnen gewesen sind.

Nicht zuletzt trägt die Steiermark vom steirischen Erzberg den Namen „die eiserne Mark“. Wenn die Bergknappen in ihrer maximilianischen Tracht in ihrem schwarzen Bergkittel dem Herrgott die Ehre geben und in das Barbarahochamt gehen, so wissen sie genau, daß sie dies nicht einem Lehensherrn

zuliebe tun, sie wissen, daß sie dem Herrgott danken für ihre Gesundheit, die er ihnen erhalten hat und für den Erfolg der Arbeit, der ihnen in den vergangenen Jahren geschenkt war.

Ich glaube, daß Kultur nur von jenen Menschen kommen kann, die mit der Heimat und ihrer Arbeit und mit der Religion zutiefst verwurzelt sind. Sicherlich ist es richtig, wenn die Landesregierung und der Landtag für die Pflege der Heimat- und Bergmuseen, für die Erhaltung der Radwerke, für die Erhaltung der Denkmalpflege in den Bergstädten namhafte Beträge ausschüttet, aber ich glaube, es ist Verpflichtung für uns, die wir die Verantwortung in der Steiermark tragen, zu trachten, daß diese alten Bräuche nicht in das Museum verbannt werden, wo man später einmal für ein paar Schillinge nachlesen kann, wie es seinerzeit in der Steiermark zugegangen ist, sondern daß diese Kultur in unserem Lande lebendig bleibt.

Ich glaube, daß wir hier eine ganz besondere Aufgabe haben und besonders jene Kollegen, die in der Industrie und im Bergbau, die in den Hüttenbetrieben als Betriebsräte gewählt sind — alle Kollegen wählen ihre Betriebsräte —, nicht nur verpflichtet sind, die Sorgen und Nöte ihrer Kollegen dem Unternehmer gegenüber zu vertreten, sondern daß sie auch die Verpflichtung für sich und ihre Kollegen übernehmen müssen, daß diese Bräuche bei unseren Menschen, Arbeitern und Angestellten, erhalten bleiben.

Zur Kultur, meine sehr verehrten Damen und Herren, gehört auch, daß in diesen Betrieben nicht nur am Fest der Barbara, sondern auch im ganzen Jahr der kollegiale Geist erhalten bleibt. Und wo er nicht ist, da müssen wir trachten, daß er dort Einzug hält. Wir haben schon vom Hauptredner Kollegen Dr. Stepantschitz gehört, daß verschiedene Terrorakte in den Betrieben, vor allem bei Böhler, vorkommen. Das könnte man aber noch weiter ausführen. Bei Böhler war es so, daß Menschen, die anderer Gesinnung gewesen sind und die anders denken als die große Masse, niedergepöfeln und niedergeschrien worden sind, weil sie in einer Versammlung einmal ihre Stimme erheben und sagen wollten, wo sie der Schuh drückt und aus ihrer Schau heraus beitragen wollten zum Betriebsfrieden. Wir haben auch in der jüngsten Zeit in Eisenerz bei der Wahl der Angestelltenbetriebsräte, wo die christlichen Gewerkschafter die Mehrheit erhalten haben, wieder etwas erlebt. Was ist uns dort passiert? Kollegen Ihrer Fraktion haben unsere Kollegen von der christlichen Gewerkschaft mit folgenden Worten traktiert: Ihr blöden Schweinehunde, Ihr schwarzen Lausbuben. (Abg. Wurm: „Sie stellen immer Behauptungen auf, Sie hätten uns die Schuldigen ausliefern müssen!“) Ich kann Ihnen die Zeugen bringen, das sind Tatsachen. (Abg. Gruber: „Für Tatsachen sind Sie aber nicht bekannt.“) (Landesrat Pirisch: „Der macht das aber am eigenen Leibe mit!“) Das ist aber die Wahrheit, Herr Kollege Wurm, ich kann den Wahrheitsbeweis jederzeit antreten. (Abg. Wurm: „Die Wahrheit à la „Prawda“. Das ist die richtige Weihnachtsstimmung, auf eine Unanständigkeit läuft das hinaus.“) (Abg. Gruber: „Immer der gleiche Brun-

nenvergifter!“) (Abg. Leitner: „So was ist ein Betriebsrat, eine Schande ist das!“) (Weitere unverständliche Zwischenrufe und Unruhe.)

**Präsident:** Ich mache aufmerksam, der Herr Abg. Krempel hat das Wort.

Abg. **Krempel** (fortfahrend):

Dann erkundigen Sie sich, sehr verehrte Kollegen der sozialistischen Fraktion einmal beim Herrn Dalasin in Eisenerz. Erkundigen Sie sich bei ihm, da Sie ja einen Namen haben wollen, wie sich das damals zugetragen hat und dann reden wir weiter. Die Tatsachen sind aber so. (Landesrat Pirisch: „Man versucht ja auch hier wieder zu beckmessern, gemeinsam wollt Ihr alles niederschreiben, wie wird es dann erst oben gewesen sein?“) (Abg. Wurm: „Wenn jemand unanständig ist, muß man ihn zur Verantwortung ziehen, und wenn ein Sozialist Sie ein christliches Gewerkschaftsschwein genannt hat, gehört er auch zur Verantwortung gezogen!“) Ich zitiere den Herrn Abg. Afritsch: Ein Mensch ohne Kultur kennt keine persönliche Freiheit. Sagen Sie nun selbst, ob solche Zustände dazu beitragen, die persönliche Freiheit in einem Betrieb zu fördern. (Zwischenrufe.) (Präsident: „Ich bitte noch einmal, dem Abg. Krempel nicht ins Wort zu fallen.“) (Abg. Stöffler: „Verhalten Sie sich in den Betrieben entsprechend, dann werden wir Sie nicht behelligen.“) (Abg. Pabst: „Immer haben Sie unsere Gewerkschafter als Schweine bezeichnet, hat der Pözl reden können oder nicht? Deshalb unterstützt Sie der Leitner hier, den Kommunisten haben Sie reden lassen, aber den christlichen Gewerkschafter nicht!“) (Präsident: „Stören Sie die Verhandlungen nicht, der Abg. Krempel hat das Wort.“) (Abg. Wurm: „Der verdient ja einen Ordnungsruf!“) Ich möchte Sie, sehr verehrte Kollegen von der sozialistischen Fraktion sehr ernstlich ersuchen, sorgen Sie dafür, daß sich auch andere Menschen, die sich nicht zu Ihrem Parteibuch bekennen, in den Betrieben entsprechend rühren dürfen bzw. reden dürfen in Betriebsversammlungen und nicht beschimpft werden. Es ist sowieso genug, wenn sich einer in einem solchen Betrieb zu einer christlichen Gewerkschaft bekennt, denn dann muß er darauf gefaßt sein, daß er vom Beginn bis zum Ende seiner Arbeitszeit sekkiert und hintangestellt wird im persönlichen Weiterkommen. (Abg. Gruber: „100 Unterschriften hat Ihre Fraktion gehabt, aber nur 98 Stimmen, wo ist da der Terror?“) Das ist nicht wahr. (LH. Krainer: „Bei Simmering habt Ihr 30 Unterschriften gehabt und nur 21 Stimmen!“) Ich könnte Ihnen noch weitere Beispiele aus dem Leben erzählen, wie es in einem Kulturstaat zugeht, wenn wir uns überhaupt so nennen wollen.

Wir haben heute bei diesem Kapitel den Vers gehört: „Der Menschheit Würde ist in eure Hand gegeben!“ Ich glaube, daß es für jeden Steirer und für jeden Menschen in unserem Lande gilt, daß er die Gesinnung und die Freiheit seines Kollegen und der anderen achtet. Darin möge jeder Steirer seine Aufgabe und Verpflichtung erkennen und auch darnach handeln. (Beifall bei OVP.)

**Präsident:** Ich unterbreche die Sitzung auf eine Stunde.

**Abg. Dr. Kaan:** Ich möchte mein Fernbleiben damit entschuldigen, daß ich morgen eine Verteidigung vor Gericht zu führen habe. Ich habe rechtzeitig eine Vertagung mit der Begründung verlangt, daß ich an der Landtagssitzung teilnehme und habe hingewiesen auf Art. VII der Bundesverfassung, die vorsieht, daß die Ausübung des Mandates der Berufsausübung vorgeht. Diesem Antrag wurde nicht stattgegeben. Ich erblicke darin eine Minderachtung der Tätigkeit im Landtag, wenn gleich die Begründung dahingeht, daß ich früher gewußt hätte, daß heute Budgetsitzung ist. Ebenso hat auch das Gericht gewußt, daß die Budgetsitzung stattfindet. Da dem Vertagungsantrag nicht stattgegeben wurde, muß ich morgen meiner Pflicht als Verteidiger nachgehen.

**Präsident:** Ich nehme diese Erklärung zur Kenntnis. (Unterbrechung der Sitzung von 20 Uhr bis 21 Uhr.)

**Präsident:** Hoher Landtag! Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

**Abg. Neumann:** Hoher Landtag! Der Abgeordnete Krempf hat in der vorigen Stunde mit seinen Ausführungen im ersten Teil in die Weihnachtszeit geführt und uns im zweiten Teil die einzelnen Verhältnisse in Betrieben des Landes mitgeteilt. (Zwischenruf: „Das hat mit Kultur nichts zu tun.“) Ich möchte das nur bekräftigen und sagen, daß solche Verhältnisse eines Kulturstaates unwürdig sind.

Ich möchte die Aufmerksamkeit des Hohen Hauses auf die Gruppe 3 des Landesvoranschlages lenken, der für uns ein Stück Heimat ist, der in seiner finanziellen Bedeutung ein wichtiger Baustein in der Aufwärtsentwicklung dieses Landes ist. Es ist richtig und gehört auch zur Kultur, daß wir bei den Beratungen an die Bevölkerung denken und dieser und den Steuerzahlern danken, denn durch ihre Arbeit, ihren Fleiß konnten wir dieses Voranschlagsvolumen erreichen. Ihnen verdanken wir es, daß wir bereits eine Summe von 1,7 Milliarden Schilling zu verteilen haben. Dr. Schachner-Blazizek hat diese erfreuliche Tatsache in seiner Einbegleitungsrede zum Budget auf die kluge und sparsame Finanzpolitik der letzten Jahre zurückgeführt. Ich freue mich, daß in unserem Land, in dem immerhin die ÖVP schon eine geraume Zeit die Mehrheit hat, daß in diesem Land eine kluge, sparsame und verantwortungsvolle Finanzpolitik betrieben wird. Eine Finanzpolitik, die von den Sozialisten viel mehr Anerkennung findet als im Bund, wo der Einfluß der SPÖ nicht geringer, sondern stärker ist.

Durch diese erfreuliche Entwicklung sind die Ansätze in der Gruppe 3 wieder um 4 Millionen Schilling angestiegen und hat das Kulturbudget des Landes eine anerkennenswerte Höhe erreicht. Es wurde schon viel über den Sinn der Kulturförderung gesprochen, über die Förderung des Theaterwesens, der Vereinigten Bühnen. Ich möchte das vom ländlichen Standpunkt bejahen, weil wir wissen, daß das Theater uns nicht nur eine sinnvolle Freizeitgestaltung bietet, sondern daß es den Mutterboden der gesamten Kultur des Landes bildet. Es wurde auf die Tätigkeit der Musik- und Gesangsvereine

hingewiesen. Es wurde vom Berichterstatter erwähnt, daß ein Betrag von 100.000 Schilling zum 100jährigen Bestand des Steirischen Sängerbundes zur Verfügung gestellt wird. Ich möchte sagen, daß diese Tätigkeit, die Tätigkeit der Kulturvereine in Land und Stadt den Mutterboden für die gesamte Kultur, auch für das Theater, bildet. Es ist richtig, daß nicht nur die Spitzenkultur des Landes, sondern daß unser Kulturreferat unter Führung des Herrn Univ.-Prof. Dr. Koren bemüht ist, die breite Landeskultur unserer steirischen Heimat zu fördern. Wenn wir von den Vereinen reden, von ihrer wertvollen kulturellen, geistigen und schöpferischen Tätigkeit, dann gehört es auch zur Kultur, daß wir ihnen von diesem Hohen Hause aus ein herzliches Wort des Dankes sagen, allen Musik-, Gesang- und Volksbildungsvereinen, den Jugendgruppen und allen anderen, die im Dienste der Kultur tätig sind. Ich möchte mich über die Kultur im allgemeinen nicht weiter ausbreiten, weil hier schon viel Richtiges darüber gesprochen wurde.

Aber in der Gruppe 3 finden wir auch unsere Volksbildungsheime, die im Volksbildungsheim St. Martin ihren geistigen Ursprung haben. Und über diese wurde eigentlich noch nicht gesprochen. Auch sie sind mit einem Betrag von 4 Millionen Schilling dotiert. Außerdem wissen wir, daß im ao. Voranschlag ein Betrag von 3 Millionen Schilling, bedeckt für den Neubau eines Volksbildungsheimes in der Weststeiermark, und zwar in Maria Lankowitz, vorgesehen ist. Das freut mich als weststeirischen Mandatar besonders und ich möchte das mit Dank hier feststellen.

Wir sehen, Hohes Haus, wie weit der Bogen in der Gruppe 3 gespannt ist, er geht vom Theaterwesen über die Denkmäler und Museen, über das Schulwesen, über die Stipendien bis zu den Volksbildungsheimen. Man könnte nun hier die Frage stellen, was ist nun eigentlich Kultur? Sind das unsere Denkmäler, unsere Museen, ist das die Volksbildung oder sind das unsere Volksbildungsheime? Ein Professor hat dies einmal in einem Sammelbegriff zusammengefaßt, indem er sagte: „Kultur ist die tägliche geistige Bewährung im Beruf, in der Gesellschaft und in der Zeit.“ Hohes Haus! Von dieser Warte aus gesehen kommt unseren Volksbildungsheimen, die längst nicht mehr nur bäuerliches Bildungsgut vermitteln, sondern eine richtige Bildungsstätte für das Leben geworden sind, allergrößte Bedeutung zu. Es freut mich als jungen Mandatar, daß dieser Volksbildungsgedanke hier in diesem Hohen Hause immer mehr beachtet wird und daß das bäuerliche Fort- und Volksbildungswesen im heurigen Jahr durch einen Landtagsbeschluß gesetzlich verankert wurde. Wir müssen jedoch mit Bedauern zur Kenntnis nehmen, daß das 2. Gesetz über die bäuerlichen Pflichtschulen für uns ein wertloses Gesetz ist, weil es der Sanktionierung des Bundes bedarf und dieser sich noch nicht damit befaßt hat, es daher noch nicht zum Leben gebracht werden konnte. Ich habe vor kurzem gehört, daß der Bund beabsichtigt, das steiermärkische, bäuerliche Pflichtschulgesetz in die allgemeine Enquete der Schulverhandlungen miteinzubeziehen. Wenn wir auch hörten, daß man sich im wesentlichen über das neue Schulgesetz bereits einigte, so

sind wir trotzdem etwas skeptisch. Wir wissen, daß diese Schulverhandlungen infolge Uneinigkeit in der Koalition sich schon jahrelang hinausziehen. Es wäre auch sehr im Interesse der bäuerlichen Jugend gelegen, wenn sich der Bund über das neue Schulgesetz bald einigen würde. Sollte das nicht möglich sein, müßten wir wirklich bitten, daß man im Interesse der bäuerlichen Jugend das steiermärkische Pflichtschulgesetz aus dem ganzen Stoß der Schulverhandlungen herausnimmt und einer separaten, raschen Beschlußfassung zuführt. Sollte auch das nicht möglich sein, glaube ich, müßte man erwägen, dieses Gesetz ohne Sanktionierung des Bundes zu beschließen und bei einer allfälligen Beeinspruchung durch den Bund müßte man wirklich erwägen, einen Beharrungsbeschluß des Hohen Hauses zu fassen. Schließlich haben Niederösterreich und auch andere Bundesländer schon jahrelang das bäuerliche Pflichtschulgesetz, das dort für die bäuerliche Jugend bereits eine segensreiche Bildungstätigkeit entfalten konnte. Auch wissen wir, daß der Herr Landwirtschaftsminister und das Landwirtschaftsministerium durchaus positiv zu unserem steiermärkischen Pflichtschulgesetz stehen. Es scheint in der Gegenwart so zu sein, daß nur der Arbeiterkammertag die Bestrebungen des Unterrichtsministeriums auf Hinausziehen der Beschlußfassung unterstützt und dem Schützenhilfe leistet.

Hohes Haus! An das Land hätte ich in Stellvertretung der ländlichen Jugend eine besondere Bitte. Das ist die, daß man schon jetzt mit der Auswertung des ersten Gesetzes, und zwar des Schulerhaltungsgesetzes, beginnt. Wie ich hörte, sind die Ermittlungen der Schülerzahlen für die bäuerlichen Fortbildungsschulen bereits abgeschlossen und besagen diese, daß rund 14.000 Schüler und Schülerinnen für diese bäuerlichen Pflichtfortbildungsschulen in Frage kommen. Zur Zeit besuchen auf freiwilliger Basis rund 4000 Jugendliche diese Schulen. Daraus ersieht man schon die große Bedeutung dieses Gesetzes. Des weiteren hat man ja auch ermittelt, in welchen Orten Schulsitzgemeinden in Frage kommen und in welchen Gebieten Sprengelschulen errichtet werden sollen. Ich möchte bitten, schon jetzt mit der Einrichtung und mit der Ausgestaltung der Schulräume in diesen Schulsitzgemeinden oder Schulsprengelgemeinden zu beginnen. Wir würden dadurch viel Zeit gewinnen und dadurch der bäuerlichen Jugend einen guten Dienst erweisen.

Hohes Haus, Ich möchte das Kapitel über das Volksbildungsheim St. Martin nicht abschließen, ohne auf einen wichtigen und für uns bedeutenden Antrag hinzuweisen, der im Laufe dieses Jahres hier im Hause eingebracht wurde. Es ist dies der Antrag auf Errichtung einer Landvolkshochschule im Bereich von St. Martin. In einer Zeit, wo die geistigen Anforderungen an alle Berufsstände ständig steigen und es jemand schon schwer hat, der nur eine einfache Berufsausbildung genossen hat, weiters in Erkenntnis des Wortes „Fachmann sein ist zu wenig, man muß auch Volksmann sein!“ kommt der Errichtung von allgemeinen Bildungsstätten wirklich größte Bedeutung zu. Unser Landeshauptmann Josef Krainer erklärt ja auch immer wieder, daß es in dieser Zeit gilt, wirklich alle geistigen Kräfte des Landes zu aktivieren, zu för-

dern und zu wecken. Hohes Haus! Diese Jugend, die wir da fördern und bilden, wird schließlich und endlich auch einmal mit ihrer Hände Fleiß und ihrem gebildeten Geist das gerade in Österreich so stark ausgebaute Sozialgebäude zu erhalten haben. Nicht eine Partei, sondern ihre Arbeit wird die Grundlage sein für die Sicherung der Renten unserer Väter und Mütter.

Ich glaube, daß wir durch unsere Kulturarbeit, durch die Förderung des Geistes, durch die Förderung der Volksbildung auch einen Beitrag leisten zur besseren Verständigung innerhalb der einzelnen Berufsstände, zu einer besseren Verständigung zwischen Stadt und Land und vielleicht durch unsere Volksbildungsarbeit auch zu einer besseren Verständigung innerhalb von Europa. Oft hört man, daß die Fragen der Landwirtschaft und natürlich auch die Fragen der übrigen Berufsstände mitunter hauptsächlich Fragen der Bildung sind. Auch Erzherzog Johann schrieb seinerzeit den Satz in sein Tagebuch: „Fördern wir zuerst die Bildung des Menschen, vieles andere, ja vielleicht alles andere wird ihnen dann von selbst zufallen.“ Ich glaube, daß wir auch sagen können, daß die Frage Europas mitunter auch eine Frage der Bildung, eine Frage der Volksbildung der Europäer ist.

So möchte ich nun dem Hohen Haus für seine bisherige Kulturarbeit, für seine bisherige Förderung des Geistes recht herzlich danken und an diesen Dank die Bitte knüpfen, auch in Zukunft alle kulturellen, geistigen Kräfte dieses Landes zu fördern, zu wecken und zu aktivieren, auf daß das Leben in diesem Lande auch in der Zukunft lebenswert bleibe. (Beifall.)

Abg. **Scheer**: Hohes Haus! Die Frage des Kapitels 3, Kultur, war bisher im Steiermärkischen Landtag immer eine Frage, die nicht von der parteipolitischen Seite her zu einer parteipolitischen Polemik ausartete. Denn wenn es ein Kapitel gibt in unserem Landesbudget, dann ist es gerade dieses, das am geringsten geeignet erscheint, als Plattform für solche Polemik benützt oder, besser gesagt, mißbraucht zu werden.

Es müssen die Worte, die heute hier insbesondere vom Kollegen Krempl gefallen sind, einer Berichtigung unterzogen werden. Es wäre unser unwürdig, würden wir ein derartiges Abtun von kulturellen Dingen in so unmöglicher Weise hinnehmen. Sehr verehrter Herr Abgeordneter Krempl, wenn wir in Auseinandersetzungen mit den Kommunisten, die uns nicht erspart bleiben, in einer Art und Weise und mit Worten führen wie „Wilde aus dem Osten oder Afrikaner“, so erscheint mir dies nicht der richtige Weg. Wir müssen diesem in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus etwas Besseres entgegensetzen; Denken Sie nur an Tolstoi, Dostojewski, Puschkin, Pasternak. Wir dürfen uns nicht in einer Weise auseinandersetzen, daß man sie als Wilde bezeichnet, die aus dem Osten kommen. Ich bin der Letzte, der den Kommunisten das Wort redet. (Landesrat Wegart: „Es bestehen große Unterschiede zwischen Russen und Kommunismus.“) Wir können uns nur mit dem System des Kommunismus auseinandersetzen, mit der

kulturellen Auseinandersetzung werden wir nicht weiterkommen.

Ich glaube auch, daß der Generalredner Dr. Stephan diese Sache in dieser Art gemeint hat und bei der Generaldebatte selbst vorgetragen hat. Bisher herrschte bei der Kulturdebatte im Hause immer ein ganz anderer Ton; wenn es um die Erhaltung unserer Kultur gegangen ist, ist diese Art und Weise der Auseinandersetzung unterblieben. was unser aller Wunsch war und sein dürfte. (Landesrat Priirsch: „Etwas überheblich!“) So kann man das auch nicht machen. Es steht mir nicht zu, über den Abgeordneten Krempl den Kritiker zu spielen, wir wollen nicht päpstlicher als der Papst sein, damit man uns nicht derselben Fehler beschuldigt, die man im Osten täglich begeht. Das möchte ich dazu gesagt haben.

Wenn ich zum Kapitel Kultur weiter Stellung nehmen darf, möchte ich zu den vielen Ausführungen, die von den Abgeordneten Afritsch und Dr. Kaan schon gemacht worden sind, Stellung nehmen. Viel wird für Kultur gemacht in der Steiermark; je mehr wir auch aufbringen, es wird immer zuwenig sein, und dies bringt zweifellos da und dort notwendige Kritik hervor. Es hat heute Abgeordneter Afritsch von der Zuwendung, die das Grazer Theater durch den Bund erhalten hat, in der Höhe von 2,3% der Zuwendungen, die für die Bundestheater ausgegeben werden, gesprochen. Das ist ein Prozentsatz, der nach Bettel riecht und zweifellos zu gering ist, und daher resultieren gewisse Dinge, die im argen liegen. So kann man am Grazer Theater verschiedene Neuinszenierungen nicht in dem Ausmaß durchführen, wie es die Führung gern möchte. Auch ist klar, daß das Abwandern guter Kräfte kaum zu verhindern ist und Gefahr für die Spielplanerstellung besteht, weil verschiedene Sparten nicht über die nötigen Kräfte verfügen. So werden einige Schauspieler überfordert, während andere unterbeschäftigt sind. Die Heranziehung von Gästen ist auch nicht in größerem Ausmaß möglich, schon wegen der dadurch bedingten erhöhten Preise. Das sind alles Dinge, die wir kennen, die wir aber wegen des bestehenden Mangels an Geld nicht beheben können.

Ein kleiner Vorschlag wäre zu machen, vielleicht um gewisse Anregungen aus der Bevölkerung zu bekommen, daß der Theaterausschuß es unternimmt, die Presse, die Kritiker und die Intendanz zusammenzuholen und in einer offenen Diskussion über die Theaterfragen zu sprechen. Wenn Herr Abgeordneter Dr. Kaan bezüglich einer Doppelanstellung in Graz und Wien positiv eingestellt ist, so gilt doch zu bedenken, daß ein Diener zweier Herren sich sehr schwer tut, insbesondere, wenn wir uns vorstellen, daß er für Graz mehr tun könnte. Es wird sich zeigen, ob sich diese Lösung bewährt oder nicht. Irgendwelche Beurteilung steht noch aus.

Über das Grazer Philharmonische Orchester wurde gesprochen. Es ist unser Wunsch, daß es erhalten bleibt, wie immer die Verhandlungen mit dem Rundfunk ausgehen mögen.

Wir sind jedenfalls der Auffassung, daß die Kulturarbeit in Händen von Univ.-Prof. Dr. Koren gut

aufgehoben ist und daß wir ihm für seine Leistungen unseren Dank und unsere Anerkennung nicht versagen dürfen. (Beifall.)

Abg. **Schlager**: Hoher Landtag! Abg. Dr. Kaan hat darauf hingewiesen, daß sich in der Gruppe 3 auch ein kleiner Abschnitt für Naturschutz befindet. Es ist dies zwar ein kleiner Abschnitt, aber einer mit großen Wirkungen. Ich gestatte mir, die Aufmerksamkeit des Hohen Hauses auf den Streit um das Naturschutzdenkmal „Wasserfall bei Schöder“ zu lenken. Ich gestatte es mir deshalb, weil verschiedene Zeitungen in letzter Zeit eine sehr einseitige Darstellung von diesen Meinungsverschiedenheiten der Bevölkerung im Bezirk Murau gegeben haben. Es ist dies keine Angelegenheit von Schöder allein, sondern eine große Angelegenheit innerhalb der Obersteiermark. Dr. Kaan hat davor gewarnt, den Naturschutz zu überspitzen und gemeint, daß Veränderungen in der Natur, die lebensnotwendig sind, durchgeführt werden müßten und nicht an einer Überspitzung des Naturschutzgedankens scheitern dürfen.

Meine Damen und Herren! 4 km entfernt von Schöder befindet sich jener Wasserfall, der der Anlaß dieser Meinungsverschiedenheiten ist. Ein Industriekonzern will bei diesem Wasserfall ein E-Werk errichten und später eine Holzindustrie anschließen. Die Befürchtungen gingen nun dahin, daß man den Wasserfall abstellen würde, wenn das E-Werk errichtet wird. Ich möchte feststellen, daß alle Experten dies bestritten und festgestellt haben, daß auch bei Zulassung des E-Werkes der Wasserfall weiterhin verbleibt und dem Fremdenverkehr weiterhin dienen kann. Wenn schon die Bevölkerung von Schöder dieser Industrieegründung ein großes Interesse entgegenbringt, dann müßte man meinen, daß auch alle öffentlichen Stellen dafür eintreten, um so mehr, als dieser Wasserfall 4 km entfernt ist und der Weg dorthin, den ich selbst schon befahren habe, sehr schlecht ist und durch Hand- und Zugdienste hergerichtet werden muß. Er bringt der Gemeinde derzeit keinen wirtschaftlichen Vorteil. Die bäuerliche Bevölkerung, ja die ganze Bevölkerung dieses Gebietes ist der Meinung, daß bei Zulassung dieses E-Werkes in diesem Gebiet auch ein wirtschaftlicher Aufschwung verzeichnet werden könnte. Auch die Bauern meinen, daß bei der Holzindustrie dann das billige Holz den heute fehlenden Absatz finden könnte.

Noch eine andere Seite dieses Problems! Man rechnet auf den Bergbauernhöfen, von denen jetzt die Kinder oft abwandern, daß diese dann in nächster Umgebung eine Arbeit finden könnten und trotzdem bei der heutigen verkürzten Arbeitszeit auch die Möglichkeit bestünde, noch auf dem eigenen Bauernhof mitzuarbeiten. Es wäre daher die einhellige Meinung des Gemeinderates von Schöder, daß man hier die Zustimmung geben soll. Ich kann hier erfreulicherweise feststellen, daß mir bei der Antragstellung im Finanzausschuß der Herr Referent gesagt hat, er werde die Angelegenheit sachlich prüfen und einer korrekten Behandlung zuführen. Ich möchte aber doch noch einmal alle Fraktionen ersuchen, man möge diese Industrieegründung in Schöder fördern, um so mehr, als ja der Wasser-

fall für die Zeit des Fremdenverkehrs erhalten bleibt. (Beifall.)

**Präsident:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, ich bitte den Berichterstatter um das Schlußwort.

**Berichterstatter Abg. Dr. Pittermann:** Hohes Haus! Ich wiederhole meinen Antrag auf Genehmigung der Ansätze für die Gruppe 3 des Voranschlages 1962.

**Präsident:** Wir stimmen ab. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Gruppe 3 ist angenommen. Wir kommen zur

#### Gruppe 4 „Fürsorge und Jugendhilfe“.

Berichterstatter ist Frau Abg. Hella Lendl, ich erteile ihr das Wort.

**Berichterstatter Abg. Hella Lendl:** Hohes Haus! Bei der Gruppe 4 „Fürsorge und Jugendhilfe“ haben wir bei der Ausgabenseite 97.736.000 Schilling und auf der Einnahmenseite 42.726.000 Schilling zu verzeichnen. Die Ausgaben in dieser Gruppe sind gegenüber dem Voranschlag 1961 um 8 Millionen Schilling gestiegen. Das Land hat an Pflichtaufgaben in der Fürsorge den Betrag von 55 Millionen Schilling für 1962 zu leisten und wird damit der Beweis erbracht, daß das Land Steiermark seine soziale Aufgabe ernstnimmt und die Aufwendungen für die Fürsorge, Jugendhilfe gewissenhaft durchgeführt werden. Die Sonderkosten für Landeshilfsbedürftige, für Heil- und Kurbehandlung und Prothesen haben eine Erhöhung von 110.000 Schilling erfahren. Für Dauerunterstützungen und Pflegegelder werden 2,6 Millionen Schilling an 660 Pflegekinder und 230 sonstige erwachsene Landeshilfsbedürftige ausgegeben und weitere rund 1000 Kinder werden fallweise unterstützt. Für die Verpflegskosten treten in allen Abschnitten empfindliche Erhöhungen ein.

Im Abschnitt Jugendhilfe ist durch die Erhöhung des Alters der Kinder bis zu 16 Jahren ein Betrag von 700.000 Schilling eingesetzt, der zugleich eine Erhöhung von 100.000 Schilling zeigt. Die Kosten für Schülerheime, Landeswerkstätten und landwirtschaftliche Lehrhöfe haben sich in den letzten Jahren auch erhöht. Der Personenkreis, der für Beihilfen in Frage kommt, ist auch größer geworden und war daher hier eine Erhöhung von 250.000 Schilling notwendig.

Durch das Steiermärkische Jugendwohlfahrtsgesetz haben verschiedene Organisationen Jugendwohlfahrtspflege zu erfüllen, auch dies hat gesteigerte Kosten verursacht. Der Förderungsbetrag an Jugendorganisationen wurde deshalb um 300.000 Schilling erhöht. Ein Mangelberuf ist der Erzieher nachwuchs, weshalb die Ausbildung von Erziehern durch Gewährung von Ausbildungsbeihilfen an Minderbemittelte zu fördern ist.

Für Körperbehinderte wurden in der offenen Fürsorge 80.000 Schilling und in der geschlossenen Fürsorge 560.000 Schilling zur Rehabilitierung vorgesehen. Um die Körperbehinderten in den Arbeits-

prozeß wieder einzugliedern, ist die Anschaffung von motorisierten Kraftfahrzeugen notwendig, damit sie ihren Arbeitsplatz erreichen können. Wenn auch schon viel getan wurde, so müßte gerade für diese Eingliederung noch mehr gesorgt werden, und es wäre daher sehr wünschenswert, wenn im Budget 1963 der Betrag hierfür erhöht werden könnte. Zu erwähnen wäre noch, daß in der Körperbehindertenanstalt in Wiener Neustadt derzeit 20 Kinder sich in Pflege befinden und noch weitere Plätze in Tobelbad und Hermagor belegt sind. Für die Ausbildungsstätte für Körperbehinderte in Andritz ist ein Zuschuß von 900.000 Schilling und für die Taubstummen ein Zuschuß von fast 1 Million Schilling notwendig. In dieser Anstalt werden immer Verbesserungen vorgenommen und für die Fachschule ist die Anschaffung verschiedener Maschinen vorgesehen.

Der Betrag von 6,1 Millionen Schilling für Verpflegungs- und Sonderkosten für in Fürsorgeerziehung Stehende in rund 20 Anstalten wird u. a. dazu verwendet werden, um auch diesen Jugendlichen einige kleine Geschenke zu bringen. Im Jugendheim Rosenhof ist die Anschaffung eines Fernsehapparates vorgesehen und im Blümelhof die Ausgestaltung des Schwimmbades und der Zimmererwerkstätte. In Hartberg ist die Fertigstellung der Tischlereiwerkstätte zu bewerkstelligen, wogegen die Räume der alten Tischlerei für eine metallverarbeitende Werkstätte Verwendung finden sollen. Der Ausbau aller Werkstätten, der 1961 begonnen wurde, soll 1962 fortgesetzt werden. Die Kinder- und Schülerspeisung hat sich sehr gut bewährt und konnte im bisherigen Ausmaß durchgeführt werden. Hiefür ist ein Betrag von rund 1 Million Schilling erforderlich.

Zu begrüßen ist, daß die heilpädagogische Station in Wetzelsdorf 1962 fertig wird. Die hierfür notwendigen Mittel sind im Voranschlag vorgesehen. Erfreulich ist die Aufstockung der Post „Darlehen für besonders Kinderreiche“, die einen Mehrbetrag von 400.000 Schilling aufweist, so daß für diesen Zweck 1962 ein Betrag von 1,2 Millionen Schilling zur Verfügung steht.

Dem Wunsch der Erhöhung der Förderungsmittel für die Odilien-Blindenanstalt von 70.000 Schilling auf 120.000 Schilling ist entsprochen worden. Für Blindenrenten ist gegenüber 1961 ein Mehrbetrag von 250.000 Schilling vorgesehen und es erhöht sich diese Post dadurch auf 6 Millionen Schilling. Für Flüchtlingsfürsorge ist ein Aufwand von 2,3 Millionen Schilling vorgesehen. Bei diesem Abschnitt werden 60 Flüchtlingskinder von der Fürsorge mit 600.000 Schilling unterstützt.

Unter der Tuberkulosefürsorge ist für Wirtschaftsbeihilfen an Tuberkulosekranke ein Betrag von 1,5 Millionen Schilling eingesetzt, für Geisteskranke des Landes ist ein Zuschuß von 7,2 Millionen Schilling zu leisten. Dies ist gegenüber 1961 eine Erhöhung von einer halben Million. Erfreulich ist auch, daß an die Förderung der Einrichtungen für Geisteschwache und zerebral Gestörte gedacht wird.

Dem im Vorjahr geäußerten Wunsch, in Ehrnau einen Aufzug einzubauen, damit die bettlägerigen Kranken ins Freie transportiert werden können,

kann nicht entsprochen werden, da dies aus bautechnischen Gründen nicht möglich ist.

Das Fürsorgeheim Kindberg liegt an der Bundesstraße und die Pflinglinge halten sich auf der Straße vor dem Heim auf. Es ist schon oft zu Verkehrsunfällen gekommen. Um dem abzuwehren, ist im Budget ein Betrag von 20.000 Schilling eingesetzt, um den Garten so zu gestalten, daß sich die Pflinglinge dort aufhalten und die Gefahr von Unfällen gebannt ist.

Fürsorge ist kein Almosen für einzelne Personen oder Personengruppen, sondern Fürsorge ist Verpflichtung der Gemeinschaft jenem Teil der Bevölkerung gegenüber, der der Hilfe der Gemeinschaft bedarf. Der Beamtenschaft, den Fürsorgerinnen und dem Personal in den Heimen und Anstalten, allen Stellen und Organisationen, die in der Fürsorge und Jugendhilfe mitarbeiten, sei Dank für die großen Bemühungen gesagt.

Der Finanzausschuß hat sich mit der Gruppe 4 ausführlich beschäftigt und im Auftrage dieses Ausschusses bitte ich das Hohe Haus, der Gruppe 4 die Zustimmung zu geben.

**Abg. Dr. Rainer:** Hohes Haus! Wenn im vorigen Kapitel die meisten Redner dem Landtag dankten für die Beträge, die er für Kulturwesen im Jahre 1962 auszugeben gewillt ist, so glaube ich, daß wir bei der Gruppe 4 diesen Dank nicht dem Landtag aussprechen brauchen, denn ich bin mit der Berichterstatterin einer Meinung, daß es sich bei Geldmitteln für jene Menschen, die im Schatten unserer Konjunktur leben, um eine Selbstverständlichkeit und um eine Pflicht der Allgemeinheit handelt und nicht um ein Almosen. Wir geben um 8 Millionen Schilling mehr aus in dieser Gruppe; und so nehmen diese Menschen, die hier betreut werden, an dem allgemeinen Aufschwung unserer Konjunktur doch irgendwie Anteil und ich glaube, daß es für uns alle eine Verpflichtung ist, jenen zu helfen und das Dasein zu erleichtern, die zu den Armen unserer heutigen Zeit gehören. Die Gemeinschaft aller Steirer ist verpflichtet, für diese Menschen nicht nur die Geldmittel bereitzustellen, sondern für sie da zu sein und ihnen beizustehen. Wir müssen aber auch beachten, daß wir nur deshalb in der Lage sind, über soviel Geld zu verfügen, weil wir in einer glücklich prosperierenden Wirtschaft leben. Diese gute Wirtschaft ist nicht nur ein Verdienst oder Erfolg der derzeit arbeitenden und schaffenden Menschen, diese hat sich durch Jahrzehnte hindurch entwickelt. An ihr haben unsere Vorfahren genauso Anteil genommen, ob sie heute Rentner sind oder ob der verstorbene Mann einer noch lebenden Witwe war. Die Berichterstatterin hat schon die Zahlenaufteilung der Mittel in dieser Gruppe näher erörtert.

Es ist interessant zu wissen, wieviel der bekommt, der in der offenen Fürsorge lebt, der zu denen im Schatten Lebenden gehört. Wieviel Geld hat er zur Verfügung? Der Haushaltsvorstand, wenn er alleinstehend ist, erhält 450 S. Wenn er verheiratet im Familienverband lebt, 400 S plus für jeden Familienangehörigen 250 S, für jedes Kind 150 S zuzüglich Kinderbeihilfe. Die Wohnung wird zur Gänze bezahlt. Man wird ein Lebensminimum damit

erreichen können. Ich glaube, daß es unser Bemühen sein muß, in den nächsten Jahren für eine Erhöhung der Mindestsätze zu sorgen.

Wir sollen nicht nur an jene denken, die an körperlicher oder einer sonstigen Not leiden, wir sollen daran denken, daß es viele Menschen in unserem Land gibt, die seelische Not leiden. Hier helfen keine Geldbeträge. Hier kann nur das Herz und der Mensch helfen. Es kommt sehr oft vor, daß die materielle Not verbunden ist mit der seelischen Not. Ich glaube, das sollen wir allen unseren Beamten und Fürsorgerinnen, die mit diesen Menschen zu tun haben, vor Augen führen. Es ist bekannt, daß sich in der Steiermark die Beamten und Fürsorgerinnen, die hier tätig sind, ein offenes Herz bewahrt haben, obwohl ihre Arbeit und ihr Beruf schwer ist, gibt es wenig Klagen. Wir sollen darnach trachten, die Beamten immer wieder zu schulen und zu erinnern, damit sie nicht durch den Alltag und Gewöhnung einem bürokratischen Leerlauf anheimfallen.

Wir müssen uns auch im klaren darüber sein, daß unser Fürsorgewesen noch einen anderen Weg einschlagen muß als bisher. In Westdeutschland wurde im vergangenen Jahr ein solcher Weg in der Betreuung dieser armen Menschen aufgezeigt. Die freiwillige Fürsorge wurde an private Einrichtungen übertragen. Diesen Weg, glaube ich, werden wir auch in Österreich gehen müssen, da er billiger ist und näher an den Menschen herankommt als der behördliche Apparat, der trotz der Güte der Beamten unbeweglicher und unangenehmer ist. Dieser Weg ist für die Allgemeinheit billiger und wir können die ersparten Mittel den Bedürftigen selbst zugute kommen lassen. Außerdem entspricht dieser Weg unserem Grundsatz des Subsidiaritätsprinzips, daß nämlich die kleinste Gemeinschaft, die in der Lage ist, eine Aufgabe in der Allgemeinheit zu erfüllen, diese Aufgabe bekommt.

Ich freue mich, daß es in der Steiermark ein Beispiel gibt, wo wir diesen Weg gegangen sind, wo das Land einer Institution hilft, die sich ebenfalls der Not der Menschen in unserem Land annimmt. Ich meine die Familienhelferinnen. Seit 10 Jahren gibt es in der Steiermark die Einrichtung der Familienhelferinnen. Es gebührt Herrn Landesrat Pirsch der Dank für diese Einrichtung, da er diese unterstützt hat. 650.000 S wurden für diesen Zweck aufgewendet in diesem Jahr. Was tun diese Familienhelferinnen? Es entspricht unserer Zeit, daß wir durch unsere Tageszeitungen über die verschiedenen Ehen der Liz Taylor und die Garderoben der Soraya informiert werden, aber über diese Heldinnen des Alltages, wie ich diese Familienhelferinnen bezeichnen möchte, ist in der Öffentlichkeit verhältnismäßig wenig bekannt. Die Familienhelferinnenschule entstand vor etwa 10 Jahren aus der Erkenntnis heraus, daß es allen Bemühungen und Erfolgen unseres Sozialstaates in der Hebung des Lebensstandards nicht gelungen ist, die Not vor allem in den Familien in unserem Land zu bannen. Wenn eine Mutter heute arbeitsunfähig wird, entsteht größte Not in einer solchen Familie, der kein behördlicher Apparat, kein Gesetz und kein Geld im Moment abhelfen kann. Es ist ja bekannt, daß sich

für Familien mit mehreren Kindern kaum irgendein dienstbarer Hausgeist findet. Aus dieser Erkenntnis heraus hat sich die Caritas bemüht, die Einrichtung der Familienhelferinnen in der Steiermark zu organisieren und zu einer bleibenden Einrichtung in unserem Lande zu machen. Wenn die Familienmutter krank oder schwanger ist, wenn sie Erholung braucht, dann kann eine solche Helferin angefordert werden. Diese Mädchen — im ganzen 56 in der Steiermark — die hier arbeiten, haben es ermöglicht, daß Familien nicht auseinandergebrochen sind, daß Kinder heranwachsen und erzogen werden konnten.

Ich möchte, um Ihnen die Arbeit dieser Familienhelferinnen vor Augen zu führen, zwei Berichte solcher Familienhelferinnen vorlesen, damit Sie sich über deren Arbeit und Tätigkeit eine konkretere Vorstellung machen können. Die eine schreibt: „Ich wurde dringend zu einer Familie mit 3 Kindern gerufen. Ich fuhr täglich mit meinem Fahrrad dorthin. Die Familie hatte eine Landwirtschaft mit etwa 5 ha, der Mann war durch ein Kriegsleiden nicht voll arbeitsfähig und die Frau hatte gerade das vierte Kind geboren. Die Wohnung war mit Küche und Wohnraum sehr beschränkt. Man erwartete mich dort schon sehnsüchtig. Es waren das Kind und die Frau im Wochenbett zu versorgen, der Haushalt zu führen, zu kochen, die anderen 3 Kinder zu betreuen und im Stall die Kühe zu melken, weil das der Mann wegen seiner schwachen Hände nicht tun konnte. Die Kinder hatten eine große Freude mit ihrem neuen Bruderlein. Der Mann war schon eine Zeitlang mit den Kindern allein gewesen, der Kleinste war noch nicht einmal getauft. Dann kam die Familienhelferin ins Haus, das war für diese Familie wie ein Festtag. Es waren für die Buben zerrissene Hosen zu nähen, Strümpfe zu stopfen, die Wäsche zu waschen und Ordnung zu machen im Haus und in der Küche. Als die Mutter sich erholte, leerte sie öfter den Flickkorb. Ich half beim Schlachten und Konservieren.“ Ein anderes Beispiel: „Ich hatte ein schönes Stück zu Fuß zu gehen, denn das Haus lag hoch droben am Berg. Die Kinder erwarteten mich schon und ich mußte gleich zum Kochlöffel greifen. Die Kinder waren sehr schlimm, aber der Vater erlaubte mir, sie zu strafen, wenn es notat. Die Arbeit dort war sehr schwer, denn es gab nur Petroleumlicht und kein Wasser. Der Brunnen war so schwer zu bedienen, daß man oft kein Wasser herausbrachte. Die ganze Arbeit wäre dort leichter, wenn man genügend Wasser hätte. So muß man zum Schwimmen ca. 500 m in den Graben hinuntersteigen. Was der Frau fehlt, wissen wir noch nicht. Der Mann besucht sie im Spital, aber es geht ihr elend. Sie wird noch immer untersucht.“

Das sind zwei Beispiele aus dem Leben. Wir mit unseren staatlichen Machtmitteln wären jedenfalls nicht in der Lage gewesen, so schnell zu helfen wie dies eine Familienhelferin tun kann. Wie gesagt gibt es in der Steiermark 56 solcher Helferinnen. Sie haben 760 Einsätze gemacht und dabei 14.660 Arbeitstage geleistet. 760 Familien wurde dabei in ihrer äußersten Not geholfen. Sie haben dazu beigetragen, daß diese Familien wieder neu beginnen konnten und das Leben auch dort wieder weiter geht. Hier wäre ein Gebiet für die Publizistik, diese

Mädel als Beispiel hinzustellen und als Arbeitsvorbild für die Jugend. Ich darf jene zwei Persönlichkeiten nennen, die diese Einrichtung betreuen, nämlich Herrn Dir. Dr. Lukesch und die Einsatzleiterin Frl. Köppel, welche diese Aktionen durchführen, die Helferinnen heranbilden und die ganze Einrichtung mit ihrem Herz erfüllen. Wir sollen daher auch in Zukunft nicht nur mit Geldmitteln, sondern auch mit unseren anderen Einrichtungen und mit einer gewissen Propaganda die Arbeit dieser Menschen und dieser Idealisten unterstützen.

Die Gruppe 4 „Fürsorge“ ist an und für sich ein trauriges Kapitel, weil es sich immer mit schweren Daseinskämpfen zu beschäftigen hat, andererseits ist es aber auch wieder erfreulich, wenn man sieht, wie viele Menschen es in unserem Lande gibt, die das Herz am rechten Fleck haben und nicht nur an sich selbst, sondern auch an den Nachbarn denken. (Lebhafter Beifall bei OVP.)

Abg. **Leitner:** Meine Damen und Herren! In Österreich ist die Säuglingssterblichkeit im Vergleich zu anderen europäischen Ländern wesentlich höher. Während z. B. in Finnland auf je 1000 lebend geborene Kinder 20 Todesfälle im ersten Lebensjahr kommen, so sind es in Schweden nur 16 und in Österreich 40, also mehr als doppelt soviel wie in Finnland und noch mehr als in Schweden.

Insgesamt 2500 Säuglinge mußten in Österreich 1960 nur deshalb sterben, weil, wie dies Fachärzte feststellten, der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit in Österreich noch immer zu wenig Mittel und Aufmerksamkeit gewidmet werden. Diese Tatsache ist so alarmierend, daß sich die Weltgesundheitsbehörde der UNO genötigt sah, Schritte bei der österreichischen Regierung zu unternehmen, damit dieser Schande in einem Lande abgeholfen wird, in dem die Fürsorge für Mutter und Kind einmal zumindest in Wien mit Julius Tandler große Fortschritte machte.

Noch alarmierender für den Steiermärkischen Landtag muß es sein, daß die Säuglingssterblichkeit in der Steiermark mit 44,75 Todesfällen pro tausend Lebendgeborenen noch über dem Bundesdurchschnitt mit 40 Todesfällen liegt und es muß die Frage aufgeworfen werden, welche besonderen Maßnahmen müssen getroffen werden, um die Säuglingssterblichkeit entsprechend herabzudrücken. Fachärzte sind der Meinung, die Säuglingssterblichkeit auf 30 oder gar 20 Promille herabsetzen zu können, wenn nur einige entscheidende Maßnahmen dafür getroffen werden, welche u. a. auf alle Gemeinden ausgedehnt werden müßten, wie z. B. die kostenlose Ausgabe von Säuglingspaketen und Mutterfibern. Um die Säuglingssterblichkeit herabzudrücken, müßte außerdem eine lückenlose, gesundheitliche und fürsorgliche Betreuung von Mutter und Kind eingesetzt werden. Nach Berichten der Grazer Universitätsklinik haben nur 20% der Mütter mit Schwangerschafts- oder Geburtskomplikationen rechtzeitig den Arzt, die Hebamme, die Schwangerenfürsorgeberatung oder ein Krankenhaus aufgesucht. Auch die Erfahrungen einiger Universitätsfrauenkliniken bewiesen, daß die Sterblichkeit von Säuglingen bei Frauen mit Schwange-

renberatung 2,8%, ohne Beratung aber 7,2% beträgt.

Zur lückenlosen gesundheitlichen und fürsorglichen Betreuung gehören in erster Linie Maßnahmen zur Aufklärung aller Frauen über die Bedeutung und Notwendigkeit der Schwangerschafts- und Säuglingsfürsorge, gehört ein solcher Ausbau dieser Fürsorge, daß alle werdenden Mütter und alle Säuglinge entsprechend betreut werden können.

Es gehört auch zum Ausbau dieser Fürsorge, daß alle werdenden Mütter und alle Säuglinge von der Fürsorgestelle entsprechend betreut werden können. Sehr vorteilhaft wirkt sich in diesem Zusammenhang der in Wien eingeführte sogenannte Schwangerenpaß aus, der entsprechend und entscheidend mithilft, damit eine systematische Betreuung der Schwangeren bzw. der Säuglinge erfolgt. Dazu gehört der Bau von entsprechenden Kinderkliniken. So eine ist notwendig in Graz und wäre notwendig in Leoben, sowie die Errichtung von Kinderabteilungen bei vielen unserer Landeskrankenhäuser, wie dies der Landessanitätsdirektor Dr. Kalloch verlangte. Seit Jahren wird über den Neubau der Grazer Kinderklinik geredet. Jetzt soll endlich mit diesem Bau begonnen werden, und so wie der zuständige Referent Landesrat Sebastian im Finanzausschuß mitgeteilt hat, soll diese Kinderklinik innerhalb von vier Jahren gebaut werden. Das ist ein langer Termin und es wird sich nachteilig auswirken auf die Bemühungen, die Säuglingssterblichkeit entsprechend zu senken, wenn es nicht gelingt, diese Kinderklinik in Graz früher fertigzustellen.

Wie hoch die Sterblichkeit der Säuglinge in Österreich ist und besonders in Steiermark, ist genauso alarmierend wie die Tatsache, daß 20% der Todesfälle auf Krebserkrankungen zurückzuführen sind. Jeder Fünfte, der stirbt, stirbt an Krebs. Die Krebskrankheit beginnt vorerst harmlos und kann von den Krebskranken in den meisten Fällen nicht festgestellt werden. Sie spüren nichts, und wenn sie etwas spüren, dann ist die Krebskrankheit in einem solchen Stadium, wo man nicht vom Anfang, sondern vom nahen Ende sprechen kann. Die medizinische Wissenschaft ist heute soweit, daß sie imstande ist, einen Krebs frühzeitig festzustellen, vorausgesetzt, daß der Patient eine Krebsuntersuchung verlangt. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit periodischer Reihenuntersuchungen mit dem Ziele, daß Frauen mit 30 und Männer mit 35 Jahren regelmäßig mindestens einmal im Jahr untersucht würden, dann wäre die Gefahr behoben und viele tausende Menschen, viele Hunderte in der Steiermark, könnten gerettet werden. Nur durch eine solche Untersuchung ist nach Meinung der Fachärzte eine Frühdiagnose von Krebs feststellbar, dann erst kann die nötige Behandlungsmethode durchgeführt werden. So ist es möglich, den Menschen zu retten.

In Wien gibt es seit mehr als 10 Jahren schon Gesundenuntersuchungsstellen und im Zusammenhang damit hat der leitende Chefarzt festgestellt, daß diese eine segensreiche Tätigkeit in all diesen Jahren des Bestehens ausgeübt haben. Diese Stellen stehen den Leuten kostenlos zur Verfügung. Wie sich eine Gesundenuntersuchung, die systematisch durchgeführt wird, auswirkt, zeigt ein Beispiel von Ungarn. Dort wurden 1960 nicht weniger

als 12.600 Krebsfälle im Frühstadium festgestellt, d. h. daß Menschen, die von Krebs befallen waren und es nicht gespürt haben und sich für gesund gehalten haben, fast alle gerettet werden konnten. So wie bei der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit ist die Bekämpfung der Krebskrankheit eine Geldfrage. Wie ernst — mit Anführungszeichen möchte ich sagen — bei uns z. B. in der Steiermark von der Landesregierung die Bekämpfung der Krebskrankheit genommen wird, zeigen zwei Posten in diesem Budget. Für die Krebsfürsorge sind sage und schreibe nur 12.000 S im heurigen Budget vorgesehen. Im Vorjahr waren es noch 20.000 S. Mit diesen 12.000 S glaubt man im heurigen Jahr 1000 biologische Untersuchungen durchzuführen, die anfallen werden und pro Untersuchung 10 S kosten; dazu kommen noch die sogenannte Post und Versandspesen. Die zweite Post, die im Budget vorhanden ist, Fürsorgemaßnahmen für Krebskranke, ist mit 10.000 S dotiert und der Rechnungsabschluß bei dieser Post ergibt eine Summe von 1704 S. Daraus sieht man die große Unterschätzung der Bekämpfung der Krebskrankheit auch durch die Landesregierung im Zusammenhang mit der Bereitstellung der Mittel in der Steiermark.

Auch die Steiermärkische Gebietskrankenkasse ist nicht bereit gewesen, die erfolgreichen Erfahrungen, die man mit diesen Gesundenuntersuchungsstellen gesammelt hat, zu übernehmen. In Niederösterreich hat die Niederösterreichische Gebietskrankenkasse im Zusammenwirken mit der niederösterreichischen Landesregierung beschlossen, fünf solche Gesundenuntersuchungsstellen aufzubauen. Eine funktioniert bereits und vier weitere sollen in Städten, wo es Krankenhäuser gibt, aufgebaut werden.

Wie wichtig die Frage an sich ist, allerdings in der Praxis nicht zur Durchführung kommt, zeigt ein Artikel in der „Neuen Zeit“ vom 23. Juni 1960: „In allen Kulturstaaten nimmt die Krebsbekämpfung einen breiten Raum im gesamten Gesundheitsdienst ein.“ Nach diesen Worten würde die Steiermark nicht den Anspruch erheben können, zu den Kulturstaaten zu gehören, denn die Bereitstellung von 22.000 S im Landesbudget kann man nicht anders bezeichnen als ein Sandkorn in der Wüste. Ich beantrage daher, diese von mir kritisierte Post bei der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit und Krebsbekämpfung nochmals zu überprüfen und wesentlich zu erhöhen.

Abg. **Schlager:** Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Von meinen Vorrednern wurde schon unterstrichen, daß der Gruppe 4 unsere besondere Aufmerksamkeit gebührt. Hier gilt die Sorge des Landes jenen Menschen, die körperlich sehr leidend sind und zu den wirtschaftlich Schwächsten gehören. Es ist erfreulich, festzustellen, daß die Mittel, die für die Betreuung dieser Leute vorgesehen sind, erhöht wurden.

Wenn die Betreuung auch eine sehr weitreichende ist, gibt es aber noch immer Menschen, die unserer Hilfe besonders bedürfen, es sind dies vor allem Kinder und Jugendliche. Gerade im letzten Jahr wurden von der zuständigen Referentin Frau

Landesrat Matzner erfolgreiche Schritte auf diesem Gebiet unternommen. Es müßten aber Möglichkeiten einer Unterbringung in geeigneten Heimen für jene Kinder geschaffen werden, die als schwerst- oder unerziehbar gelten, wie Psychopaten, Durchgänger u. dgl., denn diese Jugendlichen bilden für ihre Umgebung eine Gefahr. Zu dem Problem Unerziehbarkeit haben bedeutende Jugendpsychiatern, wie Professor Dr. Hoff und Professor Dr. Asberger Stellung genommen. In ihren Gutachten wurde festgestellt, daß von einer echten Unerziehbarkeit nicht gesprochen werden kann, solange nicht alle, Möglichkeiten therapeutischer Beeinflussung voll ausgeschöpft worden sind. Die Meinung geht allgemein dahin, daß die derzeitigen Institutionen der Jugendfürsorge für diese Fälle nicht ausreichend sind. Wenn solche Kinder oder Jugendliche in ein Erziehungsheim aufgenommen werden, stören sie durch ihr Verhalten den Erziehungsprozeß der anderen Zöglinge empfindlich. Es bleibt dann nichts anderes übrig, diese Fälle als unerziehbar auszuschließen. In Freiheit stellen diese Jugendlichen aber eine neue Infektionsquelle für die seelisch gesunde Jugend dar. Ihr Beispiel wirkt sich schädigend aus und sie gleiten, wenn man das nicht beachtet, bis zum Gewaltverbrechen, bis zur Kriminalität ab. Die Sorgen dieser Mütter und Väter kann man sich vorstellen. Bestrebungen zur Errichtung einer Spezialanstalt für solche Fälle sind daher sehr zu unterstützen. Die Errichtung einer solchen Anstalt ist von großer Wichtigkeit, weil sie einen Schutz für die Allgemeinheit darstellt.

Nun einige Worte zur Jugend überhaupt. Es ist erfreulich, daß durch die Zusammenarbeit der Jugendverbände der Bundesjugendplan geschaffen werden konnte und daß dafür im Budget 1962 ein Betrag von 15 Millionen Schilling eingesetzt ist. Für dieses Verständnis wurde bei der Versammlung des Bundesjugendringes den Verantwortlichen herzlich gedankt. Diese Tatsache ist der Beweis dafür, daß die Jugend von heute vom Staat anerkannt wird. Die Auswirkung dieser Mittel und deren Verteilung für die Steiermark waren uns in der Finanzausschußsitzung noch nicht bekannt. In der Öffentlichkeit wird die geistige Situation der Jugend und der jungen Generation überhaupt sehr häufig diskutiert. Soweit ich Gelegenheit hatte, solchen Diskussionen beizuwohnen, konnte ich feststellen, wenn Personen zu einer negativen Einstellung zur Jugend kommen, daß diese nicht von der richtigen Voraussetzung für eine solche Beurteilung ausgehen. Man muß die Jugend von heute so sehen, wie sie ist und nicht so, wie man sie gern sehen möchte. Die Meinung geht dahin, daß die Jugend von heute politisch desinteressiert sei. Dies stimmt vielleicht zum Teil. Denn die furchtbaren Erlebnisse der Wirtschaftskrise, der Kriege und des Niederganges der Demokratie gehören zu den Umwelteinflüssen der älteren Menschen und sind der Jugend nicht bekannt und sie wird kaum davon beeinflusst. Die Jugend bis zu den 20jährigen hat diese Not der österreichischen Demokratie kaum bewußt erlebt. Sie kennt unser Land nur als den freien und neutralen Staat, in dem die politische Zusammenarbeit den heutigen Lebensstandard gebracht hat und anerkennen es als einen Teil Europas und als einen be-

stimmten Kreis unserer so klein gewordenen Welt. Die Gefahr der Arbeitslosigkeit ist der Jugend durch die Politik der Vollbeschäftigung unbekannt.

Aber um wieviel gefährlicher als früher ist die Umwelt dieser Jugend. Die Spekulation auf die Kaufkraft hat neue Wirtschaftszweige entstehen lassen. Eine auf Profit gerichtete Mode und Vergnügungsindustrie haben den Begriff von Twen- und Teenager geschaffen, Mopeds, Film und Radios sind zu gewohnten Umweltsbestandteilen der jungen Menschen geworden. Ich habe mir oft überlegt, daß diese Jugend doch nur das Verhalten eines Großteils der Erwachsenen nachahmt. Es ist aber unbestritten, daß diese jungen Menschen sich in ihren Berufen als tüchtig erweisen und mit ganz geringen Ausnahmen auch gut in die staatsbürgerliche Ordnung einfügen. Auf Grund des Verhaltens dieser Jugend ist es ja auch notwendig, die Stätten der Berufsausbildung und Erziehung den heutigen Bedürfnissen anzupassen. Es ist erfreulich, daß im Zuge dieser Maßnahmen in den Vorbesprechungen über die zukünftige Schulgesetzgebung schon eine gewisse Einigung erzielt werden konnte. Die Jugend muß so geführt werden, daß der junge Mensch befähigt wird, sich in der Gesellschaft zurechtzufinden. Der immer steigende Fortschritt in den Betrieben verlangt eine rasche Anpassungsfähigkeit an die steten Neuerungen und Änderungen. Früher betätigte sich die Jugend nur in einem Beruf, den sie erlernte, und verbrachte ein Leben lang darin. Heute aber ist es notwendig, in diesem Beruf immer wieder dazuzulernen oder umzulernen, um sich überhaupt behaupten zu können.

Dazu bedarf es vor allem einer gründlichen Schulbildung. Ich darf an den Antrag der sozialistischen Fraktion erinnern, den der Herr Abg. Gruber bezüglich der Errichtung berufsausbildender Mittelschulen im Raume Leoben - Bruck gestellt hat. Der Übergang von der Schule ins Berufsleben erfolgt oft unvermittelt. Die gesetzlichen Bestimmungen sind schon sehr alt. Es wäre daher dringend angebracht, ein modernes, der heutigen Zeit entsprechendes Berufsausbildungsgesetz zu schaffen. Als erfreulich darf ich feststellen, daß die Gemeinden durch ihre Staatsbürgerschaftsfeiern die Zwanzigjährigen auf ihre neuen Pflichten und Rechte als Staatsbürger hinweisen. Diese Feiern sollen daher weiter und noch besser ausgestaltet werden.

Aus der Statistik erweist es sich, daß der Spruch „Jung gefreit hat nie gereut“ stark in die Tat umgesetzt wird. Damit aber beginnt das große Problem aller jungen Menschen, nämlich die Einrichtung einer geeigneten Wohnung. Sie allein ist die Voraussetzung für eine gesunde Entwicklung der Familie. Es müssen daher Schritte unternommen werden, um junge Ehepaare bei der Errichtung von Wohnungen mit öffentlichen Mitteln mehr als bisher zu unterstützen. Der Erwerb einer Wohnung ist für ein junges Ehepaar die größte finanzielle Belastung. Es muß daher getrachtet werden, daß Darlehen für die Haushaltsgründung von der Öffentlichkeit her zur Verfügung gestellt werden. Die sozialistische Fraktion hat am 15. November 1960 einen dringenden Antrag eingebracht, betreffend Darlehen an junge Menschen für Haushaltsgründungen. Ich bitte, diesen Antrag einer baldigen Erle-

digung zuzuführen oder wenigstens bekannt zu geben, wann mit der Erledigung zu rechnen ist. Es wäre zweckmäßig, wenn Schritte unternommen werden würden, um Aufwendungen zur Haushaltsgründung steuerlich zu begünstigen, um junge Menschen zum Sparen anzuregen. Mit der Erhöhung der Anfangs-Bruttobezüge im öffentlichen Dienst wurde bereits ein Schritt unternommen, um die Familiengründung zu fördern, es wäre aber auch zweckmäßig, in anderen Berufskategorien ähnliche Schritte zu unternehmen. Hohes Haus! Wenn wir die Grundlagen der Wohnungsfrage und der Haushaltsgründung beeinflussen und regeln können, erreichen wir damit, daß die kleinste Zelle unseres Staates, die Familie, glücklich sein wird. Viele glückliche Familien aber ergeben ein glückliches Land, und dies, meine Damen und Herren, glaube ich, wünschen wir alle! (Beifall.)

Abg. **DDr. Hueber:** Hohes Haus! Zur Gruppe Fürsorgewesen und Jugendhilfe gehört auch die Blindenhilfe, die im Unterabschnitt 446 geregelt ist. Hierzu ist zu sagen, daß der Steiermärkische Landtag im Jahre 1956 mit seinem Blindenbeihilfengesetz eine Pioniertat gesetzt hat. Ich darf Sie an die dramatische Landtagssitzung vom 12. Juli 1956 erinnern, wo es zu einer Überraschungsabstimmung kam und wo den Forderungen und Erwartungen der Blinden vollauf Rechnung getragen wurde. Das Fürsorgereferat fühlte sich damals an die Abmachungen mit den anderen Bundesländern gebunden und glaubte, deshalb den Erwartungen unserer Zivilblinden nicht entsprechen zu können. Der Steiermärkische Landtag ist aber, den Forderungen der Blinden voll Rechnung tragend, vorgeprescht und den anderen Bundesländern blieb nichts anderes übrig, als dem steiermärkischen Vorbild nachzufolgen.

Inzwischen haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse geändert. Preise und Löhne sind gestiegen. Mit Recht fordern die Zivilblinden eine Erhöhung ihrer Beihilfe. Sie erwarten sich eine Erhöhung der Beihilfe für Vollblinde auf 550 S monatlich, für praktisch Blinde auf 350 S monatlich und darüber hinaus die Einführung einer 14. Blindenbeihilfe. Wir Freiheitlichen haben einen diesbezüglichen Resolutionsantrag im Finanzausschuß gestellt, der in diesem Ausmaß und in dieser Form zwar nicht akzeptiert wurde, aber immerhin zu einem gemeinsamen Beschlusantrag geführt hat, über den der Hohe Landtag abschließend abstimmen wird und der die Landesregierung auffordert, nach Verhandlungen mit den übrigen Bundesländern eine Novelle zum Blindenbeihilfengesetz vorzubereiten, die eine Erhöhung der Beihilfe vorsieht. In welchem Ausmaß eine Erhöhung der Blindenbeihilfe vorgenommen wird, ist nicht gesagt. Zum anderen ist in diesem Beschlusantrag auch das Junktim der Verhandlungen mit den übrigen Bundesländern vorgesehen.

Es ist bedauerlich, daß der Steiermärkische Landtag seine Initiative, die er im Jahre 1956 bekundete, verloren hat und daß diese Initiative auf das Land Tirol übergegangen ist. Schon im Ausschluß haben wir darauf hingewiesen, daß das Land Tirol

unabhängig von den Verhandlungen mit den Fürsorgereferenten der Bundesländer bereits den Erwartungen der Blinden entsprochen hat. Man hat dies im Finanzausschuß bezweifelt. Ich habe mir das diesbezügliche Landesgesetz des Bundeslandes Tirol herbeigeschafft und darf Ihnen hier an Hand des Landesgesetzblattes darlegen, daß das Land Tirol mit Gesetz vom 30. Mai 1961, mit dem das Blindenbeihilfengesetz abgeändert und ergänzt wird, den Erwartungen der Zivilblinden Rechnung getragen hat. Es heißt hier: „Im § 4 hat der 1. Satz zu lauten: Die Blindenbeihilfe beträgt für Vollblinde monatlich 550 S und für praktisch Blinde monatlich 350 S.“ Dieses Land ist uns vorausgegangen. Ich möchte Sie, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, aber auch die Landesregierung, insbesondere die Fürsorgereferentin der Landesregierung, daher bitten, daß hier wiederum die Initiative ergriffen wird und das Land Steiermark seinen 600 Vollblinden und 460 praktisch Blinden das gibt, was sie sich von der Fürsorge des Landes mit Recht erwarten können.

Meine Damen und Herren, es sieht der Landesvoranschlag im Untervoranschlag 449 aber auch eine Post 449,53 für Katastropheneinsatz und -schulung in der Höhe von 300.000 S vor. An diese Post möchte ich noch folgendes kurz anknüpfen. Die Aktivierung des Zivilschutzes ist auch im Land Steiermark ein Gebot der Stunde. Andere Länder, insbesondere das Ausland, haben weitgehende Vorkehrungen getroffen. Das Bundesbudget hatte aber für die staatspolitisch so wichtige Aufgabe des Zivilschutzes nicht mehr übrig als 15 Millionen Schilling gehabt. Es ist nicht einmal noch die Kompetenz für die Regelung des Zivilschutzes geklärt und die Atombombenversuche, die in der östlichen Zone vor sich gegangen sind, gefährden, wie Sie wissen, auch unsere Zivilbevölkerung. Die österreichische Neutralität allein vermag unsere Zivilbevölkerung nicht vor den schädlichen Auswirkungen der Atomkraft zu schützen. Es ist auch bedauerlich, daß die private Initiative einsetzen mußte und es dieser überlassen geblieben ist, bisher verabsäumte Maßnahmen zu ergreifen und die zuständigen Stellen in Bund und Land auf die erforderlichen Schutzmaßnahmen aufmerksam zu machen. So steht der Zivilschutzverband als Zivilverein im Land Steiermark in Gründung. Er benötigt natürlich für die Erfüllung seiner Aufgabe die finanzielle Unterstützung des Landes. Ich möchte daher einen Appell an den zuständigen Referenten für die eingangs aufgezeigte Post 459,53, Katastropheneinsatz und -schulung, somit an den Herrn Landeshauptmann, richten, dem Zivilschutzverband aus dieser Budgetpost eine entsprechende Förderung und Unterstützung zu gewähren. Da der Herr Landeshauptmann leider soeben im Landtag nicht anwesend ist, ersuche ich seine Parteifreunde, diesen meinen Appell ihm freundlichst zu übermitteln. (Zustimmung.)

Abg. **Krempl:** Hohes Haus! Es hat sich auf der ganzen Welt das Wirtschaftsleben der Länder, auch in denen, die vom Krieg sehr schwer heimgesucht worden sind, sehr rasch weiterentwickelt. Es ist die Erforschung des Weltraumes so weit fortgeschritten, daß es für uns keine Sensation mehr bedeutet, wenn ein Mensch um die Erde geschossen wird.

Es ist in Österreich auf dem sozialen Sektor viel geschehen und seit 1945 erreicht worden, was für die Arbeiter, Angestellten, Gewerbetreibenden und Bauern eine gewisse Sicherheit bedeutet. Nicht zuletzt ist der Zusammenschluß aller Angestellten und Arbeiter im überparteilichen Gewerkschaftsbund, der doch in Österreich eine geschlossene Kraft bedeutet, ist es dieser Kraft gelungen, daß mit dem wirtschaftlichen Fortschritt auch der soziale Fortschritt zum größten Teil Schritt halten konnte, so daß alle Bevölkerungskreise am wachsenden Reichtum unseres Volkes einen entsprechenden Anteil haben. Es ist die Aufgabe aller Verantwortlichen in unserem Lande, darauf zu achten und darauf zu dringen, daß die natürlichen Spannungen, die sich naturgemäß zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ergeben, sich nicht ausweiten und zunehmen, sondern daß sie vermindert werden. Der Wohlstand des Volkes, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist weniger nach der äußeren Fülle der Güter zu bemessen, sondern nach dem, wie diese Güter gerecht verteilt sind. Alle in unserem Lande sollen Gelegenheit zur Entfaltung und Vervollkommnung ihrer Persönlichkeit erhalten. Es soll einem breiten Stamm der arbeitenden Bevölkerung diese Güterfülle zufließen, damit der erreichte Wohlstand nicht nur uns, sondern in Zukunft auch denen, die nach uns kommen, zugute kommt. Schließlich und endlich ist die Forderung nach einem gesicherten Arbeitsplatz, nach einem einigermaßen richtigen Verhältnis zwischen Lohn und Preis und nach der Sozialpartnerschaft nicht nur für jene da, die unmittelbar in Arbeit stehen, sondern auch für jene, die nicht mehr arbeiten können und die nicht mehr unmittelbar in die Produktion eingeschlossen sind.

Wir heute Arbeitenden haben schließlich und endlich die Verpflichtung übernommen, und zwar eine vordringliche Verpflichtung, auch für die Rentner und Pensionisten zu sorgen, die ein Leben lang geschuftet haben, unter oft weit schlechteren Bedingungen als wir es heute tun müssen. Es sind damit jene Menschen gemeint, denen die Wärme der Familie fehlt. Denn ein noch so gut geheiztes und ausgestattetes Altersheim wird ihnen das Nest der Familie nicht ersetzen können. Wenn wir es uns richtig überlegen, ist es vielfach so, daß einer, der krank ist, ins Spital muß, und der alt ist, ins Altersheim. Es ist so, daß die jungen Menschen und Kinder oft für die altgewordenen Eltern keine Zeit mehr haben, daher ist es unsere Verpflichtung, die wir noch verdienen und arbeiten können, uns dieser Menschen anzunehmen und nicht zu vergessen auf das Gebot der Nächstenliebe. Schätzen wir uns glücklich, daß wir in der Lage sind, Menschen zu helfen, die schließlich und endlich auch dazu beigetragen haben, daß wir auf der Basis, die sie für uns geschaffen haben, weiterarbeiten können. Wir müssen trachten, ihren Lebensabend so schön wie möglich zu gestalten. Es bleibt ihnen ja nichts anderes mehr übrig als das Stück Heimat, in dem sie aufgewachsen sind und gearbeitet haben, es bleibt ihnen nicht viel mehr als der Blick aus dem Fenster in den Wald oder ins Gebirge.

Wir von der OVP wissen, daß man in der Gruppe 4 nicht nach dem Gewinn fragt und auch nicht danach fragen darf, was dabei herauschaut.

Wir werden daher auch immer daraufsehen, daß die Ärmsten unseres Volkes, die für sich selbst nicht mehr sorgen können, ein warmes Heim haben. Es war und ist und wird auch in Zukunft unsere Sorge sein, daß die Pensionisten und Rentner hinreichende Mittel garantiert erhalten, um in Ruhe und Sicherheit ihren Lebensabend verbringen zu können. Jedem Hilfsbedürftigen wollen wir unsere Hand geben und wir werden auch in Zukunft trachten, daß die Gruppe „Fürsorge und Jugendhilfe“ so dotiert wird, wie es die Notwendigkeit erfordert und gebietet. (Beifall.)

**Landesrat Maria Matzner:** Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf sagen, als ich das Protokoll der vorjährigen Budget-Debatte zur Gruppe 4 durchgelesen habe, war ich überrascht, in welcher sachlicher und positiver Weise in diesem Jahr zur Gruppe 4 gesprochen wurde.

Ich darf eingehen auf das, was der Herr Abg. Dr. Rainer gesprochen hat hinsichtlich der Fürsorge und daß die Richtsätze so und so hoch bzw. so und so niedrig sind. Wir wissen das alles, aber ich muß dazu sagen, daß wir bereits durch Rückfragen bei den Bezirks-Fürsorgeverbänden diese Frage überprüfen und veranlassen wollen, daß diese Richtsätze erhöht werden und daß die Zustimmung für die Gewährung einer 14. Unterstützung gegeben wird. Ich hoffe, daß wir in nächster Zeit die endgültigen Ergebnisse haben werden.

Abg. Leitner hat davon gesprochen, daß in der Gruppe 4 nur ein Zuschuß von 10.000 S für die Krebsfürsorge vorhanden wäre und hat darauf verwiesen, wie wichtig eine Reihenuntersuchung auf diesem Gebiet wäre. Ich kann mich daran erinnern, daß auf Grund eines Beschlusses des Steiermärkischen Landtages eine solche Reihenuntersuchung bei uns durchaus möglich ist und daß im Unterabschnitt, betreffend das Landeskrankenhaus, auch ganz wesentliche Mittel vorgesehen sind für die Untersuchung der von den Ärzten eingesandten Unterlagen. Das, was wir in der Gruppe 4 für Krebsfürsorge eingesetzt haben, ist nur ein Betrag, den wir der Frauenklinik für jene Fälle zur Verfügung stellen, damit die vom Lande kommenden Frauen die Fahrtkosten ersetzt erhalten, wenn sie zur Nachuntersuchung kommen müssen. Wenn es sich hier zeigen sollte, daß dieser Betrag einer Erhöhung bedarf, dann bin ich überzeugt, daß auch der Landtag einer solchen Erhöhung die Zustimmung geben wird.

Bezüglich der Errichtung eines Heimes für Schwersterziehbare wurde in diesem Haus schon wiederholt gesprochen. Ich darf dazu sagen, daß die Erhebungen, um ein solches Heim zu errichten, weitergehen und daß wir vor wenigen Wochen auf einer Tagung der österreichischen Sozialreferenten zu einem neuen Plan gekommen sind und ich hoffe, daß er nun auch endlich praktisch durchgeführt werden kann. Wenn zuviel Fachleute beisammen sind, kommt oft ein Konzept heraus, das uns nicht überzeugt, daß unbedingt die dort geforderten Mittel erforderlich sind. Wir glauben, daß sich das auf eine einfachere Art machen läßt. Auch müssen die notwendigen Grundstücke gefunden werden, weil

es sich um die Errichtung einer geschlossenen Anstalt handelt, da wir derzeit überall in Österreich offene Heime für die Jugendziehung haben.

Herr Abg. Dr. Hueber hat wegen der Blindenbeihilfe angefragt. Hier darf ich sagen, daß wir Verhandlungen mit den übrigen Bundesländern eingeleitet haben, bevor es zu Beratungen im Finanzausschuß des Steiermärkischen Landtages gekommen ist. Wir hoffen, daß sich die nächste Sozialreferentenkonferenz eingehend mit dieser Frage beschäftigen wird. Es handelt sich nicht nur um die Forderungen der Zivilblinden, sondern die gleichen Forderungen stehen für Steiermark offen seitens der Zivilbehinderten und Zivilinvaliden. Oberösterreich ist jetzt an der Ausarbeitung eines Gesetzes, nach dem analoge Behandlung der Körperbehinderten, wie sie die Zivilblinden bereits haben, vorgesehen ist. Wir werden uns diesem Vorstoß, der in Vorarlberg einen gesetzlichen Niederschlag gefunden hat, nicht entziehen können.

Steiermark hat schon zweimal bewiesen, daß wir bei der Blindenbeihilfe vorangeeilt sind. Wir müssen aber auch zugestehen, daß auch die Körperbehinderten eine gleiche Behandlung verlangen können und eine gleiche Möglichkeit der Hilfe vom Land mit Recht beanspruchen. Wir sollten aber versuchen, durch Verhandlungen für das gesamte Bundesgebiet zu einer einheitlichen Regelung zu kommen.

Ich darf meine kurzen Ausführungen damit schließen, daß ich danke für die positive Einstellung zur Gruppe 4, zur Fürsorge insgesamt. Ich glaube, wir alle wissen, daß auch auf diesem Gebiet vorbeugen besser ist als einer bestimmten schwierigen Aufgabe gegenüber nachzuhinken, die außerdem noch mehr Mittel erfordert, als wenn wir vorbeugende Hilfe leisten. Unser aller Bestreben soll es sein, mehr auf dem Gebiet der vorsorgenden Hilfe zu leisten. Ich danke Ihnen sehr für Ihre Mitarbeit und Ihr Wohlwollen. (Lebhafter Beifall.)

**Präsident:** Ich erteile der Berichterstatterin das Schlußwort.

Berichterstatterin Abg. **Lendl:** Die Debatte hat gezeigt, daß das Kapitel 4 Herzenssache des gesamten Landtages ist und ich darf meinen Antrag wiederholen und Sie bitten, diesem Ihre Zustimmung zu geben.

**Präsident:** Wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag ihre Zustimmung geben, eine Hand zu heben. (Geschieht.) Die Gruppe 4 ist angenommen.

Wir kommen zur

#### Gruppe 5 „Kranken- und Heilanstalten“.

Berichterstatter Abg. **Hofbauer:** Hoher Landtag! Bei der Gruppe 5 handelt es sich um einen großen Teil der Pflichtaufgaben des Landes Steiermark. Umfaßt doch diese Gruppe alle Landeskrankenhäuser der Steiermark, die Sonderanstalten Stolzalpe und Hörgas-Enzenbach, die Heil- und Pflegeanstalt Feldhof in Graz und das Pflegeheim für Geisteskranke Schwanberg.

Bei Durchsicht der Ausgabenseite stellen wir sichtlich fest, daß sich die Ausgabenseite bei den Personalausgaben dadurch wesentlich erhöht hat, daß

allen Beamten, Angestellten und Arbeitern im vergangenen Jahr eine Bezugserhöhung zuteil wurde. Erfreulicherweise finden wir gleich im Unterabschnitt 50,704 eine ganz neue Post „Stipendien für zahnärztliche Ausbildung“, welche den Betrag von 400.000 S ausweist. Diese Neuerung ist sehr zu begrüßen. Aber auch im Unterabschnitt 512 „Hebammenschülerinnen“ sehen wir im Landesvoranschlag eine Erhöhung von 21.000 S auf 35.000 S.

Wie alle Jahre, so sind auch heuer die Ausgaben für die Sonderkrankenhäuser und Heil- und Pflegeanstalten sehr beachtlich. Wir dürfen wiederum feststellen, daß es dem Land Steiermark möglich war, bei den Anstalten Hörgas-Enzenbach und Stolzalpe die Ausgaben um rund 4.000.000 S zu erhöhen. Aber auch bei den Heil- und Pflegeanstalten erhöht sich die Ausgabenseite um 6.000.000 S.

Im Abschnitt 54 für körperliche Ertüchtigung finden wir in der Voranschlagspost 54,701 „Förderungsbeiträge für sportliche Veranstaltungen und Instandhaltung von Sportanlagen“ eine Erhöhung um 100.000 S gegenüber 1961, also eine Erhöhung von 630.000 S auf 730.000 S. Ebenso wurden die Förderungsbeiträge für die Landessportorganisation um 120.000 S auf 140.000 S erhöht. Die Förderung an den Landesskiverband von 60.000 S auf 80.000 S. Eine ganz besonders beachtliche Erhöhung sehen wir bei der Förderung des steirischen Flugsportes, der von 70.000 S auf 170.000 S erhöht wurde. Für die Förderung der Sportfeste besteht eine neue Post von 150.000 S unter 561 „Allgemeine Jugendförderung“. Wir können erfreulicherweise feststellen, daß gegenüber 1961 verschiedene Voranschlagsposten wesentlich erhöht werden konnten. Unterabschnitt 561,703 „Jungbürgerfeiern“ erfährt eine Erhöhung von 60.000 S auf 160.000 S im Jahre 1962. Im Unterabschnitt 561,707 „Errichtung und Ausgestaltung von Jugendheimen“ wird der Betrag von 250.000 S auf 320.000 S erhöht. Eine neue Post für „Österreichisches Jugendsingen“ sieht 100.000 S vor. Auch konnte die Förderung von Jugendherbergen von 500.000 S auf 550.000 S erhöht werden.

Wenn ich diese Untervoranschlagsposten erwähnt habe, so deswegen, weil man sich freut, wenn neben den Pflichtaufgaben eine Reihe von Förderungsbeiträgen geleistet wird.

Die Gesamtausgaben der Gruppe 5 betragen 384.768.100 S. Die Gesamteinnahmen betragen 266.783.200 S. Die Ausgaben erhöhen sich gegenüber 1961 um 45.000.800 S. Die Einnahmenseite erhöht sich gegenüber 1961 um 24.711.800 S. Der beachtliche Zuschuß des Landes beträgt immerhin, wenn man von der neuen Einnahmenseite die 24 Millionen Schilling in Abzug bringt, über 93 Millionen Schilling für die erhöhten Ausgaben im Jahre 1962.

Der Finanzausschuß hat in seiner Sitzung am 28. November 1961 diese Voranschlagsziffern eingehend behandelt und gutgeheißen.

Ich bitte nun namens des Finanzausschusses das Hohe Haus, dieser Gruppe zuzustimmen.

Abg. **Krempf:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wenn man den Blick heute hier in die Runde, in unsere Reihen wirft, so kann man nur sagen, wie im Radio vor den zweiten Abendnachricht-

ten: „Kinder, das Traummännlein kommt!“ Aber wir sind zum Arbeiten hier, auch der Herr Präsident hat empfohlen zu arbeiten und deshalb müssen wir uns zusammennehmen und durchhalten.

Noch vor 40 oder 50 Jahren war die Lebenserwartung der Menschen knapp 38 Jahre. Heute, im Zeitalter der Forschung und Industrie liegt sie zwischen 60 und 70 Jahren und darüber. Daß die Menschen immer mehr vom Leben haben, verdanken wir der modernen Medizin und Hygiene, aber auch dem besseren Leben. Eine Reihe von Infektionskrankheiten hat durch Serumbehandlung und durch die Antibiotika ihre Schrecken verloren. Die meisten früher tödlichen Erkrankungen und schweren Verletzungen sind heute durch entsprechende Eingriffe zu heilen. Das Land hat für das Gesundheitswesen in den letzten Jahren Vorbildliches geleistet. Es hat die Krankenhäuser modernisiert und sie durch Anschaffung von modernen Geräten auf den letzten Stand medizinisch-wissenschaftlicher Forschung gebracht. Neue Krankenhäuser entstehen, bestehende werden umgebaut, um den Ärzten alle Behandlungsbehelfe zu bieten, die Heilungsdauer zu verkürzen und schließlich auch den Patienten, die das kostbare Gut ihrer Gesundheit verloren haben, den Aufenthalt im Spital zu erleichtern.

Das Land Steiermark trägt für die Landeskrankenhäuser allein ein Defizit von ca. 100 Millionen Schilling. Das Land Steiermark zahlt in der Provinz im Durchschnitt für ein Bett pro Person und Tag 107 S und nimmt dafür 80 S ein. In Graz ist der Durchschnitt 136 S, wofür das Land 104 S einnimmt. Diese Erhöhungen waren schließlich und endlich auch dadurch möglich, daß die Gebietskrankenkasse allein 30 Millionen Schilling Überschuß hat.

Ich darf berichten, daß man mit dem Bau des Kinderspitals in Graz begonnen hat mit einem Aufwand von 170 Millionen Schilling. Die Frauenabteilung in Leoben steht vor ihrer Vollendung. Wir haben uns als Obersteirer aus dem Bezirk Leoben besonders gefreut, daß dieses Gebäude errichtet wurde und nun fertiggestellt wird. Die Zustände im alten Hause waren nicht mehr tragbar. Die kranken Frauen, die in den Baracken untergebracht wurden, waren noch ärmer. Viele Frauen, die zur Entbindung kamen, konnten oft nur notdürftig untergebracht werden. Schließlich kommt ein Großteil dieser Frauen aus dem Gebiet des Erzberges und von Donawitz, es sind größtenteils Frauen von Werktätigen, und diese haben, wenn nicht ein größeres, so doch das gleiche Recht wie die Frauen in Graz, menschenwürdig versorgt zu werden. Meine Damen und Herren, wir haben gehofft, daß alle diese Unzulänglichkeiten mit dem Neubau im Landeskrankenhaus Leoben aus der Welt geschafft sind. Tatsächlich ist es aber so, daß heute die neue Frauenabteilung weniger Betten hat als die alte Abteilung. Man kann diese Tatsache rein formell mit einer natürlichen Mehrinanspruchnahme des Spitaldienstes begründen. Unbestreitbar aber ist die Tatsache, daß eine stets zunehmende Zahl von kranken oder schwangeren Frauen Aufnahme sucht und mit Modernisierung allein nicht gedient ist, wenn diese nur einem Teil der Patienten zugute kommt, wäh-

rend eine stets größer werdende Zahl von kranken Frauen ohne Hilfe zu Hause bleiben muß.

Unser Augenmerk ist auch besonders auf den Bettenmangel in den Spitälern zu richten. Hier, glaube ich, ist es ganz besonders in der chirurgischen Klinik in Graz schlecht bestellt, wenn Unfallsranke eingeliefert werden, die dann auf den Gängen untergebracht werden müssen, weil einfach die entsprechende Bettenanzahl fehlt. Die chirurgische Klinik schaut dann wie ein Truppenhauptverbandsplatz aus. Für das Landeskrankenhaus Radkersburg konnte für 1962 das interne Primariat gesichert werden.

Durch die Spezialisierung in der Medizin wird auch die Landes-Heil- und Pflegeanstalt Feldhof neu zu gliedern sein, da man sich um die hirngestörten Kinder und auch verschiedene andere neurologische Kranke wird etwas mehr kümmern müssen.

Wenn vom Wohnungsproblem heute schon die Rede gewesen ist, dann ist selbstverständlich auch darauf zu achten, daß die Wohnversorgung der in den Spitälern angestellten Ärzte eine bessere wird, daß in der Nähe der Krankenhäuser Personalwohnungen gebaut werden und daß die derzeitigen Wohnungen in den Krankenhäusern für die Unterbringung der Patienten sichergestellt bleibt.

Zum erstenmal ist es heuer möglich, die schmerzlose Tropfenimpfung durchzuführen. Herr Landesrat Koren hat hier Vorbildliches geleistet, als er vor drei Jahren die Polio-Impfung in der Steiermark eingeführt und populär gemacht hat. Bis jetzt haben sich für die schmerzlose Tropfenimpfung ca. 300.000 Steirer gemeldet, von denen ca. ein Viertel über 21 Jahre alt ist.

Eine besondere Aufgabe für die Gesundheitspflege erfüllen auch die Distriktsärzte in unserem Land. Es ist notwendig, daß für sie ein Stellenplan erstellt wird, der den Bedürfnissen und nicht nur dem Proporz entspricht. Diese für die Volksgesundheit so wichtige Einrichtung muß nicht nur erhalten bleiben, sondern soll ihrer Bedeutung nach auch entsprechend ausgebaut werden. Wenn das Land Steiermark, wenn wir alles tun und wenn der Vorschlag in der Höhe von 384.768.000 S in der Gruppe 5 dazu die finanzielle Grundlage schafft, wenn sich die Ärzte ganz besonders um die kranken Menschen bemühen, wenn für die Erhaltung der Gesundheit alle notwendigen Mittel, wie Genesungsfürsorge, Impfung, Röntgenzug usw., zur Verfügung gestellt werden, so deshalb, weil wir wissen, daß der Mensch nicht nur Körper allein, sondern ein geistiges Wesen und eine sichtbare Schöpfung Gottes ist und weil wir wissen, daß nur in einem gesunden Körper ein gesunder Geist wohnen kann.

Damit komme ich schon zum Kapitel „Jugendförderung und körperliche Ertüchtigung“. Ich habe schon oft gesagt, daß die Jugend der größte Reichtum unseres Volkes ist. Es muß daher Vorsorge getroffen werden für die Zukunft, daß unsere Jugend entsprechend ausgebildet wird, daß alle begabten jungen Menschen — darüber wurde heute schon des öfteren gesprochen — die Möglichkeit haben, sich weiterzubilden. Unsere besondere Aufmerksamkeit müssen wir auf die Lehrerbildung lenken, weil ja der Lehrer neben dem Elternhaus an erster,

entscheidender Stelle berufen ist, gerade in der Volksschule das geistige Antlitz des Volkes gestalten zu helfen.

Meine Damen und Herren, alles, was Leibesübung, Wettstreit, Sport ist, begeistert die Jugend von heute und zieht sie an. Durch die Ausbildung des Körpers soll das Streben nach geistiger Bildung erhöht und geadelt werden. Die Beherrschung der körperlichen Kräfte steht in enger Beziehung zur Sittlichkeit. Sport ist nicht nur Selbstzweck, sondern Mittel zum Ziel. Das Ziel muß die vollkommene und ausgewogene Bildung und Erziehung des ganzen Menschen sein. So gesehen helfen wir als verantwortliche Politiker der steirischen Jugend zu einem gesunden und kraftvollen Leben.

Von altersher war die Jugend der Bannerträger der Freiheit und wird es auch bleiben. Den letzten Beweis dieser Behauptung hat 1956 die Jugend Ungarns erbracht, als sie aus dem Geist der Freiheit sich gegen Knechtschaft und Tyrannei erhoben hat. Wir wissen alle, wie diese Erhebung zerschlagen wurde. Das Andenken an diese Helden soll unsere Arbeit, unseren Glauben an die Freiheit stärken. Wenn Österreich gegen den Kommunismus bestehen will, so muß mehr Augenmerk den Fragen der Jugend zugewendet werden.

Die junge Generation ist an Zeitproblemen außerordentlich interessiert. Sie ist noch nicht so fertig entwickelt, wie alte Menschen es sind, nur muß man sie verstehen. In Wallensteins Lager heißt es: „Die Jugend braust, das Leben schäumt, frisch auf, eh' der Geist verduftet!“ Die junge Generation muß im geistigen Kampf gerüstet sein. Wenn wir uns selbst in der Liebe zur Heimat von niemandem übertreffen lassen, dann wird die junge Generation von heute nach unserem Beispiel der Garant sein für den Glauben und die Freiheit im Österreich von morgen. (Beifall.)

3. Landtagspräsident **Dr. Stephan:** Hohes Haus! Von den Ansätzen der gerade in Rede stehenden Gruppe beziehen sich über 98% auf die Pflege der Kranken und kaum 2% auf Gesunde, nämlich auf die Jugendhilfe.

Um bei den 98% für Kranke anzufangen, kann ich sagen, daß einem zwar als Abgeordneter im Laufe eines Jahres allerhand unterkommt, daß der eine oder andere mit Fragen oder Beschwerden kommt. Da mußte ich gerade im vergangenen Jahr mit Befriedigung feststellen, daß bei Nachfrage an entsprechenden verantwortlichen Stellen jedesmal entweder Aufklärung darüber gegeben wurde und diese dahinging, daß dieser Übelstand nicht in dem Maß vorhanden war, als er vorgebracht wurde oder, wenn er vorhanden war, sogleich abgestellt wurde.

Daß die Ausgaben neuerlich gestiegen sind, darf uns nicht wundern, wenn wir den schweren Dienst der mit der Krankenpflege Beschäftigten ins Auge fassen. Es ist nicht mehr als billig, daß der Gesunde das Seine dazu beiträgt, den Kranken die nötige Pflege zuteil werden zu lassen. Bedauerlich ist es — um von den 98% auf die 2% zu kommen —, daß wir nicht die Möglichkeit haben, bei der Jugendhilfe, bei der Sportförderung ähnlich hohe Mittel auszugeben wie bei der Krankenbefürsor-

gung. Wenn wir die Budgetverhältnisse in den meisten autoritären Staaten, wenn wir die Vereinigten Staaten von Amerika betrachten, die alle für die Sportförderung sehr viel Geld ausgeben und dementsprechend bei den Sportveranstaltungen aufzutreten in der Lage sind, dann muß es uns nicht nur aus Ehrgeiz leid tun, daß von den ganzen 384.800.000 S nur knapp 5 Millionen Schilling für die Jugendhilfe und die körperliche Ertüchtigung ausgeworfen werden können. Ich denke auch nicht so sehr daran, wie das in Amerika oder in Rußland üblich ist, Rekorde herbeiführen zu wollen durch Unterstützung von Sportlern, die man als Berufssportler anzusprechen hat. Was uns wichtig erscheint, ist, die Breitenwirkung des Sports mehr zu betreiben, mehr darauf zu achten, daß die Jugend in der Stadt und auf dem Lande durch die Beistellung von Turnsälen, Sportplätzen und Geräten in die Lage versetzt wird, sich mit Dingen zu beschäftigen, die 1. für die weitere Körperertüchtigung und 2. für die geistige Gesundung, soweit sie notwendig ist, sehr wirksam sein würde. Ich habe in den letzten Wochen einige Male Gelegenheit gehabt, in kleinen Orten der Steiermark festzustellen, daß die Jugend opferbereit ist, wenn es sich darum dreht, Sportplätze anzulegen und auszubauen oder eine Sportausübungsstätte herzurichten und daß es nur einer kleinen Hilfe von seiten des Landes bedürfte, um eine solche Tätigkeit freiwillig ins Leben zu rufen. Wir hoffen, daß im künftigen Budget 1963 es den Bemühungen der Landesregierung, des Sportreferenten und des Herrn Landesfinanzreferenten gelingen möge, einen Sprung nach oben in der Sport- und Jugendförderung zu tun und damit in der Steiermark die Grundlage für eine bessere Jugend- und Sportförderung zu schaffen. Im übrigen habe ich zu diesem Kapitel auf Grund einer Information, die mir erst in den letzten Stunden zugekommen ist, deren Richtigkeit ich nicht kontrollieren konnte, eine kleine Anfrage, und zwar wegen der Post 54.706, „Förderung des steirischen Flugsportes“. Beim Nachlesen auf Seite 65 der „Erläuternden Bemerkungen“ habe ich leider nur gefunden: „Förderung der Segelflugvereine im Lande Steiermark“; gesagt wurde — und das kommt wegen der Erhöhung von 70.000 S auf 170.000 S plausibel vor —, daß in dieser Post auch die Förderung des Motorsportfluges enthalten sei. Wenn es möglich ist, bitte ich, diese Post, sowohl was das noch laufende und zu Ende gehende Jahr betrifft, in bezug auf ihre Verteilung aufzuklären. So wie ich unterrichtet wurde, befassen sich alle 3 Sportverbände, ASKO, ASVO und Union mit dem Motorflugsport wie mit dem Segelflugsport und dem Fallschirmspringen. Dem Vernehmen nach sollen die Mittel nur zwischen ASKO und Union verteilt worden sein. Ich darf daher bitten, mir diesbezüglich eine Aufklärung zu geben. Ich hätte diese Frage, wenn sie mir vorher vorgelegt worden wäre, sicherlich richtigerweise schon im Ausschuß gestellt, aber da mir die Information erst jetzt zugekommen ist, muß ich sie jetzt stellen und auch um Antwort bitten.

Abg. **Edda Egger:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Wenn man die Berichte und das Kapitel

Krankenhäuser näher betrachtet, fallen einem zwei Punkte besonders auf: 1. Das wirklich große Defizit im kommenden Jahr von annähernd 100 Millionen Schilling und 2., wie immer wieder mit Recht über die ungenügende Zahl der Betten gesprochen wird. Was die Anzahl der Betten betrifft, ist es interessant, wieviel Spitalsbetten in anderen Ländern der Bevölkerung zur Verfügung stehen. Ich habe nicht viele Zahlen sammeln können, aber ich habe erfahren, daß in Westdeutschland zum Beispiel  $8\frac{1}{2}$  Spitalsbetten auf 1000 Menschen kommen, und zwar ohne Sonderkrankenhäuser und ohne Sanatorien. Das entspricht ungefähr auch dem, was wir hier haben. Es ist schwer, die Zahlen genau zu vergleichen, weil man nie weiß, ob die Spitalsbetten der Fürsorgeheime, wie zum Beispiel in Graz unser Altersheim, auch mitgerechnet sind oder nicht. Ich habe gleichzeitig in Deutschland eine sehr interessante Zahl gehört, nämlich, daß in Amerika die Zahl der Betten geringer als die Hälfte ist. Wieso also in Amerika, das doch sicher ein reiches Land ist, noch weniger Betten? Des Rätsels Lösung liegt darin, daß die Krankenhauskosten in Amerika ungleich höher sind als bei uns, da sie pro Tag und Person bis zu 30 Dollar betragen, also ein ziemlich erheblicher Betrag. Dieser große Betrag kommt wohl dadurch zustande, daß in Amerika die Kosten für genügend und gutbezahltes Personal aufgebracht werden müssen, während hier die geringeren Spitalskosten es natürlich mit sich bringen, daß unser Personal, angefangen von den Ärzten bis zu den Pflegerinnen und Wärterinnen schlechter bezahlt ist als in anderen Ländern. Eine künftige Entwicklung in dieser Hinsicht würde auch für Österreich selbstverständlich mit erhöhten Kosten zu rechnen haben. Künftig also höhere Kosten und dazu noch eine Vergrößerung unserer Bettenzahl — da würde schließlich die finanzielle Kraft des Landes nur mehr für seine Spitäler reichen. Aber eine geringere Bettenzahl dürfte auf keinen Fall zu Lasten der wirklich Kranken gehen. Wir müssen daher Mittel und Wege suchen, zu einer besseren Lösung zu kommen. — Bei der Heilung kranker Menschen wirken mehrere Faktoren mit. In erster Linie sind es die Ärzte, die Medikamente und die Pflege, auch die Räume und schließlich die Verpflegung. Wenn wir aufpassen, was die Bevölkerung über diese verschiedenen Faktoren sagt, so hört man immer wieder und in erster Linie Klagen über die Kost.

Die Kost hat aber bei der Heilung kranker Menschen eine besondere Aufgabe zu erfüllen, weil fast bei allen Krankheiten die Ernährung für den Krankheitsablauf mitbestimmend ist. Das ist nicht meine eigene Formulierung, sondern eine, die von Ärzten in Westdeutschland ganz allgemein festgestellt wurde. Wir können daher sagen, daß die Kost für die Heilung der Kranken wirklich ein mitbestimmender Faktor ist. Wenn wir also sehen, daß ganz allgemein in der Bevölkerung das Mißbehagen an der Kost vorhanden ist, ist es ganz natürlich, daß man nach den Ursachen sucht, warum das so ist. Ich muß zugeben, daß es schwer ist, diese Ursachen zu fassen. Wenn man den Speisezettel ansieht, so sieht man nämlich, daß er ganz akzeptabel ist. Es können natürlich nicht sämtliche Sonderwünsche erfüllt werden, aber im großen und ganzen kann

man nichts daran aussetzen und es scheint keine Ursache vorhanden zu sein, hier wesentliche Verbesserungen herbeizuführen. Auch ist zum Beispiel die Wahlkost in unserem Landeskrankenhaus ein wirklicher Fortschritt, ohne daß daraus höhere Kosten erwachsen. Wenn man die einzelnen Speisen kostet, muß man sagen, daß dabei keine offensichtlichen Mängel festzustellen sind. Wenn man in die Küchen schaut, so sieht man, daß das Personal wirklich sein Möglichstes tut und sich über Erwarten bemüht, eine wirklich gute Kost herzustellen. Das möchte ich ausdrücklich feststellen. Es muß aber das allgemeine Mißfallen an der Kost doch eine echte Berechtigung haben, und es läßt sich feststellen, daß trotz Verwendung von guten und ausreichenden Nahrungsmitteln und trotz großer Bemühungen der österreichischen Krankenhauskost fast allgemein gerade jene Qualität ermangelt, die nötig wäre, um ihre für die Heilung so wichtige Aufgabe zu erfüllen. Die Kranken haben nämlich einen erhöhten Bedarf an Vitaminen und anderen Stoffen, die wenigstens in Spuren in der Nahrung vorhanden sein müssen; wenn sie eine vollwertige Nahrung sein soll. Es ist nicht nur für den normalen Gesunden wichtig, sich richtig zu ernähren, sondern um so mehr für den Kranken und Genesenden. Gerade diese in winzigen Spuren vorhandenen Stoffe leiden aber schon bei haushaltsmäßiger Verarbeitung der Nahrungsmittel, noch mehr aber, wenn man damit Massenkost oder Gemeinschaftsverpflegung, wie unter den gegebenen Voraussetzungen, herstellt. Wir müssen bedenken, daß schon im Haushalt durch die Erhitzung zum Beispiel einer Portion Spinat in einem Gefäß, das ein guter Wärmeleiter ist, der Verlust an Vitaminen 35% beträgt, und wenn Sie ein Gefäß nehmen, das ein schlechter Wärmeleiter ist, da beträgt der Verlust an Vitaminen bei dieser Portion Spinat, weil er ja länger braucht, um gar zu werden, noch um 5 bis 6% mehr. Daraus ist zu ersehen, wie empfindlich die Nahrung ist, um so mehr, wenn sie in solchen großen Massen, wie zum Beispiel in den steirischen Spitälern, hergestellt wird, wo es sich beim Kochen nicht um Minuten handelt, sondern wo die Speisen, wie in unserem Landeskrankenhaus, oft schon um 4 Uhr früh zugestellt werden und dann bis  $\frac{1}{2}$  12 Uhr oder länger warm bleiben sollen. Das sind die Umstände und Folgen der Massenverpflegung, unter denen die Kranken außerordentlich leiden müssen. Man kann aber diese Einbußen an Nährwerten und Vitaminen in der Krankenhausverpflegung nicht völlig vermeiden. Sie werden immer noch größer sein als im Haushalt.

Wir müssen daher trachten, diese Kost aufzuwerten und durch besondere Zusammensetzung und durch größte Sorgfalt bei ihrer Herstellung, um diese Einbußen einigermaßen wettzumachen. Aber wer in Österreich, der jemals praktisch mit Krankenhauskost zu tun hatte, weiß von diesen Möglichkeiten etwas? Wer kann die Hilfe von Wissenschaft und Technik anwenden oder hat die notwendige Einrichtung in seiner Küche oder das Fachpersonal oder die Organisation, um da zu einer besseren Methode zu kommen? Wir können feststellen, daß in anderen Ländern auf diesem Ge-

biete bereits größere Anstrengungen gemacht werden. Österreich ist in dieser Hinsicht leider weit zurück. Das kommt zum Teil daher, daß wir in Österreich im allgemeinen eine bessere Kost haben, daher sind diese Probleme nicht so sichtbar wie in anderen Ländern, wo die Verpflegung schlechter ist und diese Probleme daher früher offensichtlich geworden sind.

Aber wir müssen eben sagen, aus diesem Zustand heraus hat Österreich auf die wissenschaftliche Forschung über die Ernährung keinen Wert gelegt. Wir sind trotz unserer verschiedenen Universitäten ein Land, das keine Lehrkanzel für Ernährung hat und kein wissenschaftliches Institut für Forschung über Ernährung. Wir haben auch keine Fachschule für Ernährung mit Ausnahme einer Diätfachschule in Wien. Wir hätten es aber notwendig, daß wir in Österreich Fachkräfte ausbilden, wie Diätassistentinnen, Diätleiterinnen und Ernährungsberaterinnen, die dem Küchenpersonal zur Hand gehen können, denn wir können unser Küchenpersonal nicht so rasch ausbilden. Diese Fachkräfte können dem Küchenpersonal und auch dem Arzt eine wirklich echte Hilfe sein. In Westdeutschland gibt es etwa 30 Diät-Schulen und derzeit sind in Krankenhäusern, Altersheimen, Kinderheimen und in der Industrie 2000 bis 3000 Fachkräfte angestellt. Fachkräfte werden aber nur dann angestellt, wenn sie wirtschaftlich ein Gewinn sind. In Westdeutschland sind trotz steigender Zahl der Ausbildungsstätten zu wenig Fachkräfte vorhanden. Jedes größere Krankenhaus hat 3 bis 4, unter Umständen auch eine viel größere Anzahl solcher Fachkräfte. In der Klinik in Düsseldorf sind 11 Diätassistentinnen angestellt. Ich habe gefragt, ob durch die Anstellung von Diätassistentinnen eine Verteuerung der Kost eintritt. Man sagte, daß das nicht der Fall ist. Die Tagesverpflegskosten sind zwar etwas höher als bei uns, das dürfte teilweise aber mit den höheren Lebensmittelpreisen zusammenhängen. So ist das Fleisch in Deutschland teurer als bei uns. Pro Verpflegstag betragen dort die Kosten etwa 2,5 Mark. Doch scheint sich das bezahlt zu machen.

Auch bei uns ist es notwendig, daß wir zu neuen Methoden der Zusammensetzung, der Zubereitung und vor allem der Verteilung unserer Krankenhausnahrung kommen. Das lange Warmhalten mindert die Speise in ihrem Nährwert. Ein Nachteil ist ohne Zweifel die außerordentliche Größe des Landeskrankenhauses in Graz. Ein Krankenhaus, in dem in einer Zentralküche rund 4000 Portionen hergestellt werden, ist kein Grund zu Stolz, sondern zu großer Sorge. In welcher Küche kann noch eine hochwertige Nahrung hergestellt werden? Das Maximum liegt bei 1200 bis 1500 Portionen. Wir müßten zur Möglichkeit kommen, daß wir diese Zentralküche anders verwerten wie bisher, daß wir gewisse Arbeiten in die Abteilungen verlegen. Dazu braucht man erfahrene Spezialkräfte, die bei der Lösung der echten Probleme helfen können. Man müßte moderne Verfahren und Geräte anwenden. Es gibt neue Herde, neue Möglichkeiten zur Wiedererwärmung der Speisen, die erschwinglich sind und sich zu bewähren scheinen. Im Hinblick darauf, daß es in anderen Ländern viel zu wenig Küchenpersonal gibt, sieht man sich vor neue große

Probleme gestellt. Man wird sich auch bei uns mit diesen Dingen befassen müssen. Der Mangel an Personal hängt nicht nur damit zusammen, daß sich zu wenig Frauen für diese Arbeit finden, sondern auch mit der fortschreitenden Arbeitszeitverkürzung. Man müßte die Erfahrungen, die in anderen Ländern gemacht wurden, für uns in Betracht ziehen und könnte dementsprechend eine gewisse Entwicklung rechtzeitig auffangen.

Manche Kostenersparungen oder die Verkürzung eines Spitalsaufenthaltes durch verbesserte Kost lassen sich leider nicht statistisch erfassen. Wir können nicht sagen, weil wir Diätassistentinnen im Krankenhaus angestellt haben, ist der Aufenthalt der Patienten 1 bis 2 Tage kürzer geworden. Man kann nur noch einmal darauf hinweisen, daß in anderen Ländern, in der Schweiz und in Westdeutschland, überall der Ruf nach solchen Fachkräften, nach einer geeigneten Form der Gemeinschaftsverpflegung immer wieder mit einer Stärke erhoben wird, die mich sehr verwundert hat.

Ich war vor kurzem bei einer Tagung solcher Fachleute, und obwohl ich selbst von der Situation wußte, war ich wirklich überrascht, mit welcher Intensität man versucht, diesen Problemen zu Leibe zu rücken. Es scheint mir auch für die Steiermark notwendig, daß wir die grundsätzliche Bereitschaft zur Verbesserung haben und uns über die Möglichkeiten zu orientieren, die zu solchen Verbesserungen führen. Daraus könnte sich ein Plan entwickeln, der zwar nicht rasch zu verwirklichen sein wird. Die Verwirklichung dieses Planes müßte Schritt für Schritt vorgenommen werden, wo immer sich die Möglichkeit ergibt. Das wäre auch für das Personal wichtig, für Ärzte, Pflegerinnen und Wärter, denn gerade diese Menschen müssen nicht nur für die Zeit einer Krankheit mit dieser Kost vorliebnehmen, sondern diese Menschen müssen Jahr und Tag mit dieser Kost zufrieden, gesund und arbeitsfähig sein. Wir können sagen, daß über die Einsparung von Kosten, über die größere Wirtschaftlichkeit hinaus ganz allgemein der Gewinn an Lebenskraft, das raschere Gesundwerden vieler Kranker und die bessere Verfassung unseres ganzen Krankenhauspersonals ein Ziel ist, für das sich solche Bemühungen lohnen. (Lebhafter Beifall.)

**Abg. Kraus:** Hohes Haus! Als ich mich mit dem Abschnitt 56, Jugendförderung, beschäftigte, studierte ich vergleichsweise die Ansätze für Jugendhilfe und Jugenderziehung. Die angestellten Vergleiche fallen zuungunsten der geistig und körperlich gesunden Jugend aus. Für sie scheinen rund 2 Millionen Schilling auf. Für die übrigen Sparten 10 Millionen Schilling, was sicherlich notwendig und gut ist.

Bei dieser Gegenüberstellung drängt sich jedoch die Überlegung auf, daß vorbeugen besser ist als heilen. Ich glaube, Hoher Landtag, daß es deshalb zu begrüßen ist, daß anläßlich einer Delegation unter der Führung des Landesjugendreferenten Dr. Moser von Landesregierungsmitgliedern Zusagen über die Bereitstellung außerordentlicher Förderungsmittel zur Errichtung von Heimen und Herbergen gemacht wurden.

Das Land Steiermark wandte im Jahre 1961 für die Jugendförderung rund 1,6 Millionen Schilling auf. Es wurden 2.320.900 S ausgegeben und 622.000 S eingenommen. Für 1962 sind rund 500.000 S mehr vorgesehen. Aber zu einem erfolgreichen Wirken ist das Geld nicht immer ausschlaggebend. Das Landesjugendreferat entfaltet eine große Tätigkeit auf den verschiedensten Gebieten der Jugendarbeit und Freizeitgestaltung. Um möglichst viele geeignete Menschen für die Jugendbetreuung zu gewinnen und in Lehrgängen zu schulen, wurden auf Wunsch von Jugend- und Sportverbänden im Jahre 1960 vom Landesjugendreferat 63 Fachlehrgänge mit über 3000 Teilnehmern abgehalten. Zweitens ist erforderlich die Bereitstellung von Unterlagen und Büchern für die Jugendarbeit und für eine sinnvolle Freizeitgestaltung, 3. finanzielle Unterstützung für die Jugendführerausbildung, für die Ausgestaltung von Heimen und die Förderung von Jugendbüchereien, 4. Förderung des Jugendwanderns und des Herbergswesens. Hiezu gehören vor allem Jugendwanderkurse sowie Mithilfe bei der Durchführung und Vorbereitung von Veranstaltungen sämtlicher Schulen, Erziehungsinstitute und anderer Jugendorganisationen, Anleitung zur Gestaltung von Feiern bei verschiedenen anderen Organisationen und Dienststellen, bei Jungbürgerfeiern, Tanzfesten, Muttertagsfeiern und vieles andere mehr. Schließlich gehören dazu alle Maßnahmen und Bemühungen, um dem schädlichen Einfluß auf die Jugend entgegenzuwirken. Hierher gehört die Aktion „Der gute Film“. Ein weiteres Ziel ist der Kampf gegen Schmutz und Schund. Bei der Errichtung von Ferienlagern wird mitgeholfen, Jugendsingen veranstaltet, Waldläufe organisiert, Laienspiele unterstützt usw. usw. Für diese Arbeit steht ein leistungsfähiges Arbeitsteam und ein gutgeführtes Büro zur Verfügung. In allen Bezirksjugendverbänden und darüber hinaus wurde ein Netz von ehrenamtlichen Mitarbeitern über die ganze Steiermark verstreut. Im Jugendbeirat, dem alle Jugendverbände angehören, wird eine Koordinierung der vielen Wirkungsbereiche angestrebt. Diese Zusammenarbeit setzt sich erfreulicherweise auf Bezirksebene in den Bezirksjugendausschüssen fort. Dies ist nicht in allen Bundesländern der Fall. Die Leistungen des Landesjugendreferates finden demnach allgemeine und einhellige Anerkennung. Es sei daher dem Landesjugendreferenten, Herrn Professor Dr. Moser, und allen ehrenamtlichen Mitarbeitern der aufrichtige Dank ausgesprochen.

Außerordentlich erfreulich ist es, daß die Jugend bestrebt ist, u. a. auch Heime zu errichten. Bedauerlicherweise konnten aus dem Budget nur 1000 bis 2000 S pro Heim beigesteuert werden. Von 400 Ansuchen in den letzten 2 Jahren konnten nur 200 positiv erledigt werden. Hier wäre eine bessere Hilfe auch wichtig und erstrebenswert. Wichtig und begrüßenswert ist auch die Errichtung von Jugendherbergen. Für die geplante Jugendherberge in der Soboth habe ich nichts Konkretes im Budget vorgefunden. Ich möchte daher ersuchen, daß die Soboth bei der Aufteilung der Herbergsmittel entsprechende Berücksichtigung findet. Gerade hier könnte den Leuten ein Bild von der Grenze vermittelt wer-

den, weshalb die Soboth Herberge ein besonderes Anliegen darstellt.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, noch einige allgemeine Bemerkungen zu diesem Thema. Eine Menschheit, die bis zum 19. Jahrhundert keine schnellere Fortbewegung als die des Reitens, keine andere Nachrichtenübermittlung als die der Rauchsignale und keine andere Antriebskraft als den Wind kannte, hat in diesem Jahrhundert den Sprung zur Weltraumrakete, zur Atomenergie und zum Flugverkehr getan. Aus der jüngsten Vergangenheit ersehen wir, was wir von der Zukunft zu erwarten haben. Unser Leben wird durch Wissenschaft und Technik glücklicher, aber auch ungestümer werden, und auf dieses Leben müssen wir unsere Jugend vorbereiten. Nur eine intensivere Lebensvorbereitung kann verhindern, daß die jungen Menschen hilflos dieser stürmischen Entwicklung preisgegeben werden, weil es ihr an profundem Wissen fehlt.

Nicht früh genug kann der junge Mensch lernen, daß er auch für seine Mitmenschen eine gewisse Verantwortung hat, die ihm niemand abnehmen kann. Deshalb muß eine Hauptaufgabe der Erzieher die Hinführung zur Selbstverantwortung sein. Darüber hinaus soll der Blick des jungen Menschen auf das gelenkt werden, was andere für ihn tun und was er für andere tun kann. Das Leben des einzelnen erhält erst durch den Dienst an der Gemeinschaft seinen Sinn. Dazu ist die Jugend berufen. Sei es der Wehrdienst, der Grenzlanddienst oder der Hilfsdienst in den Entwicklungsländern. Die größte Sicherheit, die wir der Jugend für den künftigen Existenzkampf mitgeben können, besteht in der Stärkung ihres Selbstgefühls und in der Vertiefung ihres Wissens. Jeder junge Mensch soll ohne Ansehen des Standes und Einkommens seiner Eltern die Möglichkeit erhalten, die höchste Bildungsstufe zu erreichen, die seiner Begabung entspricht. Durch lebensnahe Darstellung und Vertiefung allen theoretischen Wissens vermitteln wir der Jugend die beste Hilfe für das praktische Leben.

Allein über Jugendprobleme zu reden oder über das, was in letzter Zeit geschehen ist, ist zu wenig. Den Worten müssen Taten folgen! (Beifall.)

Abg. **Fellinger:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte unterstreichen, daß der Beschluß des Landtages, für die Frauenabteilung des Landeskrankenhauses Leoben einen Neubau zu errichten, von der Bevölkerung des ganzen Bezirkes mit großer Freude aufgenommen worden ist. Wir können damit feststellen, daß dadurch das Landeskrankenhaus Leoben um eine moderne Abteilung reicher geworden ist.

In diesem Zusammenhang möchte ich Sie an einen weiteren Wunsch der Leobner Bevölkerung erinnern: Es ist keine neue Forderung, sondern schon eine langjährige alte, daß in unserem Landeskrankenhaus zwei neue Abteilungen errichtet werden sollen, und zwar eine Hals-, Nasen-Ohrenabteilung und eine Augenabteilung. Wir glauben, daß für Leoben, dieses kulturelle Zentrum der Obersteiermark mit einer Bevölkerungszahl von rund 83.000,

diese Forderung auch tatsächlich Wirklichkeit werden sollte.

Ich darf in diesem Zusammenhang noch ein Problem aufzeigen. Das Personal des Leobner Krankenhauses ist verhältnismäßig sehr schlecht untergebracht. Dies trifft besonders eine Berufsgruppe, nämlich die Krankenschwestern, die dort ganz eng zusammengedrängt leben müssen. Mit der Finanzierung der Landesregierung ist in Leoben selbst ein Haus errichtet worden, das zuerst zweckbestimmt war für die Unterbringung des Personals des Leobner Krankenhauses. Es ist die größte Hoffnung des Personals, daß diese Bestimmung auch weiterhin aufrecht bleibt und daß tatsächlich mit der Fertigstellung des Neubaus das Leobner Krankenhauspersonal auch in diesem Haus untergebracht wird. Dies ist der große Wunsch, der von seiten der Bediensteten des Leobner Krankenhauses ausgesprochen wird, und es ergeht die Bitte an die Landesregierung, bei der Vergabe und Verteilung der Räume des Neubaus diesen Wunsch des Personals zu erfüllen. (Beifall.)

**Abg. Heschitz:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Bei der Behandlung der Gruppe 5 sehe ich mich als Obmann der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse und gleichzeitig in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Geschäftsausschusses der Steiermärkischen Krankenversicherungsträger veranlaßt, einem weitverbreiteten Irrtum entgegenzutreten, nämlich, daß die Krankenkassen so reich seien, daß man sie dauernd und bedenkenlos melken könne, und Aufklärung zu geben, in welchem Ausmaß und wann immer die Kassen Leistungen erbringen und welche Beträge hierfür aufgewendet werden. Gegenüber dem früheren Österreichischen Recht trat eine große Erweiterung des Versicherungskreises ein, und zwar die Einbeziehung der Rentner und Kriegshinterbliebenen in die Krankenversicherung.

Erlauben Sie mir, das Ausmaß der bisherigen Leistungen der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse mitzuteilen. Einer Anzahl von über 220.000 vollversicherten Erwerbstätigen stehen 75.000 Rentner gegenüber. Dazu kommen 11.000 Kriegshinterbliebene, in weiterer Folge 5000 freiwillig Versicherte und, je nach Jahreszeit, 5000 bis 20.000 Arbeitslose. Dieser große Kreis von Versicherten einschließlich ihrer Familienangehörigen umfaßt insgesamt 550.000 Menschen; die Hälfte der steirischen Bevölkerung wird also allein durch die Steiermärkische Gebietskrankenkasse auf dem Gesundheitssektor betreut.

Nach 1946 waren in der Steiermark 34.800 Rentner bei uns versichert; im Jahre 1960 waren es fast 75.000 Rentner. Dieser Zuwachs beträgt 107%. Die Rentnerkrankenversicherung war selbstverständlich infolge der niedrigen Bemessungsgrundlagen, niedrigen Renten und niedrigen Beitragssätze sowie der starken Inanspruchnahme der Leistungen vornehmlich alter und kranker Menschen bis zum Jahresende 1960 absolut passiv. Die Rentnerversicherung besteht seit 1. Jänner 1941. Durch die Rentnererhöhungen auf Grund der letzten Novelle zum ASVG hat sich die Situation finanziell etwas gebessert. Es

kann erst nach Ablauf des heurigen Jahres gesagt werden, ob der Aufwand für die Rentner durch die Beiträge, die für sie geleistet werden, annähernd gedeckt sein wird.

Die Krankenversicherung der Kriegshinterbliebenen ist ebenfalls nicht kostendeckend. Die Krankenkasse erhält für die hauptversicherten Kriegshinterbliebenen einen Betrag von 38 S monatlich, für die zusatzversicherten Angehörigen 8 S monatlich. Nach dem gewerblichen Sozialversicherungsgesetz, das von 1935 bis 1938 in Geltung stand, war eine gesetzliche Leistung für Familienangehörige in der Arbeiterkrankenversicherung nicht vorgesehen. Es war der Satzung überlassen, für die Angehörigen Leistungen zu erbringen. Die Arbeiterkrankenkasse hätte früher für die Versicherten nur bis zur Dauer von 4 Wochen Anstaltspflege zu zahlen gehabt, die Angestelltenversicherung bis zur Dauer von 6 Wochen. Heute werden von den Krankenkassen die Spitalskosten bis zur Dauer von 26 Wochen, in gewissen Fällen sogar von 52 Wochen getragen. Während früher geringfügige Leistungen für die Angehörigen erbracht wurden, bestehen heute umfangreiche Leistungen auch für die Angehörigen, als gesetzliche Mindestleistungen, bei Krankenbehandlung, erster Hilfe, Heilmitteln und Mutterschaftsleistungen. Für diesen großen Aufwand, meine Damen und Herren, muß das entsprechende Beitragsaufkommen gesichert werden. Die Kassen sind angewiesen auf das Beitragsaufkommen der Versicherten. Die einzige Ausnahme ist das Wochengeld, wo wir vom Bund eine Vergütung bekommen. Alles andere hat die Krankenversicherungsanstalt selbst zu erbringen. Die Beiträge der beschäftigten Pflichtversicherten werden nach dem Arbeitsverdienst bemessen, gleichgültig ob der Versicherte Familienangehörige hat oder nicht. Für die Familienangehörigen werden keine Beiträge bezahlt. Das ist daher eine zusätzliche Belastung der Krankenversicherungsträger. Die Beitragssätze sind in Ansehung der umfangreichen Leistungen relativ niedrig. Sie betragen für die Arbeiter 7,3% und für die Angestellten und freiwillig Versicherten 4,8% ihres Einkommens. Alles, was der Arbeiter und Angestellte darüber hinaus verdient, unterliegt nicht der Beitragsleistung zur Krankenversicherung. Hier besteht ein grundsätzlicher Irrtum, daß dem vollen Entgelt entsprechende Leistungen zu erbringen sind.

In der Unfalls- und Pensionsversicherung ist die Bemessungsgrundlage 6500 S oder 4800 S im Monat. Durch die erhöhten Leistungsverpflichtungen der Kasse nach dem ASVG ist es in den ersten Jahren nach 1956 und 1957 zu sehr hohen Gebärungsabgängen gekommen. Erst im Jahre 1958 konnte der Gebärungsabgang durch einschneidende innerbetriebliche Maßnahmen in der Krankenversicherung und durch eine Intensivierung des chefarztlichen Dienstes etwas niedriger gehalten werden. Erst im Jahre 1959 ist es infolge erhöhter Beitragseinnahmen auf Grund der Lohnerhöhungen und des höheren Versicherungsstandes sowie durch Erhöhung der Beiträge zur Rentenkrankenversicherung und der Einführung der Krankenscheingebühr gelungen, wieder aktiv zu gebären. Innerhalb des gesamten Leistungsaufwandes haben sich wesentliche Verschiebungen ergeben.

Die Aufwendungen für Sachleistungen, Arzthonorare, Arzneimittel und Anstaltspflege stiegen in höherem Ausmaß als die Aufwendungen für die Krankentaggelder. Die Aufwandleistungen für die Familienversicherten haben im Jahre 1960 z. B. 26,8% des gesamten Leistungsaufwandes, das ist mehr als ein Viertel, betragen. Wenn bedacht wird, daß sich die Leistungen für die Familienangehörigen hauptsächlich aus Sachleistungen zusammensetzen und der Aufwand für diese Leistungen von Jahr zu Jahr steigt, muß angenommen werden, daß der Aufwand für die Familienversicherung einen immer wachsenden Anteil an den Gesamtausgaben darstellen wird.

Nun, meine Damen und Herren, haben wir uns mit der Frage der Spitalskosten zu beschäftigen. Immer wieder hört man die entsprechende Kritik. Die Zeitungen schreiben über den nicht kostendeckenden Preis u. dgl. Ich habe mit dem zuständigen Referenten der Landesregierung durch Monate nicht als Vertreter der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse, sondern als Vertreter des Geschäftsausschusses der Steiermärkischen Krankenversicherungsträger verhandelt; vielleicht ist es notwendig, darauf zu verweisen, daß sich der Geschäftsausschuß aus dem Zusammenschluß aller steirischen Krankenkassen zusammensetzt. Federführend ist die Gebietskrankenkasse; die Meister-, Bundes- und Betriebskrankenkassen gehören dem Ausschuß an. Dieser Geschäftsausschuß der steirischen Krankenversicherungsträger hat die Situation, in der sich das Land Steiermark bezüglich der Spitalsverpflegskosten befindet, anerkannt und eingesehen. Wir haben also eingesehen, daß wir höhere Verpflegskostensätze zu bezahlen haben werden. Aber ich muß Sie darauf aufmerksam machen, daß wir auch darauf zu schauen und zu trachten haben, ob die Forderungen, die das Land an uns hat, auch noch in eine Relation zu unserem Beitragsaufkommen zu bringen sind. Wir haben daher als Abschluß der Verhandlungen nunmehr zugestimmt, daß bis Ablauf des heurigen Jahres noch ein Verpflegskostensatz von S 58'50 — wie vertraglich festgelegt — bezahlt wird. Dieser Betrag ist das Dreizehnfache des Betrages, wie er bei Kriegsende bestanden hat.

Ab 1. Jänner 1962 zahlen die im Geschäftsausschuß der steirischen Versicherungsträger vereinigten Krankenkassen einen täglichen Verpflegssatz von S 71'50, das ist das Sechzehnfache des Betrages, wie er bei Kriegsende von uns zu bezahlen war. Nach der sich abzeichnenden Gebarung des Jahres 1961 wird der zu erwartende Gebarungüberschuß zur Deckung der Erhöhung der Ausgaben für die Ärzte und der Anstaltsverpflegskosten notwendig sein. Demgegenüber, meine Damen und Herren, möchte ich dem Vorwurf entgegentreten, den man immer wieder hört, es gäbe in den Krankenkassen ein Schlaraffenleben, es werde dort selbstverständlich wenig gearbeitet und dergleichen mehr. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur darauf verweisen, daß die Verwaltungskosten bei der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse von Jahr zu Jahr eine fallende Tendenz aufweisen und im Jahr 1961 nur mehr 4,91% betragen gegenüber 5,4% im Jahre 1955. Der restlose Einsatz der Angestellten in

den Versicherungsanstalten, die Reorganisation und die wirklich tatkräftige Mithilfe aller Beschäftigten haben es zuwege gebracht, die Verwaltungskosten wirklich auf einem sehr niedrigen Niveau zu halten. Wenn berücksichtigt wird, daß die Krankenkasse auch noch mit der Einhebung von Beiträgen für andere Versicherungsträger und Fonds betraut ist, wofür sie nur eine kleine Entschädigung erhält, vor allem für die Pensionsversicherungsanstalt Unterlagen aufzuzeichnen hat, was allein über eine Million Eintragungen auf den Stammkarten bedeutet, so muß gesagt werden, daß die Steiermärkische Gebietskrankenkasse wirklich sparsam und ordentlich verwaltet wird. Wir sind nicht nur Partner des Landes durch die Spitalskosten, wir sind auch Partner für unsere Ärzte, vor allem für die steirischen Ärzte.

Ich möchte an die Spitze meiner Ausführungen nach dieser Richtung stellen, daß es uns gelungen ist, gerade heuer im Geschäftsausschuß der steirischen Krankenversicherungsträger mit der steirischen Ärztekammer zu einem ausnehmend guten Verhältnis zu gelangen, daß wir aber selbstverständlich auch die Bedürfnisse unserer Ärzte zu befriedigen haben. Daß natürlich diese Bedürfnisse nach Honorarerhöhungen und dergleichen für uns wieder zusätzliche Belastungen bedeuten, ist klar. Ich muß hier feststellen, daß es gerade die Steiermärkische Ärztekammer bis heute gut verstanden hat, ihre Wünsche und Forderungen in einem entsprechend maßvollen Rahmen zu halten, so daß es möglich war, diese Forderungen, die sie an uns gestellt haben, annähernd zu erfüllen. Darf ich Ihnen vielleicht bekanntgeben, mit wievielen Ärzten wir im Vertragsverhältnis stehen? Wir haben derzeit 619 praktische Ärzte, 150 Fachärzte und 15 Röntgen-Fachärzte im Vertrag. Das sind, wohlgemerkt, Krankenkassenärzte. Durch Verhandlungen mit der Ärztekammer haben wir uns genötigt gesehen, einem Wunsch der Bevölkerung und andererseits der Ärztekammer zu entsprechen und diese Anzahl auf 784 Ärzte neuerlich zu erhöhen. Mit Wirkung 1. Jänner 1962 werden weitere 12 praktische und 4 Fachärzte im Vertrag genommen, so daß wir ab 1. Jänner 1962 in der Steiermark 800 Kassenärzte zur Verfügung haben. Die entsprechende Ergänzung dieser Ärzte bzw. ihrer Dienstleistungen haben wir noch in einer eigenen Fachabteilung durch 11 eigene Fachärzte in unserem medizinisch-technischen Ambulatorium. Unsere Versicherten können aber auch die Ambulanzen aller öffentlichen Krankenhäuser des Landes Steiermark und sogar die Ambulatorien in einigen Privatkrankenhäusern in Anspruch nehmen.

Das Ausmaß der Behandlungsfälle durch unsere Vertragsärzte im Jahre 1960 ist insgesamt 1.879.800 Behandlungsfälle, wovon auf die Steiermärkische Gebietskrankenkasse 1.316.900 entfallen. An Honoraren hatten wir im Jahre 1960 an die Ärzte insgesamt 101.155.000 S zu bezahlen, wovon die Steiermärkische Gebietskrankenkasse allein 71 Millionen Schilling bezahlte. In den kassenärztlichen Ordinationen wurden im Jahre 1960 insgesamt 124.000 Patienten, davon 100.000 Selbstversicherte, und über 23.000 mitversicherte Angehörige versorgt. Die Kosten für die Vertragsambulatorien beliefen sich im

Jahre 1960 auf über 4,334.000 S für alle Kassen. Der Anteil der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse daran betrug 3,321.000 S. Ich möchte nun, ohne ein Geheimnis kundzumachen, noch ganz kurz auf die einzelnen Honorarleistungen, die immer wieder in unserem Jahresbericht aufscheinen, eingehen und auch mitteilen, wie hoch sich die Honorare im Durchschnitt erstellen. Bei den praktischen Ärzten bezahlen wir im Durchschnitt für den Fall 50'37 S, bei den Fachärzten 54'48 S und bei den Röntgenfachärzten 127'55 S. Das ergibt für alle Kassenärzte einen Durchschnitt von rund 53'81 S. Wir vergüten aber selbstverständlich darüber hinaus noch verschiedene Sonderleistungen, wie Hausbesuche, Nachtbesuche und dergleichen mehr.

Meine Damen und Herren! Wir haben mit der Ärztekammer rückwirkend ab 1. Jänner 1961 bei den jetzigen Verhandlungen Zugeständnisse machen müssen und den Honorarerhöhungen von 9% zugestimmt. Außerdem wird eine Automatik Klausel in Zukunft wirksam werden, das heißt, daß sich die Arzthonorare im gleichen Verhältnis ändern, in dem sich der durchschnittliche Versichertenstand und die durchschnittliche Beitragsgrundlage ändert, das heißt also bei höheren Beitragseinnahmen eine höhere Entschädigung der Ärzte. Die Gesamtnachzahlung aus diesem Titel allein an die Ärzte beträgt für 1961 9 Millionen Schilling, wobei auf die Steiermärkische Gebietskrankenkasse 6,4 Millionen Schilling entfallen. Darüber hinaus hat die Krankenkasse noch die Arztekosten zu tragen, die durch Behandlung von anspruchsberechtigten Versicherten durch Vertragsärzte in anderen Bundesländern entstehen. Daneben erhält eine große Anzahl von Patienten die Kosten für die Inanspruchnahme von Privatärzten nach der im ASVG angeführten Wahl- arzt Hilfe vergütet.

Ich habe heute wiederholt die Ziffer von 30 Millionen Schilling Gebärungsüberschuß der Gebietskrankenkasse gehört. Das heißt, wir haben unter recht günstigen Voraussetzungen gehofft, daß sich der Gebärungsüberschuß auf rund 30 Millionen Schilling belaufen wird. Ich bin aber nur imstande zu sagen, daß er sich nach unseren Erfahrungen in einer Höhe von 24 Millionen Schilling bewegen wird. (LH. Krainer: „Das wissen Sie ja noch nicht! Es war noch niemand da, der schon vor Abschluß des Jahres wußte, welchen Überschuß er haben wird.“)

Ich möchte nunmehr, meine Damen und Herren, vielleicht noch eine kurze Leistungsgegenüberstellung des Leistungsaufwandes vom Jahre 1955 bis zum Jahre 1960 bringen, damit man endlich ein- sieht, daß die Kassen wirklich nicht die in Fett schwimmenden Melkkühe sind.

Im Jahre 1955 haben wir für die Ärzteschaft 48,478.000 S ausgegeben. Im Jahre 1960 waren es 87,153.000 S. Das ist eine Steigerung von 79,78%. Für Heilmittel, und der Bedarf an Heilmitteln steigt in einem gigantischen Ausmaß, haben wir im Jahre 1955 33,211.000 S, im Jahre 1960 bereits 52,476.000 S, um rund 60% mehr ausgegeben. Für Heilbehelfe ist die Steigerung nicht so groß. Im Jahre 1955 gaben wir 3,170.000 S aus und im Jahre 1960 3,800.000 S. Für die Zahnärzte 1955 14,710.000 S und 1960 27,976.000 S. Das ist eine Steigerung von 9,7%.

Für Spitalspflege 1955 50,116.000 S und 1960 66,484.000 S, eine Steigerung von 22%. An Krankengeld 1955 52,777.000 S, 1960 61,089.000 S. Hebammenhilfe 1955 967.000 S und 1960 1,187.000 S. Mutterschaftsleistungen 1955 7,680.000 S und 1960 10,650.000 S. Sterbegelder 1955 2,072.000 S und 1960 4,368.000 S.

Meine Damen und Herren, das sind Ziffern, die auf Tatsachen beruhen. Sie können daraus entnehmen, wie groß die Steigerungen waren, die die Kassen zu erbringen hatten. Im Zusammenhang damit möchte ich darauf verweisen, in welchem Ausmaß wir ab 1. Jänner 1962, und zwar nicht nur die Steiermärkische Gebietskrankenkasse, sondern im gleichen Ausmaß auch die anderen Krankenkassen, Leistungen mehr zu erbringen haben werden. Für die Gebietskrankenkasse kostet die Erhöhung der Krankenhausverpflegskosten mindestens 15,5 Millionen Schilling, für die Arzthonorare nach der Automatik Klausel ca. 4 Millionen Schilling, wenn nicht neue Forderungen an uns herangetragen werden, für die Zahnbehandlungen 3 Millionen Schilling. Die Erhöhung für die Verbesserung der Versichertenleistung betrug rund 2 Millionen Schilling, bei den Heilmitteln ergab sich eine Steigerung von 5 bis 6 Millionen Schilling. Es braucht nur eine Grippe- welle zu kommen, die kostet uns rund 6 bis 10 Millionen Schilling mehr. Allein die Hinweise, die ich Ihnen jetzt gebracht habe, machen einen Betrag von 30 Millionen Schilling Mehrbelastung für die Steiermärkische Gebietskrankenkasse aus.

Meine Damen und Herren, der Überschuß wird voraussichtlich ca. 24 Millionen Schilling betragen. Über 30 Millionen Schilling an Mehrbelastungen haben wir fürs kommende Jahr in unserem Voranschlag hineinzunehmen. Das sind fixe Ziffern. Wir kommen damit, nicht nur die Steiermärkische Gebietskrankenkasse, sondern auch jene wenigen Kassen, die noch in diesem Jahr aktiv gebart haben, wieder in die gleiche scheußliche Situation, in der wir uns jahrelang befunden hatten. Die ganze Sanierungsaktion ist hinfällig geworden. Bei der Spitalskostenerhöhung mußte die Landwirtschaftskrankenkasse um Sondertarife ansuchen. Ich erlaube mir, zu verweisen, daß auch die Meisterkrankenkasse und andere Krankenkassen bereits an das Land herangetreten sind, auch ihnen Sondertarife bei den Spitalskosten zu gewähren. Ich weiß nicht, wie lange es uns möglich sein wird, die Leistungen, wie wir sie jetzt erbringen, auf die Dauer leisten.

Ich habe es als meine Aufgabe erachtet, einmal ernstlich über diese Frage zu reden. Ich möchte bitte die Aufforderung richten, auch in Zukunft dafür Sorge zu tragen, daß die Krankenversicherung, die letzten Endes mit Grund und Ursache ist, daß die Lebenserwartung der Menschen in den letzten 50 Jahren so gewaltig gestiegen ist, das ihr gebührende Entgelt für die weiteren Leistungen der Versicherung erhält. (Lebhafter Beifall bei SPO.)

Abg. Dr. Rainer: Nur eine Aufklärung! Daß die Krankenkassen für die höhere Lebenserwartung zuständig sind, habe ich nicht gewußt. Ich habe geglaubt, daß es die ärztliche Kunst ist, die die Le-

benserwartung ermöglicht und nicht die Kunst der Gebietskrankenkasse.

Aber, meine Damen und Herren, wenn wir hier von den 100 Millionen Schilling, die uns die Krankenhäuser der Steiermark kosten, sprechen, so möchte ich auch den in diesen Krankenhäusern tätigen geistlichen Schwestern danken, die uns viele Millionen ersparen. Vor 3 Jahren hat der Herr Kollege Dr. Stepantschitz ausgerechnet, daß die geistlichen Schwestern uns 10 Millionen Schilling ersparen. Dieser Beitrag wird heute infolge der höheren Löhne noch wesentlich gestiegen sein. Die geistlichen Schwestern, die seit Jahrhunderten in den Krankenhäusern tätig sind, sind auch heute aus unseren Krankenhäusern nicht wegzudenken. Viel Liebe ginge uns und unseren Patienten verloren, wenn sie aus den Krankenhäusern abgezogen würden. Vor zwei Jahren wurde in der Umgebung von Beirut ein modernes Krankenhaus gebaut und dieses konnte nicht in Betrieb genommen werden, weil kein Pflegepersonal für dieses Krankenhaus zu bekommen war. Ich möchte der Landesregierung und den zuständigen Abteilungen empfehlen, doch auch hier propagandistisch in die Breite zu wirken und bei den jungen Mädchen zu erzielen, daß sie diese Nächstenliebe aufbringen, sich für diesen schweren Beruf zur Verfügung zu stellen.

Noch etwas! Die Zuhörer und jungen Kollegen im Landtag glauben oft, die Debatten hier haben nicht viel Erfolg, denn was man spricht, redet man für die Presse oder zum Fenster hinaus. Ich möchte ein Beispiel anführen, daß dem nicht so ist. Einige Jahre habe ich bei den Budgetdebatten immer wieder auf die besonderen Verhältnisse des Krankenhauses Bad Aussee hingewiesen und appelliert, daß ein Erweiterungsbau durchgeführt werde. Im Herbst wurde mit dem Bau begonnen und er wird schon nächstes Jahr fertiggestellt werden. Ich schließe die Bitte an, daß der Kredit für das Krankenhaus Rottenmann, das den anderen Teil der Bevölkerung des Ennstales ärztlich zu versorgen hat, nicht nur im außerordentlichen Voranschlag steht, sondern auch bedeckt wird, so daß dieser abgelegenste Teil der Steiermark krankenhaushausmäßig entsprechend betreut ist.

**Abg. DDr. Stepantschitz:** Hohes Haus! Nur noch ein kurzes Wort: Wir erleben jedes Jahr die gleiche Situation. Die Ausgaben für die Krankenpflege werden immer größer und es werden immer noch neue Forderungen gestellt. Wir erzielen aber auch Jahr für Jahr einen besseren Erfolg. Die Menschen werden immer älter und es werden immer wieder neue Einrichtungen geschaffen. So auch in diesem Jahr. Auch die Vertreter der Oppositionspartei haben anerkannt, daß die Leistungen der Krankenhäuser so sind, daß man sie außer Diskussion stellen kann. Wir haben es immer abgelehnt, parteipolitische Angelegenheiten mit Fragen zu vermischen, die die Behandlung von kranken Menschen betreffen.

Ich möchte heute nur noch ganz kurz auf eine Frage aufmerksam machen. Die zunehmende Spezialisierung der Medizin erfordert eine Umstellung,

wie es auch in anderen Lebensbereichen der Fall ist. Wir brauchen immer mehr Spezialisten in unseren Landeskrankenhäusern und es wird immer schwieriger und vielleicht hier und dort sogar unmöglich, die entsprechende Zahl von Spezialisten zu erhalten. Ich freue mich aber doch, gehört zu haben, daß wenigstens für die Krankenschwestern besser gesorgt wird, damit auf diesem Gebiet ein allzu großer Notstand vermieden werden kann. Wenn es uns in Zukunft gelingt, mehr Behandlungsschwerpunkte als bisher zu errichten, wird man einer entsprechend großen Zahl von Patienten alle Möglichkeiten bieten können, vielleicht kleinere Krankenhäuser aufzusuchen, die heute oft nur mehr eine sekundäre Funktion ausüben. Langjährige Bauvorhaben bringen heute oder morgen noch keine Lösung.

Abschließend möchte ich sagen, wir bekennen uns zur gemeinsamen Arbeit auf diesem Gebiet und versprechen, auch weiterhin alles zu tun, um dem kranken Menschen zu helfen. Hier wird es vor allem notwendig sein, daß wir uns der Spitalsärzte annehmen, die ihre schwere Arbeit oft auf sehr entfernten Posten verrichten und keine 45-Stunden-Woche kennen. Sie müssen eine entsprechende Entlohnung erhalten, die zwar in letzter Zeit eine geringe Zunahme zeigt, die ihnen aber doch nicht das bieten kann, was jeder andere Mensch hat, nämlich die geregelte Freizeit im Kreise seiner Familie. Ich kann diesen Ärzten im Anschluß an das, was Dr. Rainer schon gesagt hat, nur den Dank des Landes aussprechen. (Beifall.)

**Abg. Bammer:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es wurde schon sehr viel über die allgemeine Jugendförderung von meinen Vorrednern gesprochen. Ich möchte darauf hinweisen, daß die im Budget vorgesehenen Beiträge für die Jahre 1958 bis 1960 erhöht wurden, für 1961 dann gleich blieben und im wesentlichen völlig unzureichend sind. Es ist eine Tatsache, daß eine immer größere Anzahl von berechtigten Wünschen diverser Jugendorganisationen vorliegt, die eine Ausrüstung, Umgestaltung oder vielfach Neueinrichtung irgendeines Jugendheimes anstreben, wozu ihnen die eigenen Mittel fehlen. Ich möchte vom Herzen wünschen, daß der Appell, der sowohl von der OVP als auch von meiner Fraktion ausgesprochen worden ist, im Jahre 1962 berücksichtigt werde, daß man neben der Hilfe, die im Bundesbudget vorgesehen ist, auch vom Land her eine bessere Dotierung vorsieht. Im besonderen möchte ich der Freude Ausdruck geben, daß das jahrelange Bemühen der Verantwortlichen der Stadtgemeinde Graz und des Herrn Bürgermeisters Dipl. Ing. Scherbaum, in dieser Stadt ein Haus der Jugend zu errichten, durch einen Initiativantrag hier im Landtag die notwendige Unterstützung und Anerkennung finden wird. Ich glaube, im Budget der Stadt Graz sind 1 oder 1½ Millionen Schilling für dieses Haus vorgesehen, ich würde nur wünschen, daß seitens des Landes ebenfalls ein namhafter Betrag diesem Zweck zufließt.

Nun noch ein Wort zur Sportförderung. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß die Beträge für die Landessportorganisationen erhöht und neue Posten

geschaffen wurden. Das ist sehr erfreulich. Man hat das Gefühl im Landessportrat, daß die Beträge gut und zweckmäßig verwendet werden. Es wurde eine echte Leistung für die Ausgestaltung verschiedener Sportanlagen erbracht und es erfolgte eine wirkliche Förderung der notleidenden Amateursportzweige.

Ich möchte darauf hinweisen, daß man vor kurzem eine österreichische Sportjournalistendelegation durch das obere Ennstal führte, um über den Rahmen des Landes Steiermark hinaus für das aufstrebende steirische Schigebiet des alpinen Wintersports bessere Anschlußmöglichkeiten zu erhalten. Das obere Ennstal hat mit seinen Vereinen und Funktionären außerordentlich wertvolle Leistungen erbracht. Dazu einige Ziffern. In Innsbruck hat man für die Olympiade eine Kunstrodelbahn mit einem Aufwand von etwa  $9\frac{1}{2}$  bis 10 Millionen Schilling vorgesehen. Für eine Rodelbahn in Weißenbach bei Liezen, die allen internationalen Begriffen entspricht, hat man maximal 100.000 Schilling Förderungsmittel beantragt, alles andere wurde in ehrenamtlicher Arbeit geleistet. Wir haben uns bemüht, internationale Veranstaltungen in die Steiermark zu bringen, sei es die Veranstaltung am Kulm im März des kommenden Jahres, sei es der große internationale Alpine-Wettbewerb im österreichischen Jugendcup in Haus bei Schladming, seien es die Juniorenmeisterschaften in Bad Aussee oder die Europameisterschaft in Weißenbach im Rennrodeln. Es finden namhafte internationale Sportveranstaltungen bei uns statt, wodurch der Sport auch sinnvoll mit den Bestrebungen des Fremdenverkehrs verbunden wird. Es sind dies gleichzeitig Bestrebungen, in dieses schöne Gebiet der Steiermark mehr Fremde aus anderen Ländern hinzuleiten. Es ist eine Zahl vielleicht interessant: der Bürgermeister der Stadt Schladming hat bei der Begrüßung der Sportjournalisten darauf hingewiesen, daß es trotz aller Bemühungen der Gemeinde bisher nur gelungen ist, die Sommerkapazität zu 20% auszunützen. Es sind unerhörte Leistungen vollbracht worden, es ist eine große Aufnahmefähigkeit in diesem Gebiet vorhanden, weshalb Fremdenverkehr und Sport hier eine wichtige Aufgabe zu lösen haben. Wir glauben daher, daß durch eine besondere Förderung der Errichtung von Schiliften, Seilbahnen, der Erschließung von Bahn- und Straßenanschlüssen für die Gemeinden und die Bevölkerung dieses schönen Gebietes Wertvolles geleistet werden kann.

Ich möchte noch einmal kurz zusammenfassend sagen, daß die Landessportorganisation und ihre Funktionäre das Gefühl haben, nicht nur die Fachverbände bei der Durchführung ihrer Sportveranstaltungen wirkungsvoll unterstützt, sondern auch wertvolle Arbeit für die Fremdenverkehrsförderung geleistet und so einen wertvollen Beitrag für die Volkswirtschaft in unserem Heimatland Steiermark erbracht zu haben. Ich bitte Sie, im Hinblick auf die vorgerückte Stunde, den Bericht der Landessportorganisation in dieser Kürze zur Kenntnis zu nehmen. (Beifall.)

**Abg. Gruber:** Hohes Haus! Ich werde die vorgeschriebene Redezeit von einer halben Stunde nicht überschreiten. Aber Umstände und bestimmte Ver-

hältnisse zwingen mich, zur Gruppe 5 Stellung zu nehmen. Wir haben im obersteirischen Raum, gerade im Mürz- und oberen Murtal, eine starke Masierung der Industrie, wie ich schon bei der Frage der technischen Mittelschule im Detail ausgeführt habe, so daß dort gut ausgebaute Straßen vorhanden sind und noch einen schnelleren und damit auch gefahrvolleren Verkehr zur Abwicklung bringen. Es wäre eine zwingende Notwendigkeit, im Landeskrankenhaus Bruck eine Unfallstation zu errichten. In Österreich gibt es 6 Unfallstationen, von denen sich 2 in der Steiermark befinden, in Graz und in Kalwang. Man könnte ohne weiteres durch entsprechende organisatorische Maßnahmen erreichen, daß im Raum Bruck eine etwa 60 Betten umfassende Unfallstation untergebracht werden könnte. Wie dringend dieses Bedürfnis dort wäre, möchte ich mit einigen Zahlen erhärten.

Die Durchschnittsziffer der Unfallverletzten beträgt 20%. Wenn man diese Ziffer vergleicht mit jenem Durchschnitt der Bezirke Leoben, Mürzzuschlag und Bruck an der Mur, zeigt der Durchschnitt der Unfallverletzten ein viel geringeres Ausmaß. So beträgt dieser Prozentsatz in Leoben 11,2, Judenburg 5,5, in Bruck 4,7% und in Mürzzuschlag nur 4%. Im Zusammenhang damit möchte ich die traurige Tatsache erwähnen, daß es immer wieder vorkommt, daß Unfallverletzte, die von Bruck nach Graz weitergebracht werden müssen, auf dem Transport sterben und daß die ärztliche Hilfe zu spät kommt.

Die Unfallsziffer im Jahre 1959 betrug 10.800. Für das Grazer Unfallkrankenhaus ergibt das 8,9% aus Graz, 4,9% aus dem Bezirk Bruck, 4,3% aus Mürzzuschlag, 7,1% aus dem Bezirk Leoben, die nach Graz gebracht wurden. Das zeigt uns immer wieder, daß hier die entsprechende Versorgung nicht gewährleistet ist. Es haben eine Reihe von Besprechungen stattgefunden und es wurde festgestellt, daß die Unfallsziffer in der Obersteiermark im Jahresdurchschnitt an 11.000 grenzt, so daß der Bedarf einer solchen Unfallstation nach jeder Richtung hin dringendst gegeben wäre.

Die allgemeine Unfallversicherungsanstalt hat bereits erklärt, einen entsprechenden Kostenbeitrag zu leisten. Der Gesamtaufwand, der für die Errichtung einer solchen Station notwendig wäre, würde bei 20 Millionen Schilling liegen. Da die Unfallversicherung einen entsprechenden Beitrag leisten würde, könnte eine weitgehende Verminderung des Betrages erreicht werden. Der Vorsitzende der Unfallkrankenversicherungsanstalt hat bei seiner letzten Sitzung in Tobelbad angeregt, eine entsprechende Unterstützungsaktion zur Errichtung einer Unfallstation in Bruck zu starten. Dies wurde auch beschlossen.

Ich richte an die Landesregierung und an den Landesrat Sebastian die dringende Bitte, dieses Problem so rasch wie möglich voranzutreiben.

**Landesrat Sebastian:** Ich werde mich bemühen, trotz des Umfangs des Referates mit Rücksicht auf die fortgeschrittene Zeit, mich möglichst kurz zu fassen. Trotzdem bitte ich, mir einiges Gehör zu schenken. Manches kann nicht unwidersprochen bleiben und gleichzeitig möchte ich auch auf einige

Fragen hinweisen. Der Volksmund sagt, die Gesundheit sei das höchste Gut, das wir besitzen. Scheinbar ist es mit der Gesundheit so wie mit der Freiheit. Beides wissen die Menschen nur dann zu schätzen, wenn sie es nicht mehr besitzen und sind nur dann bereit, dafür Opfer zu bringen. Das Land Steiermark leistet Hervorragendes auf dem Sektor des Gesundheitswesens. Ich glaube, das kann nicht oft genug unterstrichen werden. Trotzdem ist allen denen, die mit dem Krankenhaus- und Gesundheitswesen sowie mit den ganzen Problemen befaßt sind, all das noch immer zu wenig und es klang bei den Reden der Wunsch durch, das und jenes müßte noch gerichtet werden. Ein anderer Teil der Redner, manchmal auch dieselben, weist in seinem Referat darauf hin, daß dieses oder jenes noch gemacht werden oder neu eingeführt werden müßte, klagen aber gleichzeitig darüber, daß das Defizit der Krankenhäuser so groß sei. Das allein zeigt, wie schwierig das Problem ist.

Wenn von einem hohen Abgang gesprochen wird, möchte ich ihre geschätzte Aufmerksamkeit darauf lenken, daß die Personalkosten für das Jahr 1962, und zwar die Aktivbezüge, über rund 30 Millionen Schilling, die Pensionen über 2 Millionen Schilling ansteigen, daß der Sachaufwand nur mit 10 Millionen Schilling ansteigt, und wenn Sie alle Anstalten bedenken und die Teuerungen, die eingetreten sind, insbesondere durch die Aufwertung der D-Mark hinsichtlich der Instrumente, die aus Deutschland kommen, so heißt das, daß für den Sachaufwand trotz Kostensteigerung nicht mehr Mittel zur Verfügung sein werden. Ich möchte bei dieser Betrachtungsweise, daß Sachaufwand und Personalaufwand eine Summe von 43 Millionen Schilling erfordern, doch ihre geschätzte Aufmerksamkeit darauf lenken, daß vorläufig im Präliminare eine wirkliche Steigerung von 18 Millionen Schilling im Budget aufscheint, ich aber mit Bestimmtheit annehme, daß dieses Präliminare noch durch den Abschluß der Verhandlungen, die jetzt mit der Krankenkasse geführt werden, wesentlich verringert werden kann. Die Verhandlungen mit der Krankenkasse haben sich lange hinausgezogen. Ich habe dort vieles zur Kenntnis nehmen müssen.

Gestatten Sie mir, daß ich grundsätzlich ein paar Worte zu den Heil- und Pflegeanstalten hinsichtlich des Ausbaues sage. Es ist über die Bettenzahl gesprochen worden. Seit dem Jahre 1946 sind durch Neu-, Zu- oder Umbauten in den Krankenanstalten um 1100 Betten mehr, in den Heilanstalten um 147 Betten und in den Pflegeanstalten um 35 Betten, zusammen 1482 Betten, mehr geschaffen worden. Bei einem Planbettenstand von 8824 Betten, einschließlich der ständigen und nichtständigen Notbetten, haben wir in den Krankenhäusern, Heil- und Pflegeanstalten 9757 Betten. Trotzdem haben wir einige Krankenanstalten, die einen Überbelag aufweisen. Vor allem im Landeskrankenhaus Graz allein sind in der Zeit vom 1. Jänner bis 31. Oktober des nun zu Ende gehenden Jahres nach den letzten Erhebungen auf der medizinischen, der chirurgischen und der Nervenabteilung 1343 Fälle abgewiesen worden. In diese 1343 Fälle sind jene nicht einbezogen, die durch Intervention in einer anderen Anstalt untergebracht wurden und auch

nicht einbezogene 500 Fälle, die in der Nervenklinik nicht aufgenommen werden konnten und in die Heilanstalt Feldhof eingeliefert wurden. Die Fälle, die abgewiesen wurden, gliedern sich in 775 medizinische, 194 chirurgische und 374 für die Nervenabteilung. Allein daraus ersehen Sie den Engpaß, den wir hier im Grazer Landeskrankenhaus zu verzeichnen haben. In den ersten 10 Monaten des Jahres 1961 hatte das Landeskrankenhaus Graz über 900.000 Verpflegstage und einen täglichen Durchschnittsbelag von 2968 Patienten bzw. eine Belagsziffer von über 97% des vorhandenen Plan-Bettenbestandes, wobei ein Krankenhaus normalerweise nur bis zu 80% belegt sein soll, damit es ständig entsprechend aufnahmefähig ist. Für 1961 erwarten wir in den Krankenhäusern mehr als über 2 Mill. Verpflegstage.

Meine Damen und Herren! Was sind nun die Ursachen dieser starken Frequentierung unserer Anstalten? Ich möchte dabei auf einige Dinge hinweisen: Zunächst auf die Tatsache, daß die überwiegende Zahl der Frauen heute ihre Kinder nicht mehr zu Hause, sondern im Krankenhaus zur Welt bringt; daher auch der große Belag der Geburtstationen. Aber das ist der Zug der modernen Zeit. Wir müssen dem Rechnung tragen und dies ist auch wünschenswert, wenn auch an sich im Widerspruch mit einigen Fachleuten, die hier anderes behaupten. Der 2. Faktor ist, daß man die Kinder heute gleich unmittelbar dem Arzt anvertraut. Früher blieb ein krankes Kind meist zu Hause, heute kommt es ins Krankenhaus, die Scheu vor dem Arzt ist nicht mehr vorhanden, außerdem sind die Schulärzte da, die viele Krankheiten früher erkennen und daher die große Überfüllung der Kinderabteilungen. 3. Die Mechanisierung der Landwirtschaft hat viel mehr Unfälle im Gefolge. Der 4. Faktor ist die Vollbeschäftigung, die große Technisierung und Mechanisierung, die auch wieder mehr Unfälle als früher bringt. 5. Die Motorisierung, die in einem immer zunehmenden Ausmaß auch mehr Unfälle nach sich zieht. 6. Die Sportunfälle. 7. Die höhere Lebenserwartung im allgemeinen. 8. Ein Faktor, den Herr Dr. Stepantschitz schon angeführt hat, nämlich die Spezialisierung der Medizin und deren Aufgliederung. 9. Die technisch-medizinischen Errungenschaften, die ein großes Maß an neuen Apparaten erfordern, welche oft so teuer sind, daß sie sich ein freipraktizierender Arzt nicht anschaffen kann und seine Patienten daher ins Krankenhaus schickt. Hierzu nur eine Ziffer: Allein für moderne Apparate, Geräte und Instrumente, für Untersuchungsgeräte, für Röntgenanlagen, für moderne Narkoseapparate usw. haben wir seit 1946 24 Millionen Schilling ausgegeben.

Aber nicht nur dem heilungsuchenden Patienten kann und darf unsere Obsorge gelten. Es wird in Zukunft unumgänglich notwendig sein, auch für die in den Anstalten tätigen Ärzte, Schwestern, Wärterinnen und Angestellten Verhältnisse zu schaffen, die es ihnen ermöglichen, die ihrem Aufgabenkreis entsprechende schwere Arbeit am Krankenbett zu erleichtern. Die Verhältnisse in den Unterkünften des Krankenhauspersonals, von denen man an sich gar nicht reden sollte, gehen oft über jedes zumutbare

Maß hinaus. Ich glaube feststellen zu müssen, daß das beste Krankenhaus nichts nützt, wenn für die dort tätigen Ärzte und das andere Personal nicht Arbeitsbedingungen geschaffen werden, die erst die Voraussetzung für diese verantwortungsvolle Tätigkeit am Dienst des Kranken bilden.

Wenn ich vorher das Ansteigen der Personalkosten um 33 Millionen Schilling erwähnt habe, so ist dabei zu bedenken, daß rund 5000 der mehr als 10.000 im Landesdienst stehenden Bediensteten in unseren Krankenanstalten im Gesundheitswesen tätig sind. Das Personalerfordernis in der allgemeinen Verwaltung beträgt jetzt rund 34%, wie Sie aus dem beiliegenden Dienstpostenplan ersehen können. Das Personalerfordernis bei den Anstalten beträgt 54%, also um 20% mehr. Und ich muß sagen, hier läßt sich nur wenig mechanisieren und rationalisieren. Der Dienst am Menschen ist nur durch einen Menschen und für den Menschen möglich. Nur ein Mensch hat das dementsprechende Einfühlungsvermögen, um diesem schweren Dienst am Krankenbett gerecht zu werden. Ich bin sehr glücklich, darauf hinweisen zu können, daß es möglich war, im heurigen Budget einen Betrag von 1½ Millionen Schilling für den Baubeginn einer Krankenschwesternschule unterzubringen. Unsere Schwesternschülerinnen sind derzeit in unzureichenden Heimen untergebracht und es sind oft nicht die notwendigen Lehrsäle oder Küchen vorhanden, so daß an den verschiedensten Orten unterrichtet werden muß, was den Unterricht erschwert, verteuert und verkompliziert. Der Beruf einer Krankenschwester ist im letzten Jahrzehnt, durch die immer mehr ansteigende Entwicklung in der Medizin, mit hohen Anforderungen an technischen Fähigkeiten belastet, so daß an Wissen und Können von den Schülerinnen immer mehr gefordert werden mußte. Immer wieder wird es in der Krankenpflege in erster Linie auf die Beziehungen von Mensch zu Mensch ankommen, so daß schon bei der Berufswahl in Erwägung zu ziehen ist, daß nur solche Menschen diesen schweren Beruf ergreifen sollen, die die nötigen ethischen, physischen und psychischen Voraussetzungen haben und die außerdem eine gründliche Ausbildung genießen. Erst das zusammen ergibt die Voraussetzung für eine wirklich gute Berufsausbildung auf diesem Gebiet. Ich glaube, daß die Errichtung einer Krankenschwesternschule ein wirklicher Schritt und auch Fortschritt in dieser Richtung sein wird.

Wenn ich noch kurz eingehe auf die in der Diskussion aufgeworfenen Fragen, so muß ich sagen, daß der Herr Abg. Krempl über das Zahlenmaterial offenbar nicht ganz richtig unterrichtet war.

Nun zu den Schwierigkeiten hinsichtlich der Frauenabteilung in Leoben. Was soll ich da sagen? Diese Abteilung in Bruck, 1954 begonnen und 1956 fertiggestellt, ist schon wieder zu klein. Die Abteilung im Landeskrankenhaus Leoben ist noch nicht fertig und trotzdem wird schon jetzt wieder gesagt, sie sei zu klein. Es gibt ein Protokoll von einer Finanzausschußsitzung, in der ich ausführlich berichtet habe, wie die Situation dort ist. Es ist aber unrecht, wenn Sie sagen, es seien heute weniger Betten in Leoben, als früher, weil neben den Betten

im Neubau der Frauenabteilung ja auch noch die Betten im alten Trakt vorhanden sind, die zum Teil noch heute verwendet werden können. (Abg. Krempl: „Herr Landesrat, das ist ein Bericht von der Kontrollabteilung!“) Ich kenne keinen solchen Bericht, in dem steht, daß die Frauenabteilung in Leoben zu klein ist, ich weiß aber, daß der Wunsch nach Vergrößerung jetzt schon vorhanden ist.

Dem Herrn Präsidenten Dr. Stephan darf ich für die anerkennenden Worte danken und Frau Abgeordnete Egger, es war hochinteressant für mich, aber ich kann Ihrem Gedankengang hinsichtlich des Kochens nicht so weit folgen. Das ist unbestritten, ich bitte nur, nicht in den einen Fehler zu verfallen wie viele Damen und Herren, die kommen und sagen, ich habe mir das angesehen in der Schweiz, in Amerika usw. Es ist unmöglich, uns mit der Schweiz zu vergleichen, die 150 Jahre keinen Krieg gehabt hat, während wir Kriege und Revolutionen hatten (Abg. Edda Egger: „Aber auch Westdeutschland!“) und jetzt in den letzten 16 Jahren Kolossales geleistet worden ist auf diesem Gebiet. Sie haben darauf hingewiesen, daß wir hinsichtlich der amerikanischen und deutschen Maßstäbe mit den Löhnen nicht mitkönnen. Mit Sorge und Bangen vernehme ich es, wenn das Arbeitsamt verlautbart: „Schwestern werden gesucht“. Ich sage, bitte nicht über höhere Löhne anderswo reden, denn wir haben ohnedies einen Engpaß, sonst wandern die Schwestern nach Deutschland ab, wo sie höher bezahlt werden.

Sie haben von Amerika gesprochen. Ich war nicht dort, aber eine Statistik sagt, daß 75.000 Krankbetten unbenützt stehen, weil nicht das erforderliche Personal vorhanden ist. Es wäre verlockend, über die Unzufriedenheit, Verpflegung und allgemeines Mißfallen zu sprechen. Geschätzte Frau Kollegin, Sie haben mir vieles vorweggenommen. Sie verstehen mehr vom Kochen wie ich. Wenn 4000 Portionen ausgekocht werden müssen, so erfordert der Massenbetrieb einen Verteilungsapparat. Um 10 Uhr vormittag wird das Essen schon zubereitet, damit es um 12 Uhr ausgegeben werden kann. (Abg. Edda Egger: „Da gibt es andere, neue Wege.“) In Wagna und auf der Stolzalpe gibt es Speisewärmer für die Stationen. Ein Speisewärmer kostet 43.000 S. Stellen Sie sich die Anschaffungskosten vor, wenn wir für alle Krankenanstalten diese Speisewärmer anschaffen müssen.

In einer Sache haben Sie mir aus dem Herzen gesprochen, und zwar bezüglich der Diätköchinnen und Diätassistentinnen. Liebe Frau Abgeordnete Egger, wenn wir eine einzige bekommen würden, so geht sie nicht bei diesem Gehaltsschema, das wir im Lande haben. Sie könnte nur einen Sondervertrag bekommen.

Hinsichtlich des Landeskrankenhauses möchte ich Sie nicht länger aufhalten. Jeder, der sich mit dem Problem beschäftigt, kommt zur Erkenntnis, daß ein Krankenhaus in diesem Ausmaß unrationell und unwirtschaftlich wird. Dies läßt sich nicht vermeiden. Es wäre notwendig, daß irgendwo am anderen Ende in Graz ein Krankenhaus errichtet würde mit mindestens 1000 Betten, um den Überbelag von der 1. Chirurgischen und auch von anderen Abteilungen abziehen zu können.

Geschätzter Kollege Fellingner, Sie sprachen von der Hals-Nasen-Ohren- und Frauenabteilung in Leoben und fordern dasselbe für Bruck. Wo kommt nicht überall der Ruf her, daß etwas geschehen soll! Ich glaube, daß sich die Steiermärkische Landesregierung auch weiterhin bereift finden wird und auch der Landtag, die Wünsche und die vielen Anforderungen durch Bereitstellung der notwendigen Mittel zu erfüllen.

Zum Schluß möchte ich doch noch die Gelegenheit benützen, allen in den Landeskrankenhäusern und Heil- und Pflegeanstalten tätigen Ärzten, Schwestern, Pflegern, Arbeitern, Angestellten und Beamten den gebührenden Dank für ihre Tätigkeit und Unterstützung abzustatten und gleichzeitig um ihr Verständnis bitten, wenn auch im kommenden Jahr manchmal noch so berechtigte Wünsche nicht in Erfüllung gehen.

Viele bewährte verdienstvolle Kräfte, Mitarbeiter, Ärzte, Schwestern, Arbeiter, Angestellte und Beamte gehen mit Ende des Jahres in den wohlverdienten Ruhestand und wir verlieren sie als Helfer der Kranken. Ihnen allen sei an dieser Stelle der besondere Dank des Landes ausgesprochen.

Es sei mir noch gestattet, aus der Vielzahl drei Herren namentlich zu erwähnen. Es sind dies:

Herr Hofrat Medizinalrat DDr. Julius Strenger, der seit dem Jahre 1921 im Landesdienst steht und über vier Dezennien dem Land gedient hat. Er fand Verwendung als Arzt am Krankenbett, als Amtsarzt in Mürzzuschlag, Bezirkssanitätsrat in Graz, als Landessanitätsinspektor und seit 1954 hatte er als Zentralklinikdirektor die Leitung des Landeskrankenhauses Graz inne. Durch seine umfassenden Kenntnisse in Spitalsbelangen war es ihm möglich, trotz der schwierigen Verhältnisse im Landeskrankenhaus Graz die Geschäfte so zu führen, daß er einerseits den berechtigten Wünschen der einzelnen Abteilungen, andererseits aber auch den Weisungen der vorgesetzten Dienststellen entsprechen konnte. Bei den Planungen unserer großen Bauvorhaben hat Dr. Strenger stets aktiv mitgewirkt und seine Erfahrungen und Kenntnisse haben dazu beigetragen, überall eine brauchbare Lösung zu finden. Seine Tätigkeit war durch besondere Gewissenhaftigkeit und Exaktheit ausgezeichnet. Ihm darf ich an dieser Stelle auch noch persönlich danken, daß er mir sein reiches Wissen und seine Unterstützung bei der Übernahme meines Referates zu teil werden ließ.

An zweiter Stelle ist zu erwähnen das Ausscheiden des Herrn Medizinalrates Dr. Böhmig. Er steht seit dem Jahre 1922 im Landesdienst, fand zuerst am Landeskrankenhaus Graz Verwendung und wurde im Jahre 1939 Primararzt in Fürstenfeld und im Jahre 1948 zum Primararzt der internen Abteilung des Landeskrankenhauses Hartberg ernannt. Besonders erwähnen möchte ich seine vorbildliche Haltung während der dreiwöchigen Kampfhandlungen in und um Fürstenfeld, wo er trotz des Räumungsbefehls der ehemaligen Funktionäre der NSDAP auf seinem Posten ausharrte. Seinem Beispiel folgend, verblieben auch die übrigen Ärzte, so daß einerseits viele Kranke und Verwundete

ärztlich betreut werden konnten und andererseits das Landeskrankenhaus Fürstenfeld vor der Vernichtung und Plünderung bewahrt wurde.

Weiters scheidet aus dem Dienst Herr Primararzt Dr. Huber, der seit 1922 im Landesdienst steht. Zunächst war er am Landeskrankenhaus Graz und Leoben tätig, dann wurde er im Jahre 1927 zum Primararzt für die medizinische Abteilung des Landeskrankenhauses Mürzzuschlag ernannt. Über sein eigenes Ansuchen scheidet Dr. Huber um ein Jahr früher aus unseren Diensten. Er erfreute sich großer Beliebtheit und ist in diesem Gebiet ein schlichter und einfacher Mensch geblieben.

Ihnen allen, die in schweren und bewegten Zeiten als Mensch und Arzt ihre oft schwere Pflicht erfüllten, sei an dieser Stelle vor dem Hohen Haus bestens gedankt. (Sehr lebhafter Beifall.)

**Präsident:** Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Das Schlußwort hat der Berichterstatter.

**Berichterstatter:** Ich wiederhole meinen Antrag und bitte die Abgeordneten, den Ansätzen der Gruppe 5 ihre Zustimmung zu erteilen.

**Präsident:** Wir können über die Gruppe 5 abstimmen. Die Abgeordneten, die mit dem Antrag des Berichterstatters einverstanden sind, bitte ich eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Wir setzen die Spezialdebatte morgen um 8.30 Uhr fort. Die Sitzung ist geschlossen.

Wiederaufnahme der Sitzung am 6. Dezember, 8.30 Uhr.)

1. **Präsident Brunner:** Wir setzen die Verhandlungen fort und kommen zur Gruppe 6. Berichterstatter ist Abg. Pölzl. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Pölzl: Die Gruppe 6 weist 355,467,400 S auf der Ausgabenseite aus, das ist gegenüber 1961 um rund 45 Millionen Schilling mehr und auf der Einnahmenseite 96,910,300 S, das ist gegenüber 1961 um rund 11 Millionen Schilling mehr. Die Gruppe 6 umfaßt die Landesplanung für Wohnungswesen, Siedlungswesen, den Straßen- und Brückenbau, den Wasserbau, die Wildbachverbauung, den Wasserleitungs- und Kanalbau sowie das sonstige Bauwesen. Die Gruppe 6 stellt im Vorschlag für 1962 die zweithöchste Ausgabenpost dar. Allein im Unterabschnitt 661 „Landesstraßen“ ist gegenüber dem Jahr 1961 eine Erhöhung des Ansatzes von rund 23 Millionen Schilling auf 162 Millionen Schilling vorgesehen.

Ich darf im Namen des Finanzausschusses der Beamtschaft und allen mit dem Straßenwesen Beschäftigten für ihre Pflichttreue, mit der sie zu jeder Stunde ihre Aufgaben erfüllten und für ihren verantwortungsvollen Einsatz bestens danken.

Es wurden zur Gruppe 6 noch zwei Anträge gestellt, die am Schluß der Debatte zur Abstimmung gelangen. Ich bitte das Hohe Haus, die Ansätze der Gruppe 6, wie sie Ihnen im Entwurf vorliegen, anzunehmen.

Abg. **Ing. Koch:** Hoher Landtag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn auch mehr Straßen gebaut wurden in den letzten Jahren als je vorher in der Geschichte unseres Landes, so gibt es auf diesem Gebiet zweifelsohne noch viele Wünsche, weil der Verkehr und die Motorisierung in einem Tempo zugenommen haben, das vorher nicht voraussehen war. Es gibt daher eine Vielfalt von Wünschen des Ausbaues, der Erweiterung, der Staubfreimachung, der Übernahme usw. Ich möchte mir erlauben, aus meinem Bezirk einige dieser Wünsche aufzuzeigen.

Vor allem möchte ich die Verkehrsfalle in Frauental erwähnen, weil durch das neue Bad der Verkehr ganz ungemein zugenommen hat. Dort fahren an einem schönen Badesonntag 3000 bis 4000 Fahrzeuge durch. Damit sind auch die Verkehrsunfälle erheblich gestiegen. Dieses Ortsdurchfahrtsstück hat auf einer Länge von kaum 150 m vier gefährliche Kurven und einen Bahnübergang, so daß unbedingt Abhilfe geschaffen werden muß. Es ist dies auch die wichtigste Verbindung von Frauental nach Deutschlandsberg.

Eine erfreuliche Tatsache ist, daß in diesem Budget die Straße Deutschlandsberg—Weinebene mit 1 Million Schilling dotiert erscheint. Dies war ein jahrelanger Wunsch für dieses Gebiet, weil diese Straße letzten Endes die Grundlage der Existenz der dortigen Bergbauern darstellt. Dieses Gebiet hat Naturschönheiten wie kaum ein anderes unseres Landes. Auch die Fremdenverkehrsbetriebe haben viele und hohe Mittel investiert und es ist zu erwarten, daß sich mit dem Ausbau dieser Straße der Fremdenverkehr in diesem Gebiet sehr gut entwickeln wird. Für alle diese Betriebe, die so hohe Investitionen durchgeführt haben, ist der Straßenbau eine Existenzfrage. Es ist daher erfreulich, daß außer im Budget auch noch aus dem a.-o. Vorschlag, wie der Herr Landeshauptmannstellvertreter Udier erwähnt hat, noch etwas dazukommen wird, weil ja diese 1 Million Schilling für dieses Straßenstück nur ein Viertel der Gesamtkosten darstellt.

Weiters ist die Strecke Deutschlandsberg—Hebalm als Verbindung zur Pack für die Bezirke Deutschlandsberg und Voitsberg von großer Bedeutung. Um dieses Gebiet bemüht sich besonders der Herr Kollege Neumann und auch der Herr Landeshauptmannstellvertreter Udier hat diese Straße befahren und freundlicherweise mit 1 Million Schilling dotiert. Für diese Straße gilt das gleiche wie für die vorangegangene und es wäre auch hier wünschenswert, noch etwas aus dem a.-o. Vorschlag dazuzugeben, weil diese Straße ja auch eine wesentliche Bedeutung hat, zumindest für unsere weststeirischen Bezirke Deutschlandsberg und Voitsberg.

Der zügige Weiterbau der Straße Wohlsdorf—Wettmannstätten — Preding — Stainz—Gams—Laßnitz—Schwanberg—Wies erscheint durch die Dotierung gesichert. Erfreulicherweise darf ich auch berichten, daß der siebenjährige Kampf um die Übernahme der Straße von Eibiswald nach Lavamünd dadurch beendet ist, daß diese Straße nunmehr mit zwei Baulosen in Angriff genommen worden ist. Wir wünschen nur, daß das Wetter weiterhin so günstig bleibt, damit wir in den nächsten Wochen

und Monaten noch viel dort arbeiten können. Diese Straße soll ja das Tor nach dem Westen für den Fremdenverkehrsstrom aufreißen. Diese Straße würde bei einem großzügigen Ausbau mit ihrer Breite einen der wichtigsten Alpenübergänge in unserem Lande darstellen. Sie würde vor allem jene Gebiete des Grenzlandes in der Steiermark und in Kärnten aufschließen, die wirtschaftlich jahrzehntelang zurückgeblieben sind und auch keinen richtigen Bahnanschluß haben. Deshalb würden wir nicht nur in Deutschlandsberg, sondern auch darüber hinaus bis nach Kärnten hinein es begrüßen, wenn dieses große Projekt möglichst bald verwirklicht werden könnte. Im Süden und Westen ist ja keine Verbindung nach der westlichen Seite vorhanden und diese Straße wäre dann angetan, den Fremdenverkehr und die wirtschaftlichen Bestrebungen in diesem Gebiet auf beiden Seiten weitgehendst zu beleben. Wir haben immer wieder festgestellt, daß wir Ausweichbetriebe nur deshalb nicht dort hinbringen können, weil keine Verbindungsmöglichkeiten und keine Bahnanschlüsse vorhanden sind. Daher erhoffen wir uns mit dieser Straße auch eine wirtschaftliche Belebung in diesem Gebiet.

Wenn ich nun in aller Kürze noch einige Probleme aus meinem Bezirk anführen darf, so ist es einmal die Frage, wie es in unserem Bezirk bezüglich der Straßenübernahmen aussieht. Da gibt es drei Probleme, und zwar zunächst einmal die Straße nach Wiefresen und die Straße von Schwanberg nach St. Anna. Auch dort sind Gegenden, die zu den ärmsten Gemeinden unseres Landes gehören. Die Menschen dort sind außerordentlich bescheiden, weil sie schon seit jeher um ihre Existenz zu ringen haben. Verkehrsmäßig haben sich die Dinge dort so entwickelt, daß eine Übernahme dieser Straßen durch das Land wirklich dringend angebracht wäre. Ich darf daher mit Nachdruck bitten, diese Übernahmen, die wir schon seit vielen Jahren betreiben, endlich zu verwirklichen. Nicht zuletzt ist die Straße, die von Stainz über St. Stefan nach Ligist führt, anzuführen, welche die beiden Bezirke Deutschlandsberg und Voitsberg verbindet, und es wirklich wünschenswert, wenn auch hier die Möglichkeit bestünde, diesen wichtigen und schönen Verkehrsweg vom Land aus zu übernehmen.

Abschließend, um mich ganz kurz zu halten, darf ich der Meinung und Überzeugung Ausdruck geben, daß wir bei weiterem Anhalten der wirtschaftlichen Prosperität die Straßenwünsche aller Abgeordneten dieses Hauses sicher weitgehend erfüllen werden können, damit sie in Zukunft dem Wohle unserer ganzen Bevölkerung dienen und deren Leben erleichtern. (Beifall.)

Abg. **Vinzenz Lackner:** Hoher Landtag! Der Unterabschnitt 661 dieser Gruppe hat eine beachtliche Erhöhung der Mittel erfahren, ebenso beachtlich stiegen aber auch von Jahr zu Jahr die Wünsche und Bedürfnisse, wie Kollege Ing. Koch ausgeführt hat. Sie finden vor allem darin den Ausdruck, daß die zunehmende Motorisierung und Technisierung aller Art ständig zunimmt.

Für die Erhaltung der Landesstraßen sind in diesem Jahre im Budget 1962 31'5 Millionen Schilling

gegenüber 247 Millionen Schilling, ein Plus von 68 Millionen Schilling, vorgesehen. Ähnlich verhält es sich beim Neuausbau der Landesstraßen. Wenn ich als Abgeordneter des oberen Murtales zum Baubezirk Judenburg-Murau sprechen kann, so muß ich feststellen, daß 10,7% aller Landesstraßen in diesem Gebiet liegen. Ich muß aber auch feststellen, wenn ich die Aufteilung der Mittel ansehe, daß es nicht 10,7% sind, daß immerhin eine Differenz von einigen Millionen offenbleibt, die, wenn man nach der Länge der Straßen das Geld verteilen würde, diesem Baubezirk zugute kommen müßten. Ich verstehe sehr wohl, daß das nicht möglich ist. Wir haben uns seit 1945 darauf ausgerichtet, daß die Ost- und Weststeiermark durch die Kriegsschäden mehr zu leiden hatten als die Obersteiermark und daß vor allem in der Oststeiermark in bezug auf die Landes- und Bundesstraßen ein großer Rückstand aufzuholen war. Dies wird auch damit begründet, daß die Fundierung viel mehr Mittel verschlingt in der Oststeiermark als in der Obersteiermark. Es gibt aber auch in der Obersteiermark Straßen, die einen schlechten Untergrund haben und ebenso berechtigterweise mehr Mittel erfordern würden.

Wenn ich nun zu den Wünschen der Obersteiermark komme, möchte ich sagen, daß für das Stück St. Lambrecht—Laßnitz bedauerlicherweise keine Mittel vorhanden sind. Ich möchte aber den zuständigen Referenten Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dipl. Ing. Udier bitten, daß er mindestens aus dem außerordentlichen Voranschlag 300.000 S unterbringt, damit man beginnen kann. Das Straßenstück St. Lambrecht—Laßnitz ist ein Teilstück der Straße Neumarkt—Murau und diese ist die Verbindungsstraße zur Bezirkshauptstadt. Wer in Murau zu tun hat, muß diese Straße benützen. Daher bitte ich für den Beginn des Ausbaues den vorgenannten Betrag einzusetzen. Wenn wir ein Viertel von dem, was uns nach der vorgelegten Rechnung nicht möglich war abzugeben, erhalten würden, so wäre das nahezu 1 Million Schilling. Aber trotzdem muß ich feststellen, daß wir in der Obersteiermark nicht schlechter bestellt sind als anderswo. Der Wunsch, die Obdacher Bundesstraße auszubauen, geht endlich in Erfüllung. Das Teilstück zwischen Obdach und Landesgrenze wurde im heurigen Jahr leider erst im Oktober mit 3 Millionen Schilling zu verbauen begonnen, sei es, daß die Auslastung der Baufirmen oder die kostspieligen Grunduntersuchungen, den Baubeginn verzögerten. Die Bauarbeiten haben sich durch den schlechten Untergrund, teilweise aber auch durch den Eintritt von Schlechtwetter äußerst schwierig gestaltet.

Die Gaberlstraße ist mit 1 Million Schilling im Budget enthalten und erfreulicherweise darf ich hier feststellen, daß mein Vertrauensvorschuß, den ich dem Herrn Referenten gegeben habe, eine Berechtigung und Bestätigung erfahren hat.

Anläßlich der Übernahme der Sobother Landesstraße, die jetzt Bundesstraße geworden ist und der Gaberlstraße, die vorher Bundesstraße war und jetzt Landesstraße wurde, wurde der weitere Ausbau der Gaberlstraße bezweifelt. Ich muß sagen, diese Million wird die Möglichkeit bieten, 10 Kilometer von der Judenburger Seite auszubauen. Bis-

her hat der Baubezirk Judenburg auf der Gaberlstraße Regiearbeiten, die nur so nebenbei untergebracht werden konnten, ausgeführt. Es wurden 600 m staubfrei gemacht. Auf der Köflacher Seite sind 5 km ausgebaut und ich bin überzeugt, daß die Gaberlstraße jene Straße werden wird, wie sie sich die Bevölkerung wünscht. In diesem Zusammenhang ist zu sagen, daß das Gaberlgebiet immer mehr für den Wintersport erschlossen wird. Es ist ein Skilift dort, Parkplätze werden angelegt. Es ist also notwendig, den Ausbau der Gaberlstraße zu betreiben.

Für die Obersteiermark kann berichtet werden, daß der genannte Baubezirk die Staubfreimachung der Ortsdurchfahrten beendet hat. Es ist das auch eine Leistung unseres Baubezirksamtes, dem Dank und Anerkennung gebührt.

Ein weiterer Fortschritt in der letzten Zeit wird die im Zuge befindliche Entschärfung der Bundesstraßen in diesen 3 Bezirken sein, dadurch, daß die Straßenbegrenzungssteine entfernt werden und durch Holzpflocke ersetzt werden. Dies erfordert einen Betrag von 100.000 S. Wenn man aber dem gegenüberstellt, daß in dieser Summe die Arbeitslöhne nicht enthalten sind, sondern nur das Holz, wenn man weiter bedenkt, daß ein einziger Unfall eine Schadenssumme von 100.000 S ausmacht, so ist das mehr als gerechtfertigt. Die Wünsche, die nicht nur von uns, sondern auch von der anderen Seite kommen, sind bestimmt berechtigt, aber nicht auf einmal zu erfüllen.

Gewiß hat jeder Abgeordnete einen Bericht von der Straße über die Turracherhöhe erhalten. Die Turracher Bundesstraße gehört zu den schlechtesten Bundesstraßen, erschließt aber ein Gebiet, das nur vom Fremdenverkehr lebt und wo man keine Industrie hinbringen kann. Es wäre auch schade um dieses Gebiet, wenn man hier eine Industrie ansiedeln wollte, weil es zweckmäßiger ist, den Fremdenverkehr dorthin zu verlagern. Im Einvernehmen mit Kärnten wird daran gearbeitet und der weitere Ausbau betrieben. Ich bitte den Herrn Referenten, daß er beim Bund alles daran setzt, daß diese Straße rascher als bisher behandelt wird.

Ich wünsche, daß die Landesstraße 234, 238 — das ist die Straße, die von Knittelfeld durch die Felder nach Kobenz führt — staubfrei gemacht wird. Es sind insgesamt 73 km. Die Straße St. Wolfgang, die vom Land übernommen wurde und jetzt der Reihe nach entschärft und verbreitert wird, wäre ebenfalls forcierter zu betreiben. Schwierigkeiten sind insofern aufgetreten, als die Straßenbegrenzung mit Steinen versehen ist. Die einzelnen Besitzer in ihrer Engstirnigkeit reißen die Grundsteine aus und werfen sie auf die Seite. Ich möchte daher den zuständigen Referenten bitten, den Gemeinden und dem Baubezirksamt unter die Arme zu greifen und solche Dinge entsprechend zu ahnden. Sonst können wir die Arbeit immer wieder von vorn beginnen, die Vermessungsbeamten müßten immer wieder hinauskommen und die Steine wieder versetzen.

Eine weitere Straße ist die Straße Seebach, Seetal nach Tamsweg zur Landesgrenze und ein Stück ist im oberen Murtal, das zu den schlechtesten Lan-

desstraßen gehört. Der Herr Landeshauptmann hat anlässlich der Schuleröffnung in Krakauschatten diese Straße befahren und gesehen, daß die Gemeindestraße, die davon abzweigt, wesentlich besser ist durch Eigenleistungen der Gemeinde. Aber er wird auch gesehen haben, wie die Verhältnisse in dieser Gemeinde sind und wie schwer sich die Bewohner dort finanziell tun. Seit der Übernahme der Straße Hoheggerwirt—Oberzeiring sind bereits 5 km ausgebaut und weitere 5 km werden bis zum Hochsommer ausgebaut werden. Damit wird das Lachtalgebiet aufgeschlossen sein. Es gibt noch eine Reihe von Wünschen, in Summe 33 km Straßen, die im oberen Murtal noch staubfrei zu machen wären. Wir wissen, daß das im Zuge der Zeit geschehen wird.

Abschließend möchte ich noch allen Beamten danken, und vor allem allen Straßenmeistern und Straßenwärtern, die mit der Aufsicht betraut sind und für die Sicherheit der Straßen sorgen, und die, wenn es Glatteis gibt, keinen Sonntag und keine Nachtruhe kennen und immerfort tätig sind, um das Leben der Mitmenschen auf der Straße zu sichern. (Beifall.)

Abg. **Klobasa**: Hohes Haus! Wenn ich mich auch am Klub der Straßensänger beteilige, dann möchte ich dort anknüpfen, wo im vergangenen Jahr anlässlich der Budgetdebatte Herr Landesrat Priirsch gendert hat. Er hat gesagt, daß die Oststeiermark zu den vergessenen und verlorenen Gebieten des Landes gehört, gerade deshalb, weil der Eindruck erweckt wird, daß bezüglich der Straßen dort wenig geschieht. Daß es nicht so arg ist, davon konnten wir uns überzeugen. Im Bezirk Feldbach ist eine ganze Menge von Projekten in Angriff genommen worden. Nur muß ich feststellen, daß zwar vor Jahren auch einige Straßen staubfrei gemacht worden sind, die aber heute den modernen Erfordernissen des Verkehrs nicht mehr entsprechen. Ich verweise da auf die Straße Nr. 66 südlich von Bad Gleichenberg und auch auf das Straßenstück von Feldbach nach Paldau. Beide sind zwar staubfrei gemacht, liegen in einem ebenen Gebiet, sind weder von Flüssen noch Bergen behindert, aber sehr schmal und kurvenreich. Dort gab es schon viele tödliche Verkehrsunfälle. Auf der Strecke von km 2'50 bis zum km 8 der Straße Feldbach nach Paldau habe ich nicht weniger als 39 Kurven gezählt.

Es ist natürlich schwer, Straßen vollendet zu bauen, denn es hängt ja alles von der Finanzlage ab. Zahlreiche Untersuchungen in verschiedenen Ländern haben ergeben, daß man durch gute Straßen große Einsparungen auf die Dauer erreicht. 1. ist bei guten Straßen der Zeitgewinn ausschlaggebend, 2. verbraucht man weniger Benzin, 3. ist der Fahrzeugverschleiß geringer, ebenso die Reifenabnutzung, und schließlich erzielt man damit eine Herabsetzung der Unfallziffern.

Gegenwärtig sind die Straßen St. Anna am Aigen—Kapfenstein und die Straße von St. Stephan i. R. nach Obergnas im Bau. Es wäre schön, wenn sich auch die Straße von Kirchbach über St. Stephan nach Paldau bei der Staubbefreiung dazugesellen würde. Böse Zungen haben behauptet, daß lei-

der weder in St. Stephan noch in Paldau ein einflußreicher Mann säße. Wenn ich schon bei Paldau bin, dann möchte ich folgendes sagen: Paldau ist ein Fremdenverkehrsort, zwar nicht ein so idealer wie z. B. Gleichenberg oder Riegersburg (die Oststeiermark kommt vor allem für den Ausflugsverkehr in Betracht), der mit den Straßen lebt oder fällt.

Ich möchte nun auf die Grenzbezirke Feldbach—Leibnitz übergehen und ein kleines Straßenstück erwähnen, das bis jetzt weder übernommen noch ausgebaut wurde. Es ist dies das Einzugsgebiet der Süd-West-Strecke Leibnitz—Wien über Graz—Bruck, mit einem Wort die Straße Nr. 67. Wenn das Stück Wolfberg—Kirchbach ausgebaut wäre, wäre das eine Entlastung des Straßenstückes Graz—Bruck—Wien.

Vor einiger Zeit ist in diesem Zusammenhang gesagt worden, daß die Straße über Oberdorf noch nicht ausgebaut sei und daß daher schwere Fahrzeuge dieses kurvenreiche Stück nicht befahren werden können. Das hat sich inzwischen geändert. Es ist nur mehr ein kleines 8 km langes Stück ausbaubedürftig, aber dann wäre hier ein kürzerer Weg von diesem südweststeirischen Gebiet von Kirchbach über Kirchberg—Gleisdorf—Hartberg nach Wien hergestellt. Im Zuge der Erschließung des oststeirischen Grenzlandes für den Fremdenverkehr trat auch im Bezirk Fürstenfeld das Straßenproblem in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Von den Orten Fürstenfeld, Blumau, Burgau ist in letzter Zeit besonders Söchau hervorgetreten. Es hat 800 Einwohner und beherbergt vom Mai bis September durchschnittlich 400 Fremde. (Landesrat Priirsch: „Söchau muß ein Markt werden.“) Die Fremden, die dort zu Besuch sind, möchten nicht an Söchau vorbeifahren, ohne auch die nähere Umgebung kennenzulernen und hier liegt die Riegersburg in der Nähe. Die Straße über Söchau nach Riegersburg ist aber sehr schlecht. Es wäre daher im Sinne des Fremdenverkehrs sicherlich nicht nachteilig, auch diese Straße zu verbessern.

Im Bezirk Weiz möchte ich auf folgende Dinge aufmerksam machen. Die Raabklamm ist eine Sehenswürdigkeit. Viele Ausflügler und Urlauber besuchen dieses Gebiet. Sie müssen mit dem Wagen über den Gollersattel nach Arzberg fahren. Diese Straße ist besonders schlecht. Es besteht Gefahr, daß die besser gefederten Wagen auf dem Boden aufschlagen. In Arzberg parken sie und wandern die Leute zu Fuß in die Raabklamm.

Etwas näher möchte ich noch die Straßenverhältnisse der Landesstraße 20, die von Kirchdorf über Straßegg, Gasen nach Neudorf führt, mit besonderer Berücksichtigung des Gemeindegebietes von Gasen, dem H.H. vor Augen führen. Die Straße Kirchdorf—St. Erhard ist verbreitert und staubfrei gemacht. Zwischen Straßegg und Gasen ist auf einer 4 km langen Strecke ein Höhenunterschied von 348 m zu überwinden. Obwohl Kurven entschärft wurden, ist die Straße für große Fahrzeuge noch immer riskant. Das Straßenstück zwischen Dorf Gasen und Baumgartenhöhe verläuft fast ausschließlich an den Ufern des Gasenbaches. Bei Piregg sind große Steigungen und gefährliche und äußerst enge und unübersichtliche Kurven. Die Breite der Straße

im Bereiche der Strecke St. Erhard—Gasen überschreitet kaum die Fahrbahnbreite von 4 m. Die Ausweichmanöver von großen Wagen gestalten sich außerordentlich schwierig. Im Gemeindebereich von Gasen überquert die Landesstraße nicht weniger als 14 mal den Gasenbach. Die Brücken haben schadhafte Brückenbelag, der ausschließlich aus Holz ist. Die Holzunterstützungen stehen teilweise in der Mitte des Baches. Eine 4 Tonen-Beschränkung weisen manche Brücken ebenfalls auf. Der gegenwärtige Zustand der Straßen ist sehr schlecht. Die Straßenmeisterei Birkfeld bemüht sich, die Schlaglöcher auszubessern, aber der starke Verkehr in diesem Gebiet verursacht die Zurückführung in den alten Zustand.

Am 8., 9., 10. und 11. September 1961, Freitag, Samstag, Sonntag und Montag, hat man eine Verkehrszählung durchgeführt. Am 8. fuhren 223 Fahrzeuge, davon 139 Pkw, am 9. waren es 332, am 10. September 534, davon 223 große Fahrzeuge, und am 11. September 541, davon 63 Lkw und 40 Autobusse. Die Ortsdurchfahrt von Gasen ist staubfrei. Es wäre wünschenswert im Interesse des Fremdenverkehrs, wenn die Staubbefreiung an beiden Ortsenden durchgeführt würde. Es wurden über 6000 Übernachtungen in dieser Gemeinde festgestellt. Es finden nicht alle im Dorf selbst Unterkunft, sondern müssen auch außerhalb wohnen.

Ich möchte auch auf das „Katerloch“ zu sprechen kommen. Die Auffahrt zu dieser wunderbaren Höhle ist leider nicht gut. Die Straße von Weiz nach Haselbach ist schmal, kaum 2,5 m breit. Die Straße ist steinig und der Erforscher und Besitzer der Höhle beklagt sich, daß, wenn Fremde die Höhle besuchen wollen, sie sich bei ihm beschweren, weil die Fahrzeuge durch die Steine beschädigt wurden. Es wäre wünschenswert, diese Straße auszubessern und staubfrei zu machen.

Die Vorhalle des Katerlochs ist ein 40 bis 70 m breiter Raum, der sich 150 m in den Berg hinzieht. Jahrelange Arbeiten seit April 1952 haben zu einem einzigartigen Erfolg geführt. Es ist keine Übertreibung, wenn man sagt, daß diese Höhle zu den schönsten Höhlen überhaupt gehört. Das Kernstück dieser wunderbaren Höhle ist ohne Zweifel die sogenannte „Fantasiehalle“. Sie ist 85 m breit, 15 m hoch und 180 m lang. Sie ist von einem wahren Urwald von Stalagmiten und Tropfsteinen erfüllt. Ein Rundgang in der Höhle erfordert 2 Stunden. Außer einem richtigen Tropfsteinwald in dieser Höhle teilen weiße und farbige Vorhänge und glasklare Kristallsäulen die Höhle in mehrere Abschnitte mit verschiedenem Aussehen. Die Säulen haben einen wundervollen Glockenklang. Sie sind bis 8 m hoch. Die Krönung stellt wohl das „Sesepardies“ dar, in dem sich zauberhafte unterirdische Seen zwischen mächtigen Stalagmiten und Sintersäulen ausbreiten.

Hohes Haus! Wenn ich mit einer Betrachtung der einmaligen Sehenswürdigkeit des Katerloches bei Weiz schließe, möchte ich noch meine Bewunderung für das Ehepaar Hofer aussprechen, welches uns diese Wunderwelt in jahrelanger, mühevoller Arbeit zugänglich gemacht hat. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Stöffler: Die Straße zählt zu den ältesten Bauwerken der Erde. Seit die Kreatur sich zu be-

wegen vermag, hat sie sich den Weg zu eigen gemacht, und als wichtigste Eigenschaft für den Weg hat stets gegolten, daß er möglichst mühelos, sicher und kurz sein soll. Seit der Mensch die Erde bebaut hat, hat er bei der Anlegung der Wege die Kultur geschont.

So sind die Wege und Straßen zur Grenze geworden zwischen fruchtbarem und unfruchtbarem Gebiet. Schließlich sind die Straßen als Grenzen zwischen den Fluren und als Grenzen zwischen den Gemeinden entstanden. Nachdem der Mensch gelernt hat, die größten Hindernisse zu überwinden, nämlich Brücken zu bauen, Berge zu durchbohren, hat sich das Bestreben durchgesetzt, die Straße gerade und kurz zu bauen. Dieses Bestreben ist auch heute noch vorhanden. Es ist der wesentlichste Faktor beim Ausbau von Straßen. Die Brücken aber im Zuge der Straßen sind zum klassischen Beispiel für den architektonischen Gestaltungswillen des Menschen geworden. Grandiose Linien großer Brücken sind Zeugen dafür, wie der Mensch versucht, sich die Erde untertan zu machen. Wenn man unter einer Brücke steht, hat man das Gefühl, daß ein alter Wunsch der Menschheit Gestalt angenommen hat, sich von der Erde zu erheben, zu anderen Ufern zu springen. Solche romantische Betrachtungen können wir, wie es scheint, ohnehin nicht mehr lange anstellen; in dem Ausmaß, als Menschen die Fähigkeit besitzen, sich und die Werke zu zerstören, in diesem Ausmaß wird die Brücke zurücktreten und der Tunnel in den Vordergrund kommen. Aus einem stolze Erheben wird ein ängstliches „sich in die Erde ducken“. Die Straße hat auch sonst noch ihre Romantik. Es wurden Lieder und Gedichte geschrieben.

Bevor ich zum rein Materiellen der Straße komme, erlauben Sie mir die Bemerkung, daß die Straße die Aufgabe hat, die Menschen zueinander zu führen und ihnen zu helfen, einander zu begegnen. Wenn man Menschen voneinander trennen will, sperrt oder vermauert man ihre Straßen oder man zerstört sie. Dies ist Wirklichkeit, wenn man sieht, was heute in Berlin geschieht. Die Straße hat auch zweifellos den Menschen freier gemacht, seit er es verstanden hat, sich diese Wege nutzbar zu machen. Die materielle Wertung der Straße hat zwei Seiten. Die unmittelbar materielle Wirkung beginnt mit ihrer Entstehung, denn ihre Erbauung schafft Arbeit, und zwar angefangen von der Planung bis zu ihrer Vollendung und Erhaltung. Der arbeitsbeschaffende Charakter des Straßenbaues hat sich in der letzten Zeit zwar etwas geändert, denn der Straßenbau ist nicht mehr in allen Ausmaßen so sehr lohnbedingt wie einst. Es besteht ein deutliches Gefälle zum Großbau, denn der Bau großer Straßenprojekte wird heute durch den Einsatz der modernen Maschinen doch schon eine weitgehend kapitalbedingte Angelegenheit. Dieser ganzen wirtschaftlichen Wirkung der Straße folgt aber dann eine viel größere unmittelbare Wirkung durch ihre Benutzung.

Bis zu dem Zeitpunkt, als man Eisenbahnen baute, waren die Straße und der Fluß die alleinigen Träger des Verkehrs. Die Bahnen haben dann weitgehendst den Transport von Menschen und Gütern

übernommen und die Auswirkung davon war, daß sich die Straße auf dem Gebiet der Ausgestaltung nicht weiter entwickelt hat. Ich erinnere mich noch gut an die Zeit, in der ich als kleiner Bub auf jenen Straßenzügen spazieren ging, die heute Asphalt und Betondecken tragen. Damals waren die Straßen verstaubt, verwaht und winkelig und für den Fernverkehr in keiner Weise geeignet. Erst das Kraftfahrzeug hat dann einen völligen Umschwung gebracht. Die Entwicklung der Straße hat aber die Erfordernisse dieser Fahrzeuge nicht im selben Tempo zu befriedigen vermocht, deshalb verursachen uns die Straßen heute vielfach so große Sorgen. Durch das Auto ist die Straße heute zum scharfen Konkurrenten des Schienenstranges geworden.

Heute spielt sich der Verkehr in erster Linie auf der Straße ab. Das geht vor allem aus einer Statistik über die Einreise von Ausländern nach Österreich hervor. Derzeit reisen 80% aller Ausländer auf der Straße nach Österreich ein und zusammengekommen nur 12% per Schiff, Flugzeug oder Bahn. In der Steiermark verlagert sich dieses Verhältnis noch mehr zugunsten der Straße, weil wir keine Schiffsverbindungen haben, unsere Flugverbindungen nicht genügend ausgebaut sind und kein anderes Bundesland so schlechte Bahnverbindungen hat wie wir. Auch im Güterverkehr steht die Straße im Vordergrund. Wir haben in Österreich 6000 km Schienen, 33.000 km Bundes- und Landesstraßen und 50.000 km Gemeindestraßen. Und auch bei der Massenbeförderung von Menschen sticht bereits die Straße hervor. Denn im Jahre 1959 sind in Omnibussen der Post, der Bundesbahn, der Städtischen und privaten Kraftfahrlinien 265 Millionen Menschen befördert worden, während die Bahn im gleichen Zeitraum nur 158 Millionen Menschen befördert hat, das sind also nur mehr 37% Anteil der Bahn an dieser Art der Beförderung. Alle Statistiken zeigen, daß die Bahn zurückgedrängt wurde, denn die 6000 km Bahnstrecken habe heute allein ein Gegenüber von 27.700 km Omnibuslinien. Auf unseren Straßen bewegen sich 70.000 Lastkraftwagen mit 50.000 Anhängern mit rund einer Viertel Million Tonnen. Wir haben hierüber zwar keine Statistik zur Hand, aber wir wissen, daß sich der Güterverkehr nach Österreich seit dem Jahre 1953 auf den Straßen auf das 14fache gesteigert hat. Der Grund für diese Entwicklung liegt darin, daß die Straße rationeller ist als alle anderen Verkehrsträger. Es wäre daher falsch, wenn man das Problem Schiene-Straße so lösen wollte, daß man förmlich künstlich den Straßenverkehr schwierig gestaltet, um der Bahn Vorteile zu bringen. In einer Zeit, wo wir der Integration Europas entgegenstreben, müssen wir uns bereits jetzt bemühen, uns in Zukunft dort zu behaupten und dürfen nicht zulassen, daß die rationellsten Möglichkeiten gestört werden. Wir müssen daher andere Wege suchen, um dieses Problem zu lösen.

Zurückkommend auf die Zahl der Grenzüberschreitungen nach Österreich darf ich noch kurz darauf hinweisen, daß die Straße die Grundlage für den Fremdenverkehr darstellt, besonders in der Steiermark. Der Fremde fährt nicht gern auf einer verkehrsreichen Straße, zumindest nicht bei uns. Er

will sich auch im Urlaub nicht über staubige Straßen mit Schlaglöchern von einem Ort zum anderen plagen und wir werden hier, besonders wegen des Fremdenverkehrs, in Zukunft mehr tun müssen. Im übrigen haben ja schlechte Straßen auch noch andere Auswirkungen. So haben internationale Untersuchungen ergeben, daß mittelmäßige Straßen den Verschleiß und die Betriebskosten für ein Fahrzeug um etwa 15% steigern. Schlechte Straßen verursachen eine Steigerung der Betriebskosten um etwa 30%. Gute Straßen bringen im Gegenteil entsprechende Einsparungen, und man kalkuliert, daß man sich in Österreich allein durch die Verbesserung des Straßennetzes hunderte Millionen Schilling an Volksvermögen ersparen kann. Schlechte Straßen verhindern die Erschließung des Landes, daher ist die Verbesserung der Straßen, besonders für den Süden, von ausschlaggebender Bedeutung.

Nicht unerwähnt möchte ich lassen, daß schlechte Straßen eine arge Belastung für die Menschen bedeuten, die sie benutzen. Bei den Straßenbenutzern angelangt, möchte ich auf die Ziffern der Verkehrsunfälle hinweisen. In Österreich haben sich in den Jahren 1955—1960 über 400.000 Verkehrsunfälle ereignet, wobei rund 366.000 Menschen verletzt wurden, wovon wieder etwa 11.000 getötet worden sind. Die Steiermark hat einen hohen Prozentsatzanteil an diesen Unfällen. Wir haben im Zeitraum von 1955—1960 in der Steiermark 75.627 Verkehrsunfälle zu verzeichnen gehabt. Dabei sind 65.653 verletzt und 2125 Menschen getötet worden. Das heißt, die Steiermark verliert innerhalb eines solchen Zeitraumes durch schlechte Straßen soviel Menschen als z. B. Orte, wie Thörl, Pöfing-Brunn, Mautern oder Selzthal Einwohner haben. Das ist eine traurige Bilanz. Abgesehen von der menschlichen Seite bedeutet das auch einen großen volkswirtschaftlichen Ausfall, dessen Folgen nicht übersehen werden können. Das menschliche Versagen spielt sicher bei all diesen Unfällen eine entscheidende und große Rolle, aber die Gendarmerie hat festgestellt, daß etwa 70% aller Unfälle mittelbar oder unmittelbar auf Straßenmängel zurückzuführen sind.

Aus all diesen Betrachtungen geht hervor, daß die Straße heute den an sie gestellten Anforderungen nicht mehr ausreichend zu entsprechen vermag und daß ihre Benutzung neu geordnet werden muß und damit im Zusammenhang ihr Zustand zu verbessern ist.

Hinsichtlich der Neuordnung auf der Straße wird es sich als vordringlich notwendig erweisen, daß die verschiedenen Straßenbenutzer voneinander getrennt werden; Fußgänger, Radfahrer und Kraftfahrzeuge dürfen nicht mehr gleichzeitig ein und dieselbe Fahrbahn benutzen. Für Fußgänger und Radfahrer müssen besonders in der Nähe größerer Siedlungen eigene Wege angelegt und der ruhende Verkehr muß vom fließenden Verkehr besser getrennt werden.

Ich erlaube mir anzuregen, daß die Haltestellen für Autobusse auf Ausbuchtungen der Straße verlegt und in der Nähe von Ortseingängen Abstellplätze für Lastkraftwagen eingerichtet werden. Diese sollten auch beleuchtet werden.

Die Leistung des Landes auf dem Gebiet des Straßenbaues weist gewaltige Ziffern auf. In den letzten Jahren hat das Land über 997 Millionen Schilling ausgegeben. Das ist heute, wenn man den sinkenden Geldwert berücksichtigt,  $1\frac{1}{4}$  Milliarden Schilling. Der Prozentsatz für die Aufwendungen für den Straßenbau ist in einigen Bundesländern geringer, dafür in anderen wieder höher. 1960 hat die Steiermark 10% ihres gesamten Budgets für die Straßen ausgegeben. Das Burgenland 11%, Salzburg und Niederösterreich 16% und Vorarlberg 18%. Dabei rangiert die Steiermark auch hinsichtlich der Bundesstraßen, was den Aufwand im Jahre 1960 betrifft, nicht günstig. Niederösterreich hat 303 Millionen Schilling, Oberösterreich 228 Millionen Schilling, Tirol 225 Millionen Schilling, dann folgt Steiermark mit 172,9 Millionen Schilling, gefolgt von dem viel kleineren Kärnten mit 135 Millionen Schilling und dem kleinen Salzburg mit 94,6 Millionen Schilling, für Bundesstraßen zur Verfügung gehabt. Das Burgenland hatte mehr als ein Drittel unseres Betrages zur Verfügung, und zwar 62,6 Millionen Schilling.

Wir liegen in dieser Beziehung nicht sehr günstig. Es sind unsere Bundesstraßen zu 85% staubfrei, bei den Landesstraßen haben wir es erst zu 52% gebracht. Die Verhältnisse sind im Land nicht einheitlich. In Bezirken, in denen mehr Bundes- als Landesstraßen verlaufen, sind die Verhältnisse besser, so in Leoben, Bruck und Liezen. Der Bezirk Leoben hat 107 km Bundesstraßen und 32 km Landesstraßen. Feldbach hat 390 km Landesstraßen und nur 46 km Bundesstraßen. Ähnlich ist es in den Bezirken Graz-Umgebung, Leibnitz und Deutschlandsberg. Die Bundesstraßen sind dort nur zu 52% staubfrei. Im Straßenzustand haben wir ein Nord-Süd-Gefälle. Im Norden sind die Straßen infolge des gepflegten Zustandes der Bundesstraßen besser, im Süden sind sie schlechter.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, wenn man die südliche Hälfte des Landes wirtschaftlich beleben will, daß man die erste Voraussetzung hierfür schafft und den Straßenbau forciert. Dieser muß entscheidend gehoben werden. Das ist eine Richtschnur für die künftige Straßenbaupolitik des Landes und die künftige Finanzpolitik.

Ich möchte noch dazu erwähnen, daß als Ergänzung dessen, was wir selbst zu erreichen versuchen müssen, wir auf dem Gebiet des Ausbaues der Bundesstraßen nicht ruhen dürfen und immer wieder fordern müssen, daß die Autobahn, die für den südlichen Teil der Steiermark von lebenswichtiger Bedeutung ist, möglichst durch dieses Gebiet geführt wird. Während im Süden die Gebiete weitläufiger sind und wir dort viele Straßen brauchen, ist im Norden die Dichte größer, verursacht durch die geographische Gestaltung von Tälern, Flüssen und Bergen und größeren menschlichen Ansammlungen. Die Verbesserung der Straßenverhältnisse im Norden ist nicht so sehr am Ausbau der Landesstraßen als an dem der Bundesstraßen gelegen, während die Verbesserung der Landesstraßen im Süden des Landes mehr vom Ausbau dieser Landesstraßen abhängig ist.

Zum Schluß bleibt noch die Frage offen: Wer wird das finanzieren? Straßenbau ist öffentliche

Aufgabe. Es hat daher die öffentliche Hand die Verantwortung dafür, wieweit es möglich sein wird, den Ländern und Gemeinden im Wege des Finanzausgleiches für den Straßenbau mehr Mittel zuzuteilen. Es wäre das eine Frage in den künftigen Verhandlungen um den neuen Finanzausgleich.

Bei dieser Gelegenheit muß auch an die Städte gedacht werden, denn diese stellen Bahnhöfe im Straßennetz dar. Wenn ich auf Graz komme, ist Graz einer der Hauptbahnhöfe im Straßennetz. Wie sieht es nun aus im „Hauptbahnhof Graz“? Man hat Wissenschaftler zu Rate gezogen. Jetzt wissen wir zwar, was wir tun sollen, aber wir wissen nicht, wo wir das Geld hernehmen sollen.

Ich darf nun einiges dazu erwähnen, was gestern über die finanzielle Lage der Stadt Graz gesagt wurde. Wir haben ein Budget von 400 Millionen Schilling bei einem Schuldenstand von 306 Millionen Schilling; die Annuitäten betragen 30,7 Millionen Schilling.

Die echten Einnahmen liegen bei 260 Millionen Schilling. Wir sind bis weit über 10% der echten Einnahmen bei unserem Schuldenstand angestiegen. Warum hat Graz nicht mehr Geld zur Verfügung? Wir leben in einer verbundenen Finanzwirtschaft. Die Steuerhoheit des Landes und der Gemeinde ist weitgehend in den Hintergrund gedrängt. Die Gemeinde ist nicht selbst in der Lage, zu erwirken, daß die Einnahmen steigen. Die Gemeinde kann nur mittelbar durch die Förderung der Wirtschaft in ihrem Gebiet versuchen, die Einnahmen zu erhöhen.

Es wird darauf ankommen, daß man im Wege des Finanzausgleiches den Gemeinden entgegenkommt. Wenn man sich diese Dinge ansieht, muß man feststellen, daß der Städtebund einen entscheidenden Faktor in der Gestaltung des Finanzausgleiches darstellt. Wenn die SPO der Stadt Graz helfen will, soll sie beim Städtebund mehr für sie eintreten. Ich freue mich über die innige Liebe zu dieser Stadt. Wenn Sie ihr helfen wollen, dann gebe ich Ihnen folgenden Rat: Wenden Sie sich an den sozialistisch geführten Städtebund, er möge dafür eintreten, daß sich in Zukunft das krasse Mißverhältnis zwischen Wien und Graz ändert. Wien hat ein Budget von  $6\frac{1}{2}$  Milliarden Schilling und Graz ein Budget von 400 Millionen Schilling. Das heißt, auf den Kopf des Wieners fällt mehr als doppelt soviel Geld als auf den Kopf des Grazers. (Abg. Wurm: „Wien ist ja Land und Gemeinde!“) Wir sind in Graz aber ebenso zu beachten, wie die Wiener, wenn auch Wien Land und Gemeinde gleichzeitig ist. Ich glaube, daß das die Wiener selbst einsehen sollten. Es müßte das in der Steiermark mehr in den Vordergrund gestellt werden. Auch die Begründung, daß Wien höhere Aufgaben habe, weil es Stadt und Land zugleich ist, steht in keinem Verhältnis zur Höhe der Mittel. Wir sind auch Landeshauptstadt und haben dadurch verschiedene Aufgaben zu lösen, vor die eine andere Stadt nicht gestellt wird. Das findet aber im Finanzausgleich keine Berücksichtigung.

Wir bekommen auch in keiner Weise vom Land unmittelbar Unterstützungen, z. B. aus dem Gemeinde-Ausgleichsfonds. Wir haben an Bedarfzuweisungen in den letzten Jahren bekommen: im

Jahre 1958 3,5 Millionen Schilling, im Jahre 1959 3,5 Millionen Schilling, im Jahre 1960 4,5 Millionen Schilling. Wir haben in den Jahren 1959 und 1960 versucht, einen moralischen Druck auf Herrn Landeshauptmann Matzner auszuüben und haben 5 bzw. 8 Millionen gefordert, aber der moralische Druck hat nichts geholfen. Wir haben für das heurige Jahr 4,5 Millionen zugesichert erhalten, 1 Million Schilling sind sie uns noch immer schuldig und das Jahr geht schon zu Ende. Wenn die SPO Graz wirklich helfen will, dann ersuche ich Sie, sich an ihren höchsten Mandatar zu wenden, damit er der Stadt Graz mehr hilft als bisher. Der Hauptteil jener Hilfe, die der Stadt Graz zukommt, wird im übrigen von Regierungsmitgliedern vertreten, die der ÖVP angehören. Wenn ich nur denke an die Kulturförderung. Alles, was mit den Theatern zusammenhängt, die Sportstättenförderung, die Hochschulförderung, die Stipendien usw. oder der Fremdenverkehr, den bisher auch zugunsten der Stadt das Land betrieben hat. (Landesrat Sebastian: „Die Krankenhäuser haben Sie noch vergessen!“) Ich komme schon hin. Auch bei der Gewerbeförderung hat das Land in erster Linie Zuschüsse gegeben. Wenn Sie von den Krankenhäusern reden, dann müssen wir auch von den Verwaltungseinrichtungen reden. Und wenn ich den Zuschußbedarf bei den einzelnen Gruppen herausrechne, so ergibt sich, daß der Zuschußbedarf in der Verwaltung ohne die Bezirkshauptmannschaften für Graz 100 Millionen beträgt, aus der Gruppe 2 — 10 Millionen Schilling, aus der Gruppe 3 — 20 Millionen, aus der Gruppe 5 — 57,6 Millionen, aus der Gruppe 6 — 50 Millionen, allein im Wohnungsbau, so daß ein Verhältnis entsteht von 180 Millionen, die die Regierungsmitglieder der ÖVP zu vertreten haben, zu etwa 160 Millionen Schilling, die die Mitglieder der SPO zu vertreten haben. Wenn Sie der Stadt Graz also helfen wollen — und Beispiele haben Sie dafür —, dann werden wir uns freuen, wenn Sie sie nachahmen. Statt mich mit Zwischenrufen zu bedenken, bitte ich Sie, eine kurze Wendung zu Landeshauptmann Matzner zu machen, denn er wartet geradezu darauf, von Ihnen angefeuert zu werden. (Abg. Bammer: „Sie sind der größte Demagoge in der ÖVP!“) (Unverständliche Zwischenrufe.) Statt Zwischenrufe zu machen, hätte es sich für Sie gelohnt, sich besser vorzubereiten und auch mit Ziffern aufzuwarten über die Unterstützung, die Sie der Stadt Graz zukommen lassen. (Abg. Gruber: „Ihre Ziffern sind ja von der Lotterie!“) Zuerst prüfen, dann schreien! (Landesrat Sebastian: „Sie können doch den Bundes-Wohnungs- und Siedlungsfonds nicht auch dazurechnen und sagen, daß das alles von Ihnen kommt.“) Ich weiß, das trifft Sie hart, darum habe ich es ja auch gesagt. (Landesrat Sebastian: „Daß Sie das alles geben, ist ja ein aufgelegter Unsinn, das sind doch Bundesmittel. Wo sind die 50 Millionen sonst her?“) Aber schauen Sie, wenn Sie die Spitäler erwähnen, kann ich ja auch die anderen Anstalten erwähnen. Ich freue mich aber, daß Sie sich so erregen, vielleicht wird Graz dann besser von Ihnen behandelt und das war der Zweck meiner Ausführungen. (Abg. Bammer: „Der Landeshauptmann war mit seinen Ausführungen gestern ein Waisenknabe gegen Sie!“)

Auf das ganze Land wieder zurückkehrend, darf ich sagen, daß es notwendig ist, im Rahmen des Landesbudgets in Zukunft mehr Geld für den Straßenbau aufzuwenden. Wir reden immer davon, daß Graz und die Steiermark eine verkehrspolitisch schlechte Lage haben und daß wir uns in einer Sackgasse befinden. Die richtige Konsequenz daraus ist, daß wir mehr auch aus eigener Kraft zur Erschließung des Landes tun müssen. Hier gilt das alte Wort: Hilf dir selbst, dann hilft dir Gott. Schließlich muß ich noch mit einer nüchternen Feststellung kommen. Ich erinnere Sie an den Ausspruch: Bessere Straßen bedeuten ein besseres Leben. Daraus ergibt sich zwangsläufig, daß schlechtere Straßen ein schlechteres Leben bedeuten und nach der Erfahrung für viele Menschen auch ein kürzeres Leben. Es gibt wenig Gebiete des öffentlichen Lebens, wo Versäumtes oder ein Zurückbleiben in der Entwicklung solche Folgen haben wie gerade im Straßenbau. Von der wirtschaftlichen Entwicklung bis zur Minderung der Lebensgefahr für die Straßenbenutzer spannt sich ein weiter Bogen von unwiderlegbarer Notwendigkeit. Er zielt auf einen verstärkten Straßenbau und es zielt darauf, daß das Land in Hinkunft relativ mehr ausgibt für den Straßenbau als das bisher der Fall war. (Lebhafter Beifall bei ÖVP.)

**Präsident:** Hoher Landtag! Ich bringe Ihnen meine Empfehlung, nicht länger als 30 Minuten zu sprechen — wobei ich die Berichterstatter ausnehmen kann — in Erinnerung. Wenn das Hohe Haus damit einverstanden ist, daß wir es so halten, dann bitte ich, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Einstimmig angenommen.

Das Wort hat Herr Abg. Hans Brandl.

Abg. Hans Brandl! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Ich werde mich an diese Empfehlung halten und meine Straßenwünsche für die nördliche Steiermark ganz kurz vortragen. Ein Sorgenkind für das obere Mürztal ist die Landesstraße 290, von Mürzzuschlag über Prein nach Njederalpl. Diese wird wiederholt Anlaß zu Interventionen beim Landesbauamt. Sie ist kurvenreich und hohlwegartig und führt nahe an den Häusern vorbei. Es besteht direkte Lebensgefahr für die Kraftfahrer wie auch für die Bewohner und Fußgänger dieses Ortes. Bei Schönwetter herrscht große Staubplage und bei Schlechtwetter ist infolge der schweren Holztransporte diese Straße in einem schlechten Zustand. Aus der Aufgliederung der Bauvorhaben für die Landesstraßen konnte ich nicht entnehmen, daß für 1962 etwas vorgesehen ist. Meine Bitte an den zuständigen Referenten wäre daher, schon 1962, wenn es möglich wäre, mit dem Ausbau dieser Landesstraße zu beginnen; wenn dies aber aus finanziellen Gründen nicht möglich ist, möchte ich von dem für uns Abgeordnete eingeräumten Recht Gebrauch machen und diesen Wunsch für 1963 anmelden.

Die Gemeinden Großveitsch und Turnau bemühen sich seit 10 Jahren um die Übernahme der Straße über den Predilsattel. Unsere Fraktion hat bereits dreimal in diesem Landtag beantragt, diese Straße als Landesstraße zu übernehmen. Ich weiß,

daß zuerst der Bund 500 km Straße übernehmen müßte, damit das Land weiterhin in die Lage versetzt würde, weitere Strecken als Landesstraße zu übernehmen. Meine Bitte geht dahin, ob es nicht möglich wäre, wegen der großen Frequenz und der starken Belastung dieser Straße, die auch im Landesinteresse benützt wird und die Gemeinde finanziell stark belastet, für diese Straße eine Ausnahme zu machen und sie als Landesstraße zu übernehmen.

Zur Mariazeller Bundesstraße darf ich mit Genugtuung feststellen, daß mit der Trassenführung und dem Ausbau in sehr großzügiger Weise, vor allem an der Südrampe des Seeberges, vorangeschritten wurde und sich diese in einem erfreulichen Zustand befindet.

Die Frage Seeberg-Nordrampe ist offen, und ich frage den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Udier, ob damit zu rechnen ist, daß in absehbarer Zeit auch dieser Teil des Seeberges ausgebaut wird. Weiters geht meine Frage dahin, ob bei der Projektierung Vorsorge getroffen worden ist, daß die Allee zwischen Brandhof und Golrath, die unter Naturschutz steht, beim Ausbau dieser Straße berücksichtigt und geschont werden kann. (Beifall.)

**Abg. Karl Lackner:** Hoher Landtag! Zu den Straßenwünschen möchte ich noch kurz einen Wunsch anschließen. Es wurde die Turracher Straße im Jahre 1949 vom Bund übernommen, sie war bei den 1000 km, die der Bund jährlich übernimmt. In den 12 Jahren wurden auf der Nordseite nur Brücken und auch die nicht alle gebaut. Auf der Kärntner Seite wird der Ausbau der Straße mit hohen Kosten in Angriff genommen und es ist notwendig, daß von unserer Seite das gleiche geschieht. Turrach ist ein bekannter Wintersportort, der immer mehr internationalen Charakter bekommt. Ich glaube nicht, extra betonen zu müssen, daß Wintersportorte mit Abstand Devisenbringer sind. Es ist eine Verpflichtung, daß man solche Devisenbringer nicht nur erhält, sondern auch weiter erschließt.

Zu der Gruppe 6 gehören nicht nur das Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen, sondern auch der Wasserbau, die Flußregulierung, die Wildbachverbauung. Dieser Abschnitt ist genauso wichtig wie der Bau der Straßen und Wohnhäuser. Es wird diesem Sektor zu wenig Beachtung geschenkt. Hier werden die Mittel immer gekürzt. Die Wildbäche müssen entsprechend verbaut werden, damit wir nicht durch Hochwasser große Schäden erleiden und Straßen und Wohnhäuser zerstört oder gefährdet werden. **Abg. Stöffler** hat treffend den Straßenbau mit den ersten siedelnden Menschen in Verbindung gebracht. Es ist beim Wasser nicht anders. Der Wasser- oder Flußbau ist keine Einrichtung der Neuzeit, sondern, soweit die Geschichte der Kulturvölker zurückreicht, sind die Menschen gezwungen, sich mit den lebenswichtigen, wohltätigen aber auch zerstörenden Elementen des Wassers auseinanderzusetzen. Im Gebirge sind die reißenden Wildbäche zu zähmen und in den Tälern wertvolle Kulturlächen vor der vernichtenden Gewalt des Hochwassers zu schützen. Gewaltige Regulierungen wurden im Laufe der Zeit vollbracht.

An Nil, Rhein und Elbe, aber insbesondere in USA, die über gewaltige Flächen verfügen, wurden

großangelegte Regulierungen durchgeführt. Das größte Projekt aller Zeiten ist das Tennessee-Projekt in USA. Es erstreckt sich über ein Gebiet von über 7 Staaten der USA und ist dreimal so groß wie Österreich. Wo früher armselige Baumwollfelder waren, sind fruchtbare Felder entstanden mit Bauernhäusern, Fabriken und modernen Siedlungen. Durch dieses Projekt wurden 70.000 ha Land gewonnen. Dadurch ist das Volkseinkommen in Gesamtamerika gewaltig gestiegen. Ich spreche deshalb darüber, um aufzuzeigen, wie Länder, die über viel mehr Raum verfügen als wir, alles daran setzen, um ihr Land und die Lebensverhältnisse der Menschen zu verbessern.

In der Steiermark ist viel geschehen. Die Mur wurde weitgehend reguliert. Die Raab ist in Bau und an der Kainach, Sulm und Laßnitz wird gearbeitet. Es sind aber noch große Aufgaben zu bewältigen, vor allem im Bereiche der Enns samt Nebengewässern. Im Vorjahre wurde das seltene Fest der 100jährigen Ennsregulierung gefeiert. Vom Jahre 1860 bis 1927 wurde durch 39 Durchstiche der Ennslauf von Haus bis zum Gesäuseeingang so geregelt, daß erst mit der Nutzbarmachung und Erschließung des Ennstales begonnen werden konnte. Die Abwanderung der Bevölkerung konnte dadurch gestoppt werden. Vorher war ein Leben dort nicht möglich. Heute ist die wirtschaftliche und auch die industrielle Entwicklung einzigartig. Die Regulierung ist noch nicht abgeschlossen. Erhaltungsarbeiten wurden in den letzten 3 Jahrzehnten durchgeführt. Durch den Einsatz des Herrn Landeshauptmannes war es möglich, daß wesentliche Bundesmittel zur Verfügung gestellt wurden und die Enns nun weiter in vollem Schwung ausgebaut wird. Es darf nicht übersehen werden, daß mit der Regulierung nicht nur die Hochwassergefahr wesentlich gebannt wird, sondern daß damit die Voraussetzung für ein richtiges Funktionieren der Meliorationen geschaffen wird, weil dann erst das richtige Funktionieren der Vorfluter gegeben ist.

Ich möchte allen Arbeitern des Wasserbaues für die Arbeit, die sie mit geringen Mitteln geleistet haben, herzlich danken. Gleichzeitig möchte ich die Bitte an unseren Herrn Landesfinanzreferenten richten, daß die Mittel, die im Haushalt für die Sanierung vorgesehen sind, nicht gekürzt werden wie bisher, sondern dafür Sorge zu tragen, daß noch einige Millionen Schilling mehr gegeben werden können. Wenn wir den Mut haben, für kulturelle Zwecke viele Millionen Schilling auszugeben, dann müssen wir es umso mehr für die Erhaltung unseres Kulturlandes tun, das uns ernährt und unsere Heimat ist. Auch hier müßten wir also einige Millionen Schilling mehr vorsehen. Der Mensch muß die Schätze der Natur erschließen und ihre Kräfte beherrschen. Der Flußbau vergewaltigt nicht die Natur, sondern ist einer der Hauptträger des Kulturlandes. Ohne ihn gibt es keine Gesundung der Landwirtschaft, die Natur wird vernachlässigt und verwildert und die Menschen werden schließlich und endlich aus Kultur und Zivilisation vertrieben. (Beifall.)

**Abg. Neumann:** Hohes Haus! Ich habe die Freude, die auch schon bei meinem Vorredner durchge-

klungen ist, festzustellen, daß sich die Mittel für die Erhaltung der Straßen und den Straßenausbau jährlich erhöhen und heuer den nennenswerten Betrag von 162 Millionen Schilling erreichten. Gleichzeitig ist bei allen Straßenrednern auch die Tatsache durchgeklungen, daß sich noch mehr als die Erhöhung der Mittel der Straßenverkehr erhöht. Das findet seinen Ausdruck darin, daß im Jahre 1960 in der Steiermark 15.097 neue Kraftfahrzeuge angemeldet wurden, womit der Stand der Fahrzeuge in der Steiermark die Höhe von 131.000 erreicht hat. Auch im Jahre 1961 wurden bis zum 1. Oktober bereits wieder 12.200 neue Fahrzeuge angemeldet. Es ist also schon wieder eine Steigerung von 9% bei den Neuanschaffungen zu verzeichnen. So erfreulich die Tatsache des Ansteigens der Anzahl der Fahrzeuge ist, weil dies ein Spiegelbild unserer wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung ist, die das Leben lebenswerter macht, so gilt gerade hier das Sprichwort, daß jedes Licht auch seinen Schatten wirft. Eine Parallele dazu finden wir im Wohnungsbau. Trotz der vielen Wohnungen, die in der Nachkriegszeit neu gebaut wurden, ist die Wohnungsnot nicht kleiner geworden und trotz der vielen Straßen, die neu gebaut wurden, sind die Probleme auf den Straßen ebenfalls nicht kleiner geworden. Der Unterschied zwischen Wohnungssektor und Straßensektor mag vielleicht daran liegen, daß es in Österreich trotz der Wohnungsnot immer noch leere Wohnungen gibt — nach Mitteilungen der „Neuen Zeit“ sollen es in der Stadt Knittelfeld allein 20 sein —, hingegen gibt es keine neuen Straßen, die nicht benützt werden. Von allen Rednern ist zum Ausdruck gebracht worden, daß die Belastung der Landesstraßen auf alle Gebiete und auf alle Teile der Steiermark sich gleichmäßig verteilt. Man könnte vielleicht der Wohnungsnot teilweise durch die Änderung des Gesetzes entgegenwirken, während es für den Straßenbau, wie vor 100 Jahren, so auch heute, nur den einen Grundsatz gibt, „weiterbauen“.

Als Mandatar der Weststeiermark möchte ich anerkennend hervorheben, daß auf den weststeirischen Straßen emsig gebaut wurde. Herr Stadtrat Stöffler hat jedoch erwähnt, daß beim Straßenbau deutlich ein Gefälle von Nord nach Süd bemerkbar ist. Das merkt man natürlich auch irgendwie beim Straßenausbau in unserem Bezirke, so daß der Zustand der Straßen schlechthin auch unsere Sorge ist. Es wurde auch in diesem Hohen Haus schon oft über die Sorgen des Bezirkes Voitsberg gesprochen, daß die wirtschaftliche Kraft dieses Bezirkes durch das Abflauen der Konjunktur am Kohlensektor sehr gefährdet ist. Es ist daher unser selbstverständlicher Wunsch, Industrien dorthinzubringen und andererseits unsere schöne Heimat in der Weststeiermark dem Fremdenverkehr zu erschließen. Dazu bedarf es jedoch vor allen Dingen guter Straßen.

Ich möchte daher die Landesregierung und auch unseren Herrn Landeshauptmannstellvertreter Udier bitten, auch in Zukunft dem Ausbau der Landesstraßen in diesem Bezirk größtes Augenmerk zuzuwenden. Das Hohe Haus bitte ich, wie schon vor zwei Jahren, mit mir einen kurzen geistigen Rundgang über die weststeirischen Straßen mit ihren Problemen zu tun. Ich möchte im Telegrammstil be-

ginnen mit der Landesstraße, die von Söding aus den Fremdenverkehrsort Geistthal erschließt und auch die kürzeste Verbindung mit der Obersteiermark darstellt. Anerkennend hervorheben möchte ich, daß diese Straße schon einschließlich der Ortschaften Stallhofen und Aichegg asphaltiert wurde und ich hoffe, daß von den 4 Millionen Schilling im ao. Haushalt, die für den Neubau von Straßen vorgesehen sind, mindestens die Hälfte für den weiteren Ausbau dieser Straße verwendet werden. Die Straße von Stallhofen nach Lobming, die in ihrer Weiterführung nach Voitsberg führt, wurde von der Sozialistischen Partei des Bezirkes als Schandstraße bezeichnet. Ich möchte mich als örtlicher Mandatar von diesem Ausdruck distanzieren, und zwar deshalb, weil es auch in sozialistischen Gemeinden Straßen gibt, die sich in einem noch viel schlechteren Zustand befinden als die Straße von Lobming nach Stallhofen. Es wäre mir aber trotzdem nie eingefallen, diese Straßen als Schandstraße zu bezeichnen, weil es solche in Österreich, Gott sei Dank, überhaupt nicht gibt, das gilt nur für die Verhältnisse jenseits des Eisernen Vorhangs. So ist eine solche abfällige Bemerkung geradezu eine Beleidigung am Aufbauwillen und Fleiße Österreichs und unserer steirischen Heimat. Trotzdem möchte ich mich zum Ausbau dieser Straße voll und ganz bekennen. Diese Straße wird vor allem von den Pendlern, die nach Voitsberg oder anderswo arbeiten fahren, stark benützt und ich möchte daher das Referat bitten, diese Straße in das Ausbauprogramm des Jahres 1962/63 aufzunehmen.

Über die Gaberl-Landesstraße hat der Herr Kollege Vinzenz Lackner schon ausführlich gesprochen und ich kann seine Ausführungen nur unterstreichen. Der Herr Abgeordnete hat aber in diesem Zusammenhang mich zitiert und erwähnt, daß ich anlässlich der Übernahme dieser Straße durch das Land an den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Udier die Frage gestellt hätte, ob diese Straße überhaupt noch weitergebaut wird. Ich bitte, das Protokoll nachzulesen. Ich habe nämlich nie daran gezweifelt und habe auch kein schlechtes Vertrauen. Aber ich habe aus den Ausführungen des Herrn Kollegen Lackner den Eindruck gewonnen, daß auch er ein großes Vertrauen zu unserem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Udier besitzt und ich glaube, daß das wirklich erfreulich und eine Anerkennung für die bisherigen Leistungen auf dem Straßensektor ist. Dazu möchte ich noch erwähnen, daß diese Gaberl-Straße für uns die wichtigste Einmündung aus dem Westen ist und für die Wirtschaft unseres Bezirkes und ganz besonders für den Fremdenverkehr wichtig ist.

Noch nicht gesprochen wurde in diesem Hause über eine Straße, die in unserem Bezirk eine beachtliche Bedeutung hat, die Straße, die bei Gaisfeld von der Bundesstraße abzweigt, in den Teigitschgraben führt, von dort weiter über St. Martin zur Hirzmannsperre und bei der Ortschaft Edelschrott in die Packer Bundesstraße mündet. Dieser Straßenzug wird von den Grazern schon sehr stark als Abkürzung zur Hirzmannsperre benützt und es hat die angrenzende Bevölkerung des Teigitschgrabens unter der Staubplage sehr zu leiden. Ich

möchte bitten, daß die bereits bestehende Landesstraße, die in Gaisfeld beginnt und ungefähr 4 km lang ist, zunächst staubfrei gemacht wird und daß der zweite Teil dieser Straße von Großwöllmiß, St. Martin—Hirzmannsperre nach Edelschrott doch endlich in die große Schar der Landesstraßen Aufnahme findet.

Im Ligister Gebiet hat die Staubfreimachung der Straße von Ligist-Ort nach Unterwald im Vorjahr durch das Land Steiermark sehr große Befriedigung ausgelöst.

Den Ausführungen des Kollegen Koch möchte ich mich anschließen und die Übernahme der Hochstraße durch das Land dringend urgieren. Über die Bedeutung der Straße brauche ich nicht mehr sprechen, nachdem es Abgeordneter Koch bereits getan hat.

Ich bin am Ende meines geistigen Spazierganges durch die Weststeiermark. Ich möchte noch ersuchen, daß jene Straßen, die in den nächsten Jahren noch nicht für die Asphaltierung vorgesehen sind, in den Sommermonaten mit Lauge bespritzt werden, damit man die Bevölkerung von der Staubplage befreit.

Lassen Sie mich noch eines sagen. Durch den Ausbau der Landesstraßen werden wir im Bezirk Voitsberg wirtschaftlich viel gewinnen. Wir werden infolge der verkehrsgünstigen Lage des Bezirkes nicht alle unsere wirtschaftlichen Probleme zur Gänze lösen können. Stadtrat Stöffler hat vom Bau der Autobahn gesprochen. Ich möchte bitten, wenn in den nächsten Jahren — und ich hoffe, daß das bald der Fall ist — mit dem Ausbau der Autobahn Süd begonnen wird, daß das Teilstück Graz—Weststeiermark vorzeitig in Angriff genommen wird. Wir würden mit einem Schläge aus unserer verkehrsgünstigen Lage herausgerissen werden und damit eine wichtige Voraussetzung bei der Schaffung von Ersatzindustrien im Bezirke und bei der Förderung des Fremdenverkehrs schaffen.

Nun bin ich mit meinen Ausführungen zu Ende. Ich möchte für die bisherigen Leistungen auf dem Straßenbausektor herzlich danken und bitten, dem zukünftigen Ausbau unserer Straßen in Weststeiermark seitens der Landesregierung das größte Augenmerk zuzuwenden.

Ich danke dem Hohen Haus recht herzlich für die aufmerksame Begleitung durch die Straßenprobleme der Weststeiermark. (Beifall.)

**Abg. Hegenbarth:** Hoher Landtag! Die Gruppe 6 umfaßt die Wohnbauförderung und das Verkehrswesen des Landes. Gestatten Sie mir, daß ich zum Kapitel Wohnbauförderung etwas sage. Seit Jahrzehnten kämpfen wir in Österreich mit dem Fehlbestand an Wohnungen. Dieser wurde verschärft durch die Kriegsschäden und dadurch, daß der durchschnittliche Österreicher von der Art und dem Umfang einer familiengerechten Wohnung heute eine andere Vorstellung hat als noch seine Eltern sie hatten. Aus einer Statistik, die von der Stadtgemeinde Wien herausgegeben wurde, geht hervor, daß vor 1918 über die Hälfte der Wiener Familien eine Wohnung hatten mit nicht mehr als 30 m<sup>2</sup>.

Die Wohnbauförderung ist seit eh und je ein Lieblingsthema der Landtagsdebatte und Lieblings-

aufgabe des Steiermärkischen Landtages. Hunderte von Millionen sind für die Wohnbauförderung verwendet worden. Es ist bisher nicht gelungen, diesem Zeitübel „Wohnungsmangel“ wirklich entscheidend zu Leibe zu rücken. Man könnte lange darüber diskutieren und das ist auch geschehen. Es gibt nur die eine Möglichkeit, in Zukunft soviel als möglich zu bauen und den Bauwilligen jede mögliche Unterstützung angedeihen zu lassen. Wenn es auch die angenehmste Art der Wohnversorgung ist, wenn eine Gemeinde baut, in die der Gemeindebürger nur einzuziehen braucht und die Wohnung selbstverständlich zu einem nicht kostendeckenden Mietzins an den Gemeindebürger weitergegeben wird, so haben wir gesehen, daß man damit nicht zu Rande kommt. Es hat sich gezeigt, daß es ohne Interesse des einzelnen Eigenheimbauers einfach nicht geht. Auf diesem Gebiet gilt es, noch viele Möglichkeiten auszuschöpfen. Ich will nicht empfehlen, daß man in Zukunft im Grazer Stadtzentrum Eigenheime bauen soll. Es wäre auch wegen der hohen Baugrundkosten ausgeschlossen. Ich könnte mir vorstellen, daß man die Eigenheimwohnbauförderung draußen, vor allem auf dem Lande, verstärkt. Die Statistik sagt, daß in Österreich 26% aller Wohnungseinheiten in Form von Eigenheimen errichtet werden, in England hat man 44%, in Holland, wo auf einen Quadratkilometer 244 Menschen kommen, hat man 55% Eigenheime.

Man komme mir nicht mit der Ausrede, daß keine Bauplätze vorhanden sind oder diese übertrieben teuer sind. Sicher werden hie und da Liebhaberpreise gezahlt. Ein Grazer Geschäftsmann hat für eine schöne Kuppe mit herrlichster Aussicht 100.000 S geboten. Für den Kleinbauer war das ein Totzölzler, er hat noch nie soviel Geld gesehen. Soll er da nicht ja sagen?! Solche Gustostückerl sind immer teurer als die durchschnittliche Qualität. Am Stadtrand sind noch genug Bauplätze in bester Verkehrslage mit 20, 25, 28 S pro m<sup>2</sup>, sogar in der Nähe des Obus gelegen, mit Grundpreisen, die durchaus erschwinglich sind. Die öffentliche Hand könnte beitragen, um Überhitzungen der Grundpreise entgegenzutreten.

Die Stadtgemeinde verfügt über gewaltige Flächen vollkommen baureifen Grundes. Ich bin gerne bereit, Sie zu führen in die Gegend zwischen Kapellenwirt und Packerstraße und Graz-Köflacherbahn. Es ist dort ein ideales Baugelände. Die Stadt gibt den Grund nicht her, weil sie dort große Projekte für die Zukunft plant. Das wäre der ideale Baugrund, wenn die Stadtgemeinde sich entschließen könnte, diesen Grund herzugeben. Man könnte so gegen eine Überhitzung der Baugrundpreise in diesem Gebiet wirksam auftreten. Einer Überhöhung der Baugrundpreise in dieser Gegend wäre sehr gut vorgebeugt dadurch, daß man einer irgendwie auftretenden Knappheit nicht mit Bewirtschaftung entgegentritt, sondern von der betreffenden Ware eben mehr auf den Markt bringt. Das drückt den Preis auf ein tragbares Niveau. Die Stadtgemeinde Graz produziert auf diesem Grund Gras und Heu. Ich freue mich einerseits darüber, daß die Straßgänger billiges Futter für ihre Kühe und Kälber bekommen, aber es kann doch nicht, meine Damen und Herren, zu

den kommunalpolitischen Aufgaben der zweitgrößten Stadt Österreichs gehören, dort Gras zu produzieren. Bei allerernstester Auffassung meines Berufsstandes bin ich der Auffassung, daß die Stadtgemeinde für höhere Aufgaben da ist und diese Grundstücke endlich für Verbauungen freigeben müßte. Ich bin fest überzeugt, daß sich sofort Interessenten finden würden und somit auch eine Überhitzung der Bauplatzpreise in dieser Gegend entgegengetreten werden könnte. Auch von seiten der Bauernschaft wird man einsehen, daß diesem echten Mangel an Baugrund durch die Verbauung dieser Grundstücke Rechnung getragen wird. Ich habe voriges Jahr im Auftrag der Landesregierung die ehrenvolle Aufgabe gehabt, nach Leoben zu fahren. Auch dort gibt es einen echten Mangel an Baugrund. Leoben ist eine Stadt, die sich rasch entwickelt, sie liegt an einer engen Stelle des Murtales und kann sich eigentlich nur gegen Niklasdorf oder St. Michael hin ausdehnen. Die Stadtgemeinde Leoben hat in der Katastralgemeinde Prettsch gegen St. Michael hin einen kompletten Bauernhof gekauft, um Baugrund zu gewinnen. Die bäuerlichen Funktionäre haben dagegen Stellung genommen und gesagt, das könne man nicht verantworten. Die Landesgrundverkehrscommission hat aber trotzdem diesem Begehren der Stadtgemeinde Leoben im Berufungswege stattgegeben, auch ich habe dafür gestimmt, weil die Wohnraumversorgung von 100 Menschen noch wichtiger, noch bedeutungsvoller ist als die Erhaltung eines einzelnen Bauernhofes.

Hohes Haus, man kann damit wesentlich die Bauwirtschaft entlasten. Bei der großen Eigenheimbautagung in Pörschach hat man sehr interessante Ziffern hören können über den Bedarf an Facharbeiterstunden beim Bau eines Hochhauses, eines zweigeschossigen Hauses und eines Eigenheimes. Beim Eigenheimbau wurden relativ am wenigsten Facharbeiterstunden benötigt, weil diese Eigenheimsiedler zum Großteil selbst mitarbeiten. Jeder hat irgendwelche Verwandte und Bekannte — es gibt ja Gott sei Dank die Fünftagewoche —, die ihm beim Bau mithelfen. (Zwischenruf: „Wurm ist da bestens informiert!“) Auf jeden Fall wird der Eigenheimsiedler immer irgendeine Möglichkeit finden, sich irgendwo ein paar tausend Ziegel zu beschaffen und jemanden, der ihm hilft, sein Haus zu bauen. Enderfolg ist die Deckung des Wohnraumbedarfes für mindestens 1 Familie, was das Entscheidende dabei ist.

Der Herr Abg. Bammer hat voriges Jahr bei der Budgetdebatte darauf hingewiesen bzw. behauptet, daß die Gemeinden, wahrscheinlich meinte er vor allem die sozialistischen, viel sozialer seien in der Deckung des Wohnraumbedarfes als die Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaften. Er hat auch einige Beispiele angeführt, aus denen hervorgehen sollte, daß die Gemeinden die Wohnungen hauptsächlich an Kinderreiche vergeben, während die Genossenschaften das angeblich nicht tun. Rein rechnerisch mag das ja vielleicht stimmen, aber wie sieht das in Wirklichkeit aus? Wenn z. B. ein Gemeindefacharbeiter gebaut wird und es kommen die Bewerber zu irgendeinem Bürgermeister oder einem

Gemeinderat welcher Partei immer, so kann der natürlich schwer nein sagen, wenn eine kinderreiche Familie als Bewerber auftritt und es muß dann ein anderer zurückstehen. Das mag in diesen Fällen absolut gut und richtig sein. Bei den Wohnbaugenossenschaften ist es diesbezüglich rein organisatorisch etwas anderes. Es gibt da eine außerordentlich große Zahl von jungen Leuten, die offiziell oder nicht offiziell verlobt sind und heiraten wollen. Die wollen nicht erst angewiesen sein auf das Wohlwollen der Schwiegermutter oder irgendwo in einem Dachzimmer warten oder überhaupt mit der Eheschließung warten, bis sie eine Wohnung bekommen. Sie kaufen sich daher bei einer Genossenschaft eine Eigentumswohnung. Sie haben natürlich zu diesem Zeitpunkt noch keine Kinder, außer sie hätten das sechste Gebot übertreten. Dementsprechend ist daher der Prozentsatz an Kindern bei den Genossenschaften geringer und es entsteht der unrichtige Eindruck, als wollten die Genossenschaften die Kinderarmen fördern.

Hohes Haus! Es haben schon mehrere Vorredner zum Kapitel Verkehrssicherheit Stellung genommen. Es hieß daher Wasser in die Mur tragen, wollte ich noch mit weiteren Ziffern aufwarten. Aber mit etwas möchte ich aufwarten, nämlich mit dem praktischen Ergebnis der Entschärfung eines gefährlichen Straßenstückes. Schon der Herr Abg. Stöffler und auch ein sozialistischer Mandatar haben gesagt, daß die Entflechtung des Verkehrs eine große Zukunftsaufgabe der Verkehrspolitik sein wird, weil ja viele Unfälle dadurch hervorgerufen werden, daß die Straßenbenützer die verschiedensten Geschwindigkeiten haben, vom Kriegsversehrten oder alten Mann angefangen, die mit 3 km pro Stunde sich fortbewegen bis zu einem modernen Auto, das mit 80 und mehr Kilometern diese Straße befährt. Deshalb ertönt auch seit Jahren von allen Straßenbauern und Verkehrsfachleuten der Ruf nach Fußgänger- und Radfahrwegen und es herrscht die Devise: „Weg mit diesen Verkehrsteilnehmern von der Fahrbahn!“ Damit ist schon ein wesentlicher Unfallfaktor vorweggenommen und ausgeschaltet. Wir haben z. B. auf der Packerstraße südlich von Straßgang bis Seiersberg eine klassische Strecke dafür. Bis zum Jahre 1957 war das die klassische Unfallstrecke. Hätte man für jeden Verkehrstoten dort ein Marterl hingestellt, könnte man gar keine Häuser mehr sehen vor lauter Marterln und Bildstöcken. Allein aus dem Ort Pirka sind dort innerhalb von 2 Jahren 4 Schulkinder ums Leben gekommen. Ersparen Sie mir die Schilderung, wie die Gefühle einer Mutter sind, wenn ein Gendarm mit der blutbeschmierten Schultasche kommt und sagt: „Ihr Kind hat einen Unfall erlitten, es liegt schon im Totenkammerl.“ Das haben wir aber in Pirka schon viermal erlebt. Ich habe es dann bei einer sehr energischen Auseinandersetzung durchgesetzt, daß man wenigstens eine bescheidene Sicherheitsmaßnahme durchführt. Man hat an der nicht asphaltierten linken Straßenseite der Packerstraße durch zwei Dutzend Holzpflocke ein Stück der Straße abgetrennt und dadurch einen kleinen Sicherheitsstreifen geschaffen für die Fußgänger. Im Februar kommenden Jahres sind es 4 Jahre her

und es zeigt sich nunmehr jetzt schon das Ergebnis, daß in diesen 4 Jahren kein einziger Mensch mehr auf dieser Straße den Tod gefunden hat. Gerechnet nach der Häufigkeit der Unfälle vor 1958 hätten wir sonst an diesem Straßenstück in diesen 4 Jahren mindestens 10 oder mehr Tote gehabt. Man sieht, daß man schon mit verhältnismäßig einfachen Mitteln sehr Entscheidendes leisten kann. Wir haben mit großer Freude zur Kenntnis genommen, daß die zuständigen Straßenbaufachleute des Landes solche Radfahrwege und Fußwege einkalkulieren. Es sind bereits 13 km gebaut worden. Weitere 7 km sind in Bau bzw. fertiggeplant. Bei 3000 km Landesstraße ist es natürlich ein bescheidener Anfang. Wir werden in Zukunft auf solche improvisierte Hilfsmaßnahmen angewiesen sein. Uns muß alles gut und recht sein, was dem Menschen seine Gesundheit und sein Leben schont.

Wenn man auf Grund der Statistik in Form sehr dicker Bände der Unfallhäufigkeit auf den Straßen nachgeht, kommt man zu einem merkwürdigen Ergebnis: Fast alle Mitglieder des Hohen Hauses sind Kraftfahrer. Jeder von Ihnen ist in einer Fahrschule gesessen und hat die wohlgemeinten Ermahnungen des Fahrlehrers angehört. Wir haben gehört, daß als besonders kritische Zeit im Kraftfahrbetrieb die Monate November bis März angesehen werden. Es ist das eine besonders gefährliche Zeit; die Straßen sind naß, schmierig oder vereist. In dieser Zeit neigen die Scheiben des Autos zur Eisbildung. Es herrscht Nebel, sehr früh bricht die Dunkelheit ein. Nun sollte man annehmen auf Grund dieser besonders gefährlichen Fahrumstände im Winter, daß im Winterhalbjahr die meisten Verkehrsunfälle sind. Die Statistik sagt das Gegenteil. Im Monat November gibt es nicht einmal ein Drittel soviel Straßenunfälle als im Monat Mai. Wir müssen annehmen, daß es andere Ursachen gibt als die schlechten Straßenverhältnisse. Mag sein, daß im Monat Mai auch andere Leute, insbesondere an Sonntagen, auf den Straßen fahren. Das mag alles sein. Ich bin der Meinung, daß noch andere Ursachen da sind. Das Sommerhalbjahr ist das warme Halbjahr, das durstige Halbjahr und vielleicht mag bis zu einem gewissen Grad die Stillung des Durstes mit nicht alkoholfreien Getränken beteiligt sein. Es ist diesbezüglich ein Resolutionsantrag eingebracht worden, daß zur Entflechtung des Verkehrs Fußgängerstreifen geschaffen werden.

Ich habe noch zwei Bitten und Anregungen. Wir haben vor einigen Tagen gehört, daß die Packerstraße verbreitert werden soll. Ich möchte für dieses Gebiet von Webling bis Tobelbad die Anregung machen, daß man statt für dieses Stück, dessen Sanierung und Verbreiterung nach Angaben der Straßenbaufachleute etwa 14 Millionen Schilling kosten soll, diesen Betrag verwenden sollte für eine Umfahrsstraße für Straßgang. Vor der Bahnübersetzung von Webling könnte man nach links abzweigen, dann auf der linken Seite entlang der Graz-Köflacherbahn, wo viel unverbautes Gebiet ist und Gemeindewege. Man könnte um diesen Verkehrshexenkessel Straßgang herumkommen und

südlich Seiersberg in die alte Packerstraße einbiegen. Man würde nicht nur den überspitzten Verkehr durch Straßgang auflockern, man würde die Webling Bahzübersetzung voll entschärfen. Wer nicht in Straßgang zu tun hat, könnte auf der Umfahrung bleiben, die südlich von Pirka die Bahnlinie unterfährt oder über sie hinweggeführt wird.

Eine weitere Anregung! Wir haben schon einen Resolutionsantrag gestellt bezüglich des Ausbaues einer Gleinalmstraße von Graz nach Knittelfeld. Wenn es gelingen würde, diese letzte Kuppe zwischen der bereits hergestellten, wunderbar ausgebauten Aufschließungsstraße, die bis knapp an das Gleinalmhaus führt, mit Serpentina hängen und drüber zu überwinden, wäre eine wunderbare Verbindung zwischen Peggau und Knittelfeld hergestellt, die den Vorteil hat, daß sie um 35 km kürzer ist als die heute benützte Strecke. Ich habe im Verein mit einigen Freunden eine erste Durchfahrung dieser Strecke unternommen. Wir sind mit einem geländegängigen Fahrzeug gefahren. Es ist tadellos gegangen, ohne Unfall, und wir haben bei der Erkundung des Geländes gesehen, daß es bei den heutigen Hilfsmitteln der Technik zweifellos möglich ist, diese Straße in absehbarer Zeit zu bauen. Die Straßenbauingenieure glauben, daß sie 20 Millionen Schilling kosten wird. Hohes Haus, wir haben schon oft 20 Millionen für etwas hergegeben, für ein kleines Krankenhaus z. B. So könnten wir auch 20 Millionen dafür verwenden, daß der Verkehr Peggau—Bruck—Knittelfeld aufgelockert wird durch die Erschließung einer Zufahrtsstraße nach Obersteiermark. Diese würde den Verkehr entschärfen, die Zahl der Unfälle vermindern. Es besteht dann weniger Grund, Krankenhäuser zu bauen und zu erweitern. Ich hoffe, daß meine wohlgemeinten Worte nicht auf steinigem Boden gefallen sind und schließe meine Ausführungen. (Allgemein sehr lebhafter Beifall.)

Abg. **Prenner:** Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Verkehr auf unseren Straßen verdichtet sich von Jahr zu Jahr. Es ist erfreulich, daß sich der Voranschlag für das Jahr 1962, Gruppe 6, Abschnitt 63, auf 163 Millionen Schilling, das sind gegenüber dem Vorjahr um 23.800.000 S mehr, erhöht hat. Viele Wünsche bleiben noch offen. Im Bezirk Hartberg z. B. weist die Wechselbundesstraße auf einer Länge von 44 km eine Verengung bis 4'90 m Breite auf, was an solchen Stellen zu Verkehrsstockungen führt. Infolge der Verengung kann sich der Verkehr nicht flüssig gestalten. Bei Begegnung von zwei Lastkraftwagen muß einer stehen bleiben. Durch die Verengung ereignen sich oft Unfälle, welche sonst nicht so stark auftreten würden. Außerdem muß ich feststellen, daß die Wechselbundesstraße von Wien nach Graz wesentlich an Kilometern kürzer ist als die Semmeringstraße.

In bezug auf die Landesstraßen ist es erfreulich, daß man höhere Mittel im Jahr 1962 dotiert hat. Da die Motorisierung auf sämtlichen Straßen sprunghaft zugenommen hat, versteht man, daß große Wünsche offenbleiben müssen.

Ich möchte einige wichtige Bauvorhaben in unserem oststeirischen Gebiet herausheben, welche dringlichen und wirklichen Bedürfnissen entsprechen. Es wäre der Ausbau der Alplstraße. Dazu möchte ich bemerken, daß eine wesentliche Verkürzung von der Oststeiermark in das Mürztal hergestellt würde, außerdem die Aufschließung eines weiteren Gebietes der Oststeiermark für den Fremdenverkehr.

Als zweites ist dann die Umfahrung von Pöllau zu erwähnen. Da Pöllau als Perle der Oststeiermark bezeichnet wird, ist die Zufahrt von Hartberg her und die Durchfahrt von Pöllau in ihrem derzeitigen Zustand untragbar.

Man könnte in diesem Zusammenhang noch viele Straßen nennen, die heute nur teilweise angeführt wurden. Aber, Hoher Landtag, sehr dringend erscheint mir wohl auch die Übernahme von Gemeindestraßen durch das Land. Ich möchte daher anfragen, inwieweit man daran denkt, den Gemeinden, welche heute durch ihr übergroßes Wegebnetz schwer belastet sind, zu helfen. (Beifall.)

**Abg. Schlager:** Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren! Über die Straßensorgen der Bezirke Murau, Judenburg und Knittelfeld hat schon mein Kollege Vinzenz Lackner gesprochen. Ich möchte diese Ausführungen nur insoweit ergänzen, als sie das Katschtal betreffen und daran erinnern, daß voriges Jahr die Straße bis St. Peter am Kammersberg hergerichtet und staubfrei gemacht wurde. Ich glaube, daß es dieser Staubbefreiung zu verdanken ist, daß die Übernachtungszahl der Fremden in diesem Gebiet wesentlich gestiegen ist. Meines Erachtens wäre es auch notwendig und möglich, die Straße nach Feistritz, Schöder, Murau, St. Peter am Kammersberg bis Bösendorf staubfrei zu machen, ohne daß dafür wesentliche Mittel notwendig wären. Damit wäre dieses schöne Gebiet aufgeschlossen. Und glauben Sie mir: Jeder Besucher, der das Katschtal betritt, ist überwältigt von der Schönheit seiner Umgebung.

Ich gestatte mir nun, noch eine kleine Anregung zur Hebung des Fremdenverkehrs zu machen. Wir alle sind interessiert, daß der Fremdenverkehr gehoben wird und es wäre sehr sinnvoll, wenn man z. B. einmal die Portiers der großen Wiener Hotels zu einer Rundfahrt durch die Steiermark einladen würde. Diese haben ja mit vielen Fremden zu tun und könnten diesen die Schönheiten der Steiermark entsprechend anpreisen.

Wenn die Kollegen ein Loblied oder auch ein Klage lied auf die Straßen angestimmt haben, dann höre ich im Geiste immer das Wasser rauschen, und zwar einmal im angenehmen Sinn, wenn es gebändigt in die E-Werke fließt, dort Strom erzeugt und dieser Strom in die Wirtschaft geht, damit diese blüht und gedeiht. Aber ich höre dieses Wasser zum andernmal auch unangenehm rauschen, wenn es herunterfließt von den Bergen und alles mit sich reißt und im Tal unten Not und Schrecken verbreitet. Gerade deshalb möchte ich auf die Wildbachverbauung hinweisen. Im Raume von St. Peter am Kammersberg gibt es ein Wildwasser, das die große Sorge der dortigen Bewohner darstellt. Es ist schon

sehr viel geschehen, um dieses Wasser zu bändigen, aber der Endausbau konnte noch immer nicht durchgeführt werden und die Menschen leben daher in großer Sorge, eines Tages könnte das Wasser kommen und Not und Schrecken verbreiten. Ich bitte daher von dieser Stelle aus den Herrn Referenten, uns mitzuteilen, welche Planungen auf diesem Gebiet für die nächste Zeit vorgesehen sind. (Beifall.)

**Abg. Lafer:** Hohes Haus! Mehrere der heutigen Vorredner haben sich mit den Straßenverhältnissen des oststeirischen Gebietes, vor allem mit dem Süden des Bezirkes Feldbach beschäftigt. Dazu hätte ich noch einige Ergänzungen zu bringen. Neben dem notwendigen Straßenbau des Bezirkes Feldbach sind noch etwa 20 Brücken vorhanden, darunter 2 Raab-Brücken, die einer völligen Neuherstellung bedürfen. Es sind als Überbleibsel des letzten Weltkrieges sogar noch zwei Notbrücken dort. Ich möchte von dieser Stelle aus dem Herrn Referenten der Straßenverwaltung, Herrn Landeshauptmannstellvertreter Udier, herzlich danken für seine bisherigen Aufwendungen für unseren Bezirk. Ich darf es aber trotzdem nicht verabsäumen, zu erwähnen, daß Feldbach, glaube ich, noch am weitesten zurückliegt in der Staubbefreiung seiner Straßen. Von allen Straßen sind erst etwa  $\frac{1}{9}$  der Bundesstraßen und 37% der Landesstraßen bisher staubfrei gemacht worden. Der Herr Kollege Prenner hat von der Übernahme von Gemeindestraßen durch das Land gesprochen. Feldbach ist der zweitärmste Bezirk unseres Landes nach der Kopfquotensteuer und liegt gleich hinter Radkersburg. Feldbach, mit seinem fast rein bäuerlichen Charakter hat eine Menge Gemeinden, die nicht in der Lage sind, Straßen zu erhalten, die heute durch den großen öffentlichen Verkehr eine Frequenz aufweisen, die oft über der der Landesstraßen liegt. Daher möchte ich hier den zuständigen Referenten bitten und auffordern, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, daß die Steiermark nicht wie bisher bezüglich der Übernahme von Straßen in die Bundeshoheit so stiefmütterlich behandelt wird. Vor einigen Jahren wurde eine Anzahl von Landesstraßen vom Bund übernommen, wobei Steiermark praktisch leer ausgegangen ist.

Ich möchte hier noch auf einiges hinweisen. Gerade in Feldbach als Grenzbezirk wäre es wichtig, einige Gemeindestraßen vom Land zu übernehmen. Der Ort Glojach im Bezirk Kirchbach hat eine längere Strecke von Gemeindestraßen, die zwar seit dem heurigen Jahr staubfrei gemacht sind, aber eine derartige Belastung der Gemeinde darstellen, daß diese fast alle Einnahmen zur Erhaltung dieser Straßen verwenden muß. Dann haben wir den Ort Unterlamm an der Eisenstädter Bundesstraße. Ferner eine Gemeindestraße in Weinberg und ein Straßenstück von Kohlberg nach Paldau. Das größere Stück ist schon Landesstraße, aber ein kleines Stück ist noch Gemeindestraße, wird aber gleich wie die Landesstraße von allen Fahrzeugen befahren. Vor 2 Jahren habe ich einen Antrag auf Übernahme der Gemeindestraße, die von der Eisenstädter Bundesstraße über Petersdorf—Gutendorf nach Kapfenstein führt, eingebracht. Auch diese wäre vordringlich als

Landesstraße zu übernehmen. Weiters hat Kollege Klobasa vergessen oder bewußt vergessen anzuführen, daß auch die Transitstraße in Gossendorf, die eine Entlastung der Gleichenberger Bundesstraße mit sich bringt, ins Landesstraßenverzeichnis zu übernehmen wäre. In Gossendorf herrscht ein großer Transitverkehr, es wurde dort eine Straße gebaut und diese wäre nun vordringlich als Landesstraße zu übernehmen.

Als weiteres möchte ich noch folgendes hier anbringen: Die Ablöseverhandlungen bei Straßenausbauten und Neubauten sollten nach meiner Ansicht wohl vor Baubeginn durchgeführt werden. Das möchte ich dringend empfehlen. Ich bin mir im klaren, daß diese Techniker fieberhaft an den Projekten arbeiten. Ich konnte feststellen, daß zu wenig Leute hier sind und deshalb eine Verzögerung dieser Ablöseverhandlungen eintritt. Es wird zunächst darauf losgebaut, die Ablöseverhandlungen werden erst später durchgeführt, und dies hat dann nicht selten Schwierigkeiten zur Folge.

Ein weiteres zur Straßensperre! Vor einigen Tagen bekam ich von der Molkereigenossenschaft Feldbach eine Strafanzeige wegen Straßensperre, Gewichtsbeschränkung einer Straße. Solange die Straße durch den Bezirk Feldbach führt, ist sie mit 13 Tonnen beschränkt und mit gleicher Beschaffenheit im Bezirk Fürstenfeld nur mehr mit 10 Tonnen, und daher erfolgte eine Bestrafung wegen Aufladung von über 10 Tonnen. Es ist natürlich erklärlich, daß eine größere Belastung für Gemeindestraßen bedenklich ist. Diese Straße wäre möglichst rasch in die Obhut des Landes zu übernehmen. Weiters auch der Ausbau einer Straße, die von Hatzen-dorf über Stang nach Riegersburg führt. Eine Straße, die für den Fremdenverkehr wichtig ist, da man von dieser Seite den Ort Riegersburg besuchen könnte und möchte. Der Ausbau der Straße Paltau, St. Stefan i. R. ist ebenfalls sehr wichtig. Eine Straße von Feldbach über Oedt, Meierdorf nach Straden bzw. Gnas ist verhältnismäßig breit, hat aber fast gar keinen Grund. Der Ausbau dieser Straße wäre vordringlich. Wir könnten vom Abgeordneten Vinzenz Lackner erfahren, daß in seinem Bezirk sämtliche Ortsdurchfahrten staubfrei seien. Wir befinden uns nicht in dieser glücklichen Lage. Ich möchte den Referenten bitten, vielleicht ist es möglich, daß in den kommenden Jahren die restlichen Ortsdurchfahrten staubfrei gemacht werden.

Ich darf von dieser Stelle aus noch auf etwas hinweisen und vielleicht die Anregung geben, ob es nicht möglich wäre, daß bei sämtlichen Straßen, die im Nebelgebiet liegen, diese sogenannten Zebra-streifen durchlaufend an der Straße zu führen sind. Sie bilden für den Fahrer bei Nebel die einzige Orientierungsmöglichkeit. Die Randsteine mit den beleuchteten Augen sind nicht ausreichend, um richtig vorwärts zu kommen. Vielleicht wäre es möglich, die Frage zu prüfen und die Anregung aufzugreifen.

Bzüglich der Rändsteine zeigt sich durchwegs das gleiche Bild auf allen Straßen, daß sich die Randsteine gegenüber stehen. Vielleicht wäre es möglich, die Randsteine nicht gegenüber, sondern in Dreieckform aufzustellen. Man würde sich beim

Ausweichen leichter tun. Ansonsten besteht die Gefahr, daß man sich hier zusammengedrückt fühlt.

Des weiteren möchte ich über die Autobahn Gleisdorf—Graz um Aufklärung bitten!

Zum Wohnungsbau! Wir müssen am Land feststellen, daß kleinbäuerliche Betriebe sehr oft in sehr katastrophalen Wohnverhältnissen leben. Darum möchte ich bitten, überall dort, wo sich die Landwirte nicht aus dem Wald Einnahmen holen können, auch hier in verstärktem Ausmaß Wohnbaurdarlehen an Kleinlandwirte zu vergeben. Es ist dies in letzter Zeit geschehen, aber nicht in dem Ausmaß, wie die Wohnungsnot es erfordert. Bei manchen kleinbäuerlichen Betrieben ist oft nur ein Wohnraum vorhanden. Diese Mittel mögen daher in erhöhtem Maße diesen Leuten zugewendet werden.

Nun noch zur Polizei! Die Straßenpolizei sehen wir, wenn wir ehrlich sind, als unsere Helfer auf allen Straßen an; wengleich da und dort Übergriffe vorkommen, so darf ich diesen treuen Helfern, die den Straßenverkehr regeln und mitwirken, daß Unfälle vermieden werden, von dieser Stelle aus doch unseren Dank aussprechen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Bammer**: Hohes Haus! Wir haben in diesem Jahre im Hohen Haus zweimal uns sehr ausführlich über Probleme des Wohnungsbaus unterhalten. Ich glaube, dies ist Ursache, daß heute mehr über Straßen und weniger über Wohnungen gesprochen wurde. Ich glaube nicht, daß der Zug zum Auto größer ist als zur Wohnung, wie das Verhältnis in der Debatte dargestellt wurde. Zwei Herren der OVP haben mich daran gehindert, zu schweigen.

Ich möchte nicht auf die eigenartige Ziffernkombination eingehen, die Herr Stadtrat Stöffler als Leistung des Landes zum Wohle der Stadt Graz konstruiert hat. Sie ist geradezu willkürlich und entbehrt jeder tatsächlichen Grundlage. Es kann jeder feststellen, daß sich am Horizont eine Wahl heranbewegt und da werden nun krumm oder gerade Behauptungen aufgestellt, die nicht beweisbar sind. Im Stadtrat ist ein wesentlich anderes Klima als im Landtag. Stadtrat Stöffler hat behauptet, daß das Land außerordentlich große freiwillige Leistungen für die Stadt Graz auf dem Gebiet des Wohnungsbaus vollbringt. Das Wohnbauförderungs-gesetz 1954 sieht zwingend vor, daß 40% der Mittel, die im Budget enthalten sind, die sich aus zwei Drittel Bundesanteil und ein Drittel Landesanteil ergeben, für die Stadt Graz aufgewendet werden, weil der Wohnungsfehlbestand hier rund 40% beträgt. Hier liegt eine echte Verpflichtung des Landes vor. 66 2/3% der Mittel kommen vom Bund. Zusätzlich wurden auch Mittel aus dem Bundes-Wohnungs- und Siedlungsfonds als Landesmittel reklamiert. Das zeigt, daß die Ziffern willkürlich zusammengesogen sind.

Abgeordneter Hegenbarth hat vorgeschlagen, die Gemeinde Graz sollte aus ihrem Grundbesitz Baugelände verkaufen, damit man Siedlern die Möglichkeit gibt, das heiße Klima am Bausektor etwas zu mildern und durch die Errichtung von Eigenheim-

bauten zusätzliche Wohnbauten zu schaffen. Das ist schwer, Herr Abgeordneter Hegenbarth! Wenn Wohnungssuchende nicht in der Lage sind; bei den Genossenschaften sich durch Leistung von Baukostenbeiträgen eine Wohnung zu erwerben, dann muß die Stadt Graz Wohnungen bauen und das auf einem ihr gehörigen Grund. Wenn sie Baugründe, die sie glücklicherweise erworben hat, abverkauft, so wird sie zu dem Zeitpunkt, wo sie die Mittel zum Wohnungsbau bekommt, die Gründe um das 20- bis 30fache kaufen müssen.

Wie man es auch in der Stadt Graz macht, ist es scheinbar falsch. Und wenn Sie es noch wagen würden, die brachliegenden oder ungenutzten Wiesenflächen den Landwirten nicht zum Abmähen zur Verfügung zu stellen, hieße es gleich, daß wir für die Landwirtschaft kein Verständnis hätten. Es ist jedenfalls schwer, es allen recht zu tun und wenn man sich noch dazu vor den nächsten Wahlen befindet, werden die verschiedenen Handlungen noch demagogischer beurteilt. (Zwischenruf: „Von wem denn?“) Ich habe schon gehört, von wem.

Nun noch einige Fragen des Wohnbauproblems überhaupt. Wir haben uns im Finanzausschuß ausgiebig darüber unterhalten, was geschehen kann, um zu verhindern, daß bei den Eigentumswohnungen Interessenten eine zweite oder dritte Wohnung erwerben können, wenn sie die Mittel dazu haben, um diese für sich selbst freizuhalten oder an andere Untermieter zu vermieten. Ich darf feststellen, daß erfreulicherweise Wohnbauexpertenkommissionen auf der Bundesebene von den Koalitionsparteien eingesetzt wurden, die sich schon in nächster Zeit zusammensetzen sollen, um eine Novelle zum bestehenden Wohnhauswiederaufbaugesetz zu beraten, die verhindern soll, daß solche unliebsame Tendenzen weiter um sich greifen, eine Novelle, die Bestimmungen enthält, die ein Hamstern von Eigentumswohnungen unmöglich machen soll. Hoffen wir, daß die Wohnbaufachleute auf Bundesebene zu einem baldigen Ergebnis kommen, dann wird es auch dem Lande bzw. dem Landes-Wohn- und Siedlungsamt nicht schwer fallen, solche wirkungsvolle Entschließungen auch für unser Land Steiermark in Kraft zu setzen.

Aus den Ziffern des Landes- und Bundesbudgets geht hervor — das wurde heute schon wiederholt festgestellt —, daß wesentlich mehr Mittel für den Wohnbaufonds in beiden Voranschlägen bereitgestellt sind als bisher. Erfreulicherweise darf ich auch feststellen, daß sich das Finanzierungsverhältnis beim Bundeswohnungs- und Siedlungsfonds geändert hat, und zwar durch die Einführung der Annuitätzuschüsse, wodurch eine möglichst gleiche Finanzierung aus beiden Fonds erreicht wird. Wir hören auch, daß ungerechtfertigte Mietzinsdifferenzen in immer geringerem Ausmaße vorkommen. Zusätzlich möchte ich sagen, daß mir bekannt ist, daß sich der Bundes-Wohnungs- und Siedlungsfonds mit einer Aktion zur Förderung des Industriebauwesens beschäftigt. Hoffen wir, daß diese Aktion dazu führt, daß unser gemeinsames Bestreben dadurch zu einem wirklichen Erfolg kommt. (Lebhafter Beifall bei SPO.)

**3. Präsident Dr. Stephan:** Hohes Haus! Es zeigt sich, daß es manchmal im Interesse der Kürze einer Sitzung ist, wenn man mit der Wortmeldung wartet, denn es werden dann eine Menge Dinge schon von anderen behandelt, so daß man sich selbst auf das beschränken kann, was übrig bleibt. Ich bin den verschiedenen Kollegen dankbar, daß Sie mich der Mühe enthoben haben, auf Dinge einzugehen, die ich mir im Konzept vorgemerkt habe, so z. B. auf das Eintreten für die Autobahn in der Steiermark, das Eintreten für die Grenzlandstraßen sowie für die Straßen im Bezirk Feldbach, Fehring, Radkersburg oder für die neutrale Straße oder die Sother- oder Gaberlstraße. Hier wäre nur anzumerken, daß ich dasselbe vorbringen wollte und ich danke denen, die sich dessen bereits angenommen haben.

Zu besonderem Dank bin ich dem Kollegen Klobasa verpflichtet, der sich hier der engeren Heimat angenommen hat. Er hat der regen Klage Ausdruck verliehen, daß in St. Stephan und Paldau offensichtlich nicht die nötigen Politiker sitzen, um die dortigen Straßenzüge in einen entsprechenden Zustand zu versetzen. Er wollte wohl den Namen des dortigen Ortes, der dort politisch besser besetzt ist, nicht nennen, wie ich annehme. Ich kann es mir ersparen, auf die von ihm in Erinnerung gerufenen Straßenzüge näher einzugehen, weil ich mir vorstelle, daß der zuständige politische Referent es zur Kenntnis genommen und dementsprechend zu handeln die Absicht hat. Im übrigen ist die Besetzung von höheren Politikern in einzelnen Gegenden gerade deswegen von geringerer Bedeutung, da dort häufig an diesen Brennpunkten die Bau- und Bürgermeister — z. B. von Fehring, Gleichenberg und St. Stephan i. Rosental — darauf dringen, auch ohne politische Grundlagen die nötige Untermauerung zu geben und auch die entsprechenden Beziehungen zum Referat haben.

Ich muß noch einmal zurückkommen auf den Flächennutzungs- und Verbauplan, den ich schon bei der Gruppe 0 besprochen habe. Ich komme deshalb darauf zurück, weil der Herr Stadtrat Stöffler von der Geldbeschaffung für Graz gesprochen hat. Die Erstellung eines Flächennutzungs- und Verbauplanes für Graz wird erst die Ansiedlung von Industrie- und Gewerbesteuerträgern ermöglichen, die dann viel zur finanziellen Besserstellung der Landeshauptstadt beitragen würden, wenn der Herr Stadtrat Stöffler auch gesagt hat, erst unmittelbar. Außerdem wäre es wünschenswert, wenn die schon seit meiner Landesratszeit in Ausarbeitung befindliche Bauordnung doch einmal so bearbeitet werden würde, daß man hoffen könnte, daß die Steiermark endlich die so notwendige neue Bauordnung erhält.

An Kleinigkeiten hätten wir, was die Straßen betrifft, aus eigener Erfahrung und Anschauung zu bemerken, daß von den Bezirksbauämtern bei der Abgrenzung der Landesstraßen gegenüber den privaten Besitzern etwas zu autoritär und souverän vorgegangen wird. Es geht nicht an, daß ein Grundbesitzer beim Betreten seines Grundstückes über einen Begrenzungsstein stolpert, den er nicht gesetzt hat und der auch nicht in seiner Anwesenheit gesetzt

wurde. Ich stehe auf dem vielleicht veralteten Standpunkt, daß jede Begrenzungsmarkierung von beiden Grundbesitzern zu setzen ist und nicht von einer Seite willkürlich irgendwie eine Begrenzung gesetzt werden kann, selbst dann, wenn sie sich auf dem Punkt befände, wo sie hingehört. Es ist strittig und nicht ganz zu begreifen, warum die Landesstraßen in der letzten Zeit alle um einige Meter breiter geworden sind und dann diese Markierungen mit den uns zugänglichen Mappen nicht übereinstimmen.

Ich habe noch folgendes zu bemerken: Der Vordröner hat schon damit geschlossen und auch ich will damit schließen: Es wurde vor einiger Zeit ein Wohnbauprogramm hier angekündigt. Wie wir jetzt erfahren, ist man auf 1/29 dieser Summe zurückgegangen, weil das Finanz-Ministerium mitgeteilt hat, daß die Kredite nicht aufzubringen seien, daß auch eine Auslandsanleihe nicht aufzubringen sei usw. In diesem Zusammenhang muß ich sagen, einem Referenten der Steiermärkischen Landesregierung wird man es zumuten können, daß er über die Kredit- und Finanzlage soweit informiert ist, daß er nicht mit 290 Millionen-Schilling-Wünschen aufwartet, wenn dann nur 10 Millionen zu erreichen sind. (Zustimmung bei FPÖ).

Abgeordneter **Dr. Rainer**: Hohes Haus! Als der Herr Kollege Stadtrat Stöffler mit den Zahlen über die Zuwendungen der Stadtgemeinde Graz aufwartete, waren Beschimpfungen und Zwischenrufe; vor allem des Kollegen Bammer, die Antwort. Beschimpfungen hier im Hohen Hause sind nichts besonderes neues und nichts besonderes aufregendes, da wir alle unter dem Schutz der Immunität stehen. Ein Zwischenruf nach mehr Sachlichkeit hat erwarten lassen, daß der Kollege Bammer sagen wird, die Zahlen des Kollegen Stöffler stimmen nicht. Das war nicht der Fall. Kollege Bammer hat lediglich behauptet, die Zahlen sind falsch. Wenn wir uns sachlich unterhalten wollen, dann müssen wir uns über die Zahlen unterhalten und feststellen, wo ist es Irrtum oder wo ist es Absicht gewesen, daß von einer Seite falsche Zahlen genannt wurden. Das wäre eine sachliche und richtige Debatte. Abgeordneter Bammer hat darauf hingewiesen, daß Gemeinderatswahlen in Graz vor der Türe sind und daß hier vielleicht der Grund und Anlaß liegt. (Abg. B a m m e r: „Da brauchen Sie keinen Sherlock Holmes dazu!“)

Nun noch zur Wohnbauförderung im allgemeinen. Im heurigen Jahr wurde sehr viel über das Problem der Wohnbauförderung gesprochen. Es ist nur noch notwendig, eine kurze Zusammenfassung zu geben. 1951 bis 1961 wurden in Österreich genauso viele Wohnungen gebaut, als 1951 der Wohnungsfehlbestand ausgemacht hat und trotzdem fehlen heute noch immer 200.000 oder 250.000 Wohnungen. Begründet ist diese Erscheinung damit, daß die Menschen eine größere und bessere Wohnung wollen. Es besteht eine qualitative Wohnungsnot. Meine Damen und Herren, verbunden ist diese Wohnungsnot auch mit unserer Mietengesetzgebung. Als Kaiser Karl 1917 die Verordnung über den Mieterschutz unterschrieben hat, hat weder er noch sonst jemand in der k. k. Monarchie gedacht, daß ein Weltreich zerbrechen wird und die Republik entsteht, ein Zwi-

schenregime kommt, dann eine Diktatur und schließlich eine zweite Republik, und diese Verordnung noch immer Gültigkeit hat.

Wenn wir daher in Österreich die Frage der Wohnungsnot endgültig lösen wollen, dann müssen wir auch die Frage des Mietenproblems in Österreich mitlösen. Es gibt heute in Österreich bereits sehr viele Menschen, die nicht mehr im Genuß des Mieterschutzes stehen und so viele Menschen, die auch unter dem Mieterschutz ausgenützt werden. Die SPO wird sich in absehbarer Zeit dazu entschließen müssen, einer Regelung zuzustimmen.

Einen zweiten Betrachtungspunkt möchte ich noch geben, und zwar was mit den Mitteln, die das Land in den letzten Jahren ausgeworfen hat, geschehen ist. Wenn Sie durch die Steiermark fahren, werden Sie feststellen, daß das Land ein neues Gesicht bekommen hat. Überall haben sich Arbeiter und Angestellte ein Eigenheim gebaut. Zur Zeit sind es über 11.000. Diese bekamen durch die Landesregierung, durch das Landes-Wohnungs- und Siedlungsamt unter Landesrat Pirrsch Darlehen von 50.000 S im Durchschnitt und mit diesen haben sie sich Eigenheime gebaut. Bei dem Bau von Wohnhäusern erfolgt eine Förderung bis zu 120.000 S. Hier sind zwei verschiedene Wege, die uns immer wieder in Wohnungsfragen die Entscheidung auferlegen, ob wir mit den vorhandenen Mitteln möglichst viele Wohnungen bauen wollen oder aber weniger Wohnungen und damit dem einzelnen gewisse Sorgen abnehmen und seine Privatinitiative nicht so in Anspruch nehmen, wie in anderen Fällen. Was machen die Leute mit 50.000 S Beihilfe? Sie bauen sich Häuser um 250.000 S. Sie sparen, arbeiten, schuften und verzichten auf alle anderen Genüsse, die uns das Leben sonst zu bieten hat. Wir bannen die Wohnungsnot schneller, wenn wir diesen Weg weiter beschreiten, wenn wir versuchen, möglichst viele Wohnungen zu bauen und möglichst auch das Kapital und die Arbeitskraft des einzelnen in Anspruch zu nehmen, um die Wohnungsnot in unserer Heimat zu mildern. Ich glaube, durch alle neuen Gesetze und Wohnungsanforderungsgesetze wird nicht eine einzige Wohnung mehr gebaut. Wir werden nur dann mehr Wohnungen haben, wenn wir mehr bauen.

Es gibt Leute, die sagen, daß die Baukonjunktur überhitzt ist und daß das Baugewerbe nicht in der Lage ist, mehr Wohnungen zu bauen. Das stimmt nicht für uns in der Steiermark. Ich bin in der Lage, Ihnen einige Baumeister zu nennen, die dankbar wären, wenn sie Wohnungsbauten bekämen. Eine Überhitzung für die Steiermark ist nicht gegeben. Vielleicht wird es uns hier gelingen, eine regelmäßige Verteilung auf das Jahr zu erreichen und so einzelne Konjunkturspitzen, die nur in einem Teil des Jahres vorhanden sind und sich nur auf einige Monate erstrecken, abzubrechen.

Es muß unser Bemühen sein, das Wohnungssonderprogramm der Steiermark, mit welchem wir den anderen Bundesländern ein Beispiel geben, durchzusetzen. Die Aufbringung der Mittel ist noch fraglich und mit großen Schwierigkeiten verbunden. Auch das wird sich im Laufe des nächsten Jahres lösen lassen.

Ich glaube, eines festgestellt zu haben, daß sich alle hier vertretenen Parteien bemühen, einen Weg zu finden, um viele Wohnungen zu bauen. Hoffen wir, daß dieses gemeinsame Streben seinen Erfolg zeitigt und daß wir in absehbarer Zeit für die Steiermark die Wohnungsnot behoben haben werden. (Beifall.)

Landesrat **Prirsch**: Hohes Haus! Lassen Sie mich zuerst als Vertreter meines Gebietes einige Worte sagen. Ich möchte feststellen, daß die Straßenvünsche, die vor allem hinsichtlich der Oststeiermark geäußert wurden, von Rechts und Links, daß die Wünsche alle ihre echte Berechtigung haben. Ich muß sagen, wer alles will, erreicht nicht alles oder will nichts. Ich werde mich deshalb mit meinen Wünschen an den zuständigen Referenten, den Landeshauptmannstellvertreter Dipl. Ing. Udier, wie gewohnt auf das Mindestmaß beschränken. (Heiterkeit!)

Es ist ja manches geschehen auch in der Oststeiermark. Es bleibt aber noch vieles zu tun und Kollege Lafer hat Recht, wenn er sagt, daß gerade diese ländlichen Bezirke infolge der Mechanisierung schwer darauf warten, daß auch ihre Straßen eine feste Decke erhalten. Ich möchte alle diese Anliegen, darunter das Straßenstück Söchau—Großwölfersdorf, dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter ganz besonders ans Herz legen. Es ist ja auch etwas vorgesehen im Voranschlag.

Zum Flußbau muß gesagt werden, daß in der Oststeiermark einige Vorhaben, von denen man schon vor 50 bis 100 Jahren gesprochen hat, nun doch endlich in Angriff genommen wurden. In allen verfloßenen Regimen hat es immer feste Zusagen und sichere Hoffnungen gegeben, es ist aber der heutigen Zeit vorbehalten geblieben, diese Projekte zu verwirklichen. Von dem Rittscheinteil-Ausbau hängt das Schicksal von fünf Dörfern ab. Auf den Beginn der Safenbach-Regulierung hoffe ich. Möge es gelingen im Verein mit Burgenland, ein neues Baulos an der Lafnitz in die Wege zu leiten; und auch die Feistritz, das wissen wir Oststeirer alle, war immer ein ungestümer Fluß und erfordert einige kleinere Regulierungen.

Meine Damen und Herren! Alle Jahre wieder kommen gewisse Dinge. Ich möchte feststellen, daß in diesem Hohen Haus hinsichtlich des Katerlochs und der Phantasiehöhle auf jeden Fall der Herr Abgeordnete Berger das Primat hat. Er hat immer wieder mit Recht hingewiesen auf diese oststeirische Naturschönheit und sich bemüht, dieses Katerloch nicht nur bekannt, sondern im Einvernehmen mit der agrartechnischen Abteilung auch erreichbar zu machen. Ich möchte dafür dem Herrn Landeshauptmann Krainer besonders danken.

Hinsichtlich der Fußwege steht das Primat dem Herrn Abgeordneten Hegenbarth zu. Es ist immer erfreulich, festzustellen, wenn gesunde, gute und richtige Gedanken im Laufe der Zeit wiederkehren, denn das bedeutet, daß sie Allgemeingut geworden sind. (Abg. Scheer: „Fürwahr eine schöne Geschichte!“) Das war gar keine Geschichte, das war eine Tatsache. Das Geschichtenerzählen muß ich Ihrer Seite überlassen.

Meine Damen und Herren! Es ist richtig, daß das allgemeine Interesse sich heuer mehr auf die Straßen konzentriert hat und ein oberflächlicher Zuhörer und Teilnehmer daher der Meinung sein könnte, daß das Wohnungsproblem eine Frage zweiter Art geworden ist. Dem ist aber nicht so. Wir müßten für den sozialen Wohnungsbau mehr Mittel haben. Ich sage ausdrücklich „wir müßten“. Aber wenn ich höre, daß da und dort, bei dieser und jener Gruppe sich die Anforderungen erhöhen, dann bleibt nicht nur im Landes-, sondern auch im Bundesbudget für den Wohnungsbau sicherlich nicht das übrig, was notwendig wäre. Ich gebe zu, daß der Herr Abgeordnete Dr. Rainer hinsichtlich der Überhitzung des Bausektors oder Baugewerbes meiner Auffassung nach zu optimistisch ist. Es ist richtig, daß im breiten Land gewisse Möglichkeiten noch da sind, daß sich aber in gewissen Baugebieten diese Überhitzung sich beim Bau nicht immer angenehm bemerkbar macht, vor allem durch die Bauzeitverlängerung. In diesem Zusammenhang möchte ich sagen, daß uns die Baukostensteigerung nicht nur bei den Großbauten, sondern vor allem bei den natürlichen Personen, also bei den Siedlern, ernste und große Sorgen bereitet. Wir werden deshalb für die natürlichen Personen auch den 50.000-Schilling-Satz erhöhen müssen. Ich hoffe nur, daß es auf dem Sektor Baukosten im Jahre 1962 keine neuen Erhöhungen gibt, denn das würde zwangsläufig das Volumen des Wohnungsbaues wieder ernstlich beeinträchtigen und mancher Familie es äußerst schwer machen, ihren unter so viel Arbeit, Opfern und Sorgen begonnenen Wohnungsbau fertigzustellen.

Der Herr Abg. Lafer hat ausgeführt, daß nach seiner Auffassung bei der Wohnbauförderung des Landes — und dazu gehört auch die Wohnbauförderung, die fast ausschließlich auf Einzelsiedler ausgerichtet ist, stellen die Landwirte einen Anteil von rund 3,7% dar. Die Arbeiter — und ich muß sagen Gott sei Dank, denn sonst wäre die Wohnungsnot noch größer — stellen einen Prozentsatz von rund 51%, die öffentlichen Angestellten von rund 16%, die Privatangestellten von rund 15%, die Rentner und Pensionisten von rund 5% und die Gewerbebetriebe und freien Berufe von rund 9%. Wir sehen also, daß die Landwirte verhältnismäßig mit ihren 3,7% einen geringen Anteil darstellen. Das mag wohl auch darauf zurückzuführen sein, daß der Landwirtschaft für die Wohnverbesserung und für den Wohnungsbau auf Grund des Grünen Planes heuer und im nächsten Jahr und wohl auch in der Zukunft diese 3%igen Kredite, die sogenannten AJK-Mittel, zur Verfügung stehen.

Weil ich schon bei den Einzelsiedlern bin, möchte ich feststellen, daß im Jahre 1961 rund 1500 Anträge einer positiven Erledigung zugeführt werden konnten. Es befinden sich jetzt bei uns rund 1600 unerledigte Förderungsanträge von Einzelsiedlern, und es ist anzunehmen, daß bis zum Ende des Jahres mehr als 1700 vorliegen werden. Diese 1700 Anträge der Einzelsiedler würden bei der an und für sich bescheidenen Förderung von 50.000 bis 55.000 S und für jedes Kind 5000 S mehr — die Baukosten betragen aber durchschnittlich 180.000 S bis 200.000 S —, einen Betrag von mindestens 90 Mil-

tionen Schilling erfordern. Das Förderungsdarlehen ist, wie Sie sehen, für den Siedlerwohnungsbau als bescheiden zu bezeichnen. Zur Verfügung stehen werden uns etwas weniger als 6.000.000 S, so daß also auf Grund der finanziellen Gegebenheiten rund ein Drittel der vorliegenden Einzelansuchen am nächsten Jahr keine Erfüllung finden kann. Ich darf aufmerksam machen, daß mit Ende dieses Jahres ja die Zahl der Ansuchen nicht aufhört, sondern daß das immer wieder weitergeht. In diesem Zusammenhang hat sich die Steiermärkische Landesregierung entschlossen, die Zinsenzuschußaktion von 2 Millionen Schilling auf 2,5 Millionen Schilling zu erhöhen, so daß im laufenden Jahr vor allem in der 2. Hälfte dieses Jahres die Zinsenzuschußaktion weitergeführt werden konnte. Freilich belastet diese Zinsenzuschußaktion alljährlich die Mittel des Landes-Wohnungs- und Siedlungsfonds. Wir werden in den nächsten 15 Jahren den Zinsendienst von 2,5 Millionen Schilling für diese Einzelsiedler leisten müssen.

Ich möchte Sie nicht mit allen den Einzelheiten belästigen. Zusammenfassend sei gesagt, daß mit der Förderung des Landes im Jahre 1961 rund 4500 Wohnungen in der Steiermark errichtet wurden. Das ist immerhin eine ganz beachtliche Zahl. Wir werden leider im nächsten Jahr diese Zahl nicht wesentlich erhöhen können, obwohl die Mittel bei der Wohnbauförderung 1954, aber auch bei der Landeswohnbauförderung selbst etwas höher sind. Wir müssen in Rechnung stellen, daß uns die bereits zugesagten Zinsen und Annuitätzuschüsse von den sogenannten echten Voranschlagsmitteln einen Teil wegnehmen. Eine wesentliche Ausweitung des vorhandenen Fonds läßt sich nicht ermöglichen.

Die ÖVP hat ein Sonderwohnbauprogramm mit einem runden Betrag von S 300.000.000— vorgelegt. Dr. Stephan meinte, daß das nicht realistisch gedacht war. Ich weiß nicht, meinte er den Finanzreferenten oder meinte er mich, jedenfalls einen von uns. Ich bin gerne bereit, das auf mich zu nehmen. Ich muß sagen, es handelt sich um ein Programm, das nicht heute oder morgen zum Tragen gebracht werden kann. Es war uns völlig klar, daß man 300 Millionen Schilling zusätzlich bei der derzeitigen Lage auf dem Kreditmarkt nicht ohne erhebliche Schwierigkeiten unterbringen wird. Wir wissen aber, daß das Sonderwohnbauprogramm der ÖVP sicherlich im Laufe der nächsten Jahre gute Früchte bringen wird. Es stehen Mittel auch in diesem Budget zur Verfügung. Bis jetzt konnten 10 Millionen Schilling aufgebracht und damit sollen in Graz 87 Wohnungen errichtet werden. Das ist nicht alles, aber es ist etwas. Ich freue mich auch bei den kleinen Dingen, wenn sie sich gut auswirken. Ich habe gehört, daß die Steiermärkische Landesregierung in der letzten Sitzung am Montag wieder beschlossen hat, einen Kredit von 5 Millionen Schilling auf Grund dieses Sonderwohnbauprogramms in Anspruch zu nehmen, und ich höre, daß eine dieser Genossenschaften, die sehr aktiv sind und immer noch Geld aufzutreiben verstehen, weitere 10 Millionen Schilling in Aussicht haben. Herr Kollege Dr. Stephan, das sind schon 25 Millionen Schilling, das sind schon fast 10%, und wenn das so weitergeht, dann halte ich es nicht für aus-

geschlossen, daß wir auf eine entsprechende Höhe kommen.

Herr Kollege Bammer, daß das auch Graz zugute kommt, das werden Sie doch als sehr nützlich und zweckentsprechend finden. Ich muß feststellen, daß es nicht so ist, wie hier gesagt wurde, daß unser Plan nicht ernst zu nehmen sei. Es sind schon tatsächliche und echte Auswirkungen zu spüren, und ich hoffe, daß das ein guter Anfang ist.

Ich möchte mich nicht auf die Problematik des sozialen Wohnungsbaus und der Wohnungsvergebung einlassen. Ich habe ja die Ehre und das Vergnügen gehabt, mit drei Herren des Landtages in Wien sowohl beim Herrn Sozialminister als auch beim Herrn Finanzminister knapp vor dem Abschluß des Bundesbudgets 1962 vorzusprechen. Ich habe in Wien keinen schlechten Eindruck empfangen. Es hat der Herr Sozialminister sich sehr eingehend mit uns unterhalten. Er konnte natürlich unseren Wunsch nach einem steirischen Sonderwohnbauprogramm, das von Wien her finanziert werden soll, nicht auf den ersten Anhieb erfüllen. Ich hoffe, und die Ausführungen des Abgeordneten Bammer bestärken diese Hoffnung, daß dieser Wiener Besuch auch hinsichtlich dieser Sonderaktion nicht ohne Erfolg bleiben wird. Es wurde vom Referat als auch von der Steiermärkischen Landesregierung nichts versäumt, was es ermöglicht, daß wir der Wohnungsnot immer mehr und mehr Herr werden. In diesem Bestreben müssen und wollen wir fortfahren.

Ich bitte schon heute die Damen und Herren des Landtages, besonders den Herrn Finanzreferenten, bei der Erstellung des Budgets 1963 vor allem darauf Rücksicht zu nehmen, daß die Dotierung der Wohnbaumittel zweifellos zu den wichtigsten, dringendsten und notwendigsten, nicht nur zu den wirtschaftlichsten und zu den kulturellsten Aufgaben unserer Arbeit und unseres Wirkens gehört. (Allgemein sehr starker Beifall.)

Landeshauptmannstellv. **Dipl. Ing. Udler:** Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich entsprechend dem Zeitaufwand, mit dem Wünsche, Beschwerden, Anregungen und verschiedenes andere hier vorgebracht wurde, antworten sollte, dann glaube ich, würde ich Sie zu sehr beanspruchen. Ich hoffe daher, daß Sie es mir nicht übel nehmen, wenn ich etwas global und pauschal die Dinge beim Namen nenne, um nicht gerade alles untergehen zu lassen und das eine oder andere selbstverständlich herausgreife, damit nicht einer der Herren Abgeordneten das Gefühl hat, ich hätte ihn oder seine Wünsche irgendwie übersehen.

Zum Kapitel „Bau“ ganz allgemein möchte ich bemerken, daß die Diskussion ein wenig einseitig war. Wenn ich Ihnen sage, daß das Bauamt rund 600 Millionen Schilling im Jahr zu verbauen hat und davon auf den Straßenbau 50% entfallen, so sind die anderen 50% sehr stark in den Hintergrund getreten, zumindest was die Wünsche oder sonstigen Probleme anbelangt. Nur da und dort hat ein wenig durchgeklungen, daß doch auch das Wasser von Bedeutung sei und ich werde noch darauf zurückkommen. Sicherlich ist die Straße deshalb von solcher Bedeutung, weil wir uns allzuoft selbst dar-